

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3,00 Mk., vierteljährlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf., für vollstellige und gemischtschriftliche Betriebs- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Reform des höheren Schulwesens.

Die Anhänger des humanistischen Gymnasiums befinden sich in großer Aufregung. Wird doch angekündigt, daß unsere höheren Schulen demnächst abermals einer Reform unterworfen werden sollen, bei der dem humanistischen Gymnasium vollends der Todesstoß verfehrt werden dürfte. Soll ihm nach den durch die Presse gehenden Meldungen doch der obligatorische Unterricht im Griechischen genommen und durch das Obligatorium des Englischen ersetzt werden. Das Griechische soll nur noch einen fakultativen Lehrgegenstand bilden. Aber nicht nur das Griechische will man entthronen, sondern auch das Lateinische soll zugunsten der Naturwissenschaften und der Körperpflege erheblich eingeschränkt werden.

Kein Wunder, daß die Freunde des humanistischen Gymnasiums durch diese Mißnachrichten in höchste Verärgerung verkehrt worden sind. Ist es doch mit der Herrlichkeit des humanistischen Gymnasiums in den letzten 20 Jahren jäh Bergab gegangen. Es ist noch kein Menschenalter her, da behauptete das humanistische Gymnasium, das heißt die Gattung der höheren Lehranstalt, in der Latein und Griechisch den gesamten Unterrichtsplan beherrschten, das Französische erst in zweiter Linie in Frage kam und das Englische bestenfalls gleich dem Hebräischen als fakultativer Lehrgegenstand vorgeesehen war, eine fast unumschränkte Monopolstellung. Die Abiturienten der Realschule erster Ordnung waren den Gymnasialabiturienten gegenüber die Stiefkinder, die nur zu einigen wenigen Studienfächern zugelassen wurden. Dann kam der Umsturz. Die rapide Entwicklung der modernen Technik verhalf den angewandten Naturwissenschaften zu einem mächtigen Aufschwung und drängte unwiderstehlich zu einer Reform des höheren Schulwesens. Neben dem humanistischen Gymnasium errangen sich das Realgymnasium, das von alten Sprachen nur das Lateinische als pflichtmäßigen Unterrichtsgegenstand kennt, und die Realschule, an der nur lebende Sprachen gelehrt werden, immer breitere Geltung. Das Studienmonopol des reinen Gymnasiums fiel Stück für Stück, so daß gegenwärtig auch den Abiturienten des Realgymnasiums und der Realschule, mit Ausnahme der Theologie, kein akademischer Beruf mehr verschlossen ist. Die drei höheren Schulgattungen stehen zurzeit vollkommen gleichberechtigt nebeneinander.

Trotzdem geht der Kampf zwischen den Anhängern und Gegnern des humanistischen Gymnasiums weiter. Und es scheint nachgerade fast, als ob das alte Gymnasium völlig auf der Strecke bleiben sollte.

Man könnte meinen, daß man es jetzt, nachdem die Monopolstellung des humanistischen Gymnasiums so völlig gebrochen, dem freien Wettbewerb der einzelnen Schulgattungen überlassen könnte, sich gegenseitig auszusuchen oder auch friedlich nebeneinander zu vertragen. Nur liegen die Verhältnisse so, daß in zahlreichen mittleren und kleineren Städten ein Nebeneinander der verschiedenen höheren Lehranstalten unmöglich ist, so daß hier der Kampf um die Erstlingsberechtigung der einen oder anderen mit der alten Schärfe und Rücksichtslosigkeit weitergeführt wird.

Die Sozialdemokratie steht diesem Kampfe mit aller Objektivität gegenüber. Nicht nur deshalb, weil sich ihr Hauptinteresse ja auf die Volksschule konzentriert, und weil die Schulreform, die die Sozialdemokratie vor allen Dingen erstrebt, in der Schaffung der Einheitschule, das heißt dem einheitlichen Unterbau für das gesamte Schulwesen besteht, sondern auch, weil sie sämtlichen Gattungen der höheren Schule mit dem gleichen Kritizismus begegnet, während sich innerhalb der bürgerlichen Parteien die Anhänger der verschiedenen Richtungen unversöhnlich bekämpfen.

Wenn man die Anhänger des Gymnasiums hört, gibt es keine idealere und umfassendere Bildungsgelegenheit, als sie das humanistische Gymnasium mit seiner Pflege der alten Sprachen bietet. Das grammatikalische Studium des Lateinischen und Griechischen wird uns als unvergleichliche Geistesgymnastik gepriesen. Aber, so wird uns versichert, das Sprachstudium, die Lektüre der Dichter und Philosophen, erschließt zugleich auch die wunderbaren Geisteskräfte der griechischen und römischen Kultur. Die Anhänger der realistischen Lehrrichtungen dagegen erklären, daß der grammatikalische Drill der alten Sprachen überschätzt werde und daß von einem tieferen Eindringen in die Kulturwelt der Antike gar keine Rede sei. Uebrigens sei die jetzige Generation nicht zu Griechen und Römern, sondern zu modernen Menschen zu erziehen, die die gegenwärtige Kultur und eine moderne naturwissenschaftliche Bildung sich anzuweignen hätten.

Darin kann man den Gegnern des humanistischen Gymnasiums unbedingt recht geben, daß das rein philologische Element des Studiums der alten Sprachen ungeheuer überschätzt wird. Schon Paulsen hat einmal gesagt, daß dann ja die alten Griechen und Römer selbst uns gegenüber in einem enormen Nachteil gewesen seien, weil sie ihre Muttersprache nicht grammatikalisch erlernt hätten. Und mit dem Eindringen in den Geist der antiken Kultur ist es auch so eine Sache. Der typische Gymnasialprofessor hat mit einem Perikles oder Alcibiades wirklich auch nicht die entfernteste

Vertrautheit. Weiterhin ist es zweifellos richtig, daß unser modernes Leben ganz andere Ansprüche an uns stellt, und daß das Eindringen in die Kulturkräfte der Neuzeit schließlich wichtiger ist als das Sichhineinleben in eine Kultur, die nicht nur 2000 Jahre alt ist, sondern auch mit dem sozialen Leben der Gegenwart nur recht entfernte Berührungspunkte hat.

Wenn die Sozialdemokratie trotzdem dem Eifer unserer modernen Schulreformer mit einem gewissen Skeptizismus gegenübersteht, so aus dem Grunde, den schon Friedrich Engels in seinem Anti-Dühring geltend gemacht hat. Engels meinte damals, die Ausschaltung des Griechischen und Lateinischen laufe schließlich nur darauf hinaus, die idealen Bildungsgüter, die in der Antike enthalten seien, und die bisher zwischen den Gebildeten aller Nationen ein internationales geistiges Band geknüpften, aus dem Lehrbetriebe völlig auszuschalten und an ihre Stelle ein Erlernen bloßer zusammenhangloser Realien, eine Bevorzugung des engherzig Nützlichen und Vernunft-Rationalen treten zu lassen.

Friedrich Engels mag die Bedeutung des humanistischen Wissenschaftsbetriebs vielleicht überschätzt haben — aber sein Mißtrauen gegen gewisse Schulreformbestrebungen bleibt dennoch vollumfänglich berechtigt. Denn selbst die sympathischsten und geistig bedeutendsten Vertreter der modernen Schulreform, wie z. B. Professor Ostwald, beurteilen unser Bildungswesen viel zu sehr vom Standpunkt des modernen kapitalistischen Bedürfnisses und des isolierten Fachstudiums aus. Gar nicht zu reden von den Gegnern des Humanismus, die das Ziel einer Schulreform geradezu in der Züchtung eines brutal-stupiden Chauvinismus erblicken.

Wer den Kampf um die künftige Gestaltung des höheren Schulwesens objektiv beurteilen will, muß von der historisch-ökonomischen Betrachtungsweise ausgehen. Das humanistische Gymnasium im Zeitalter der Renaissance war zweifellos ein gewaltiger kultureller Fortschritt. Damals freilich schon diente es keineswegs einem abstrakt idealen Bildungsbedürfnis, sondern vielmehr der Heranbildung von Beamten und Gelehrten, deren die Fürsten und Städte bedurften. Die großen Gelehrten, Philosophen und Dichter waren mehr ein unbeabsichtigtes und zufälliges Nebenprodukt, als Zweck und natürliches Resultat dieser Bildungsinstitute, die vielmehr für das politisch-ökonomische Bedürfnis und den geistigen Durchschnitt berechnet waren. Das Ende des neunzehnten und erst recht des zwanzigsten Jahrhunderts erheischen auch in Deutschland eine Umgestaltung des höheren Schulwesens. Nicht nur, daß sich die kolossal entwickelnde Industrie technische Schulen und Hochschulen in großem Maßstabe schuf — auch Mathematik, Physik, Chemie, kurz, die angewandten Naturwissenschaften eroberten sich einen Geltungsbereich, durch den die humanistische Wissenschaft mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt werden mußte. Naturwissenschaften und moderne Sprachen errangen sich rasch Gleichberechtigung, und schon sind sie im Begriff, die alten Geisteswissenschaften, Philologie und Philosophie, vollends zu entthronen.

Dieser Prozeß war in der ökonomischen und sozialen Entwicklung begründet, also ebenso unzweifelhaft ein Fortschritt, wie der Kapitalismus selbst einen Fortschritt über die mittelalterlich patriarchalische Produktionsform hinaus bedeutet. Aber so wenig der Kapitalismus das Ideal und Endziel der Entwicklung ist, so wenig unsere moderne, nur auf den kapitalistisch-ökonomischen Ruheeffekt eingestellte „realistische“ Bildung. Eine wahre Bildung hat nicht nur eine naturwissenschaftlich-exakte, sondern auch eine ästhetische und vor allen Dingen auch eine historische zu sein. Und so viel auch moderne Schulreformer von historischer und staatsbürgerlicher Erziehung zu reden belieben, so wenig ist daran zu denken, daß unsere höheren Schulen unter dem reaktionär kapitalistischen Regime an eine umfassende historische Belehrung, wie sie den Forderungen der modernen Kulturgeschichte entspricht, denken werden. Und ebenso wenig an eine ästhetische Erziehung zu einem hellenischen Vollmenschen, wie sie unseren Klassikern vorzöwebte. Auch eine Reform unseres höheren Schulwesens wird erst dem Siege der sozialen Demokratie vorbehalten sein.

Die zugenagelte Stadt.

Man schreibt uns aus London, 10. Juni:
Das politische Zentrum des britischen Imperiums, der Stadtteil in der Gegend des Parlamentsgebäudes, ist gegenwärtig von oben bis unten mit Brettern zugenagelt. Der australische Minister, der vor 50 Jahren auf einem englischen Auswandererschiff geboren wurde und in diesem Jahre sein Vaterland zum ersten Male sieht, wird sich wohl einige Wochen gebulden müssen, ehe er die Gebäude, die ihn an die Gesichte seiner Vorgänger erinnern, in Augenschein nehmen kann. Aus den Gebäuden auf dem Wege, den der Kronungszug nehmen wird, hat man riesige Holzlisten gemacht, die in dem Spaziergänger Empfindungen wachrufen, wie sie Gulliver gehabt haben mag, als er ein Varenlager in Broddingnaq, dem Lande der Riesen, besichtigte. Dies ist die neueste Phase des offiziellen Patriotismus: der hölzernen Patriotismus. 1 600 000 Kubikfuß Holz sind aufeinander gestürzt worden, um Schaugerüste herzustellen, von wo aus sich 750 000 zahlungsfähige Monarchisten an dem Anblick des „patriotischen Karnevals“ (wie die Kronungsfestlichkeiten hier drolligerweise selbst von den Ueberpatrioten genannt werden) werden können. 3 bis 15 Guineen (63—315 M.) werden augenblicklich für einen Sitz auf einem Gerüst am Kronungsweg verlangt.

In dem Bestreben, den einzigen wirklich imposanten Teil Londons zu verunzieren, reichen sich Privatpersonen, die Regierung und die Geistlichkeit die Hände. Den Geschäftslenten kann man es schwerlich verübeln, daß sie die gute Konjunktur auszunutzen versuchen, aber die Handlungsweise der Regierung ist schwer zu verstehen. Die Westminster-Abtei versteckt sich hinter einer Bretterwand und der Platz vor dem Parlamentsgebäude ist ein großes Holzlager, aus dem die Standbilder der verstorbenen Staatsmänner die Köpfe stecken. Vor der Westminster-Hall erhebt sich ein hohes Schaugerüst, das bis zur Statue Cromwells reicht. Der grimme Feind des Königtums sieht hinter einer Bretterwand, den Augen des Publikums entrückt. Vielleicht glaubte man, daß der Anblick des Mannes, der sich so siegesgewiß auf sein Schwert stützt, den Kronungsspektakel beeinträchtigen könnte. Man hat daher das memento mori des Königtums ausgeschaltet.

Am schlimmsten aber treiben es die Geistlichen, die ihre Kirchen zu einem Zirkus verwanbelt haben. Von der kleinen Kirche vor der Westminster-Abtei sieht man kaum mehr als die Spitze des Kirchturms. Die alte ehrwürdige Martinskirche am Trafalgar Square umgibt ein Schaugerüst, das bis zum Dache reicht und sich über den Giebeln der verstorbenen Londoner erhebt. Große Plakate künden den Preis der Sitzplätze an, die um die Ecke in einer Bretterhülle zu bestellen sind. Was würde wohl der Stifter der christlichen Religion dazu sagen, der die Wächter aus dem Tempel zu Jerusalem trieb?

Ehe man sich an die Umgestaltung der Stadt machte, fing man an, die Geister zuzumageln. Die Schuljugend auf den monarchistischen Klambim vorzubereiten, war nicht allzu schwer. Aber in Bezug auf das allgemeine Publikum ergaben sich einige Schwierigkeiten. Vor allem galt es, das Königspaar populär zu machen, denn König Georg ist seinen Untertanen noch ein unbekanntes Wesen. Von ihm selbst weiß der Volksmund nur zu berichten, daß er ein guter Schütze ist und daß er unter dem Pantomime seiner ihm physisch weit überlegenen Frau steht. Und von der Königin heißt es, daß sie mit aller Macht Königin von England werden wollte und sich daher nach dem Tode des ältesten Sohnes des Königs Edward, ihres Bräutigams, bald mit dem zweitältesten Sohne des Königshaus tröste. Um ihren Namen volkstümlich zu machen, hat eine Hofdame den Vorschlag gemacht, eine Geldsammlung unter allen Mädchen und Frauen im britischen Reich, die den Namen Mary tragen, zu veranstalten. Nachdem man den Ringelbeutel bis zu den Negertinnen im Wessertlande hat wandern lassen, ist schließlich eine Summe von 18 000 Pfund Sterling zusammengebracht worden, die der Königin zu irgendeinem mittelartigen Zwecke überreicht worden ist. König Georg aber hat sich selbst seiner Popularisierung tatkräftig angenommen. Er läßt keine Gelegenheit vorbegehen, um sich als „Vater seines Volkes“ zu zeigen. Statt einer seiner Untertanen eine Kasse vor dem Ertrinken, so kann er sicher sein, vom König ein Anerkennungsdiplom oder gar eine Medaille zu erhalten. Einer seiner Vermögen vor schlag neulich in einem bodenständigen Anfall von Patriotismus vor, daß sich jeder lobale Engländer, der den Namen Georg führe, wie König Georg den Bart wachsen lassen sollte. Der Vorschlag fiel aber auf einen feinen Boden.

Den militärischen Charakter verleugnet das Königtum auch in England nicht, wo man ihm schon die gefährlichsten Zähne gegogen hat. London ist augenblicklich voll Militär, das dazu bestimmt ist, den hohlen Prunk der Kronungszeremonie zu erhöhen. Man hat die Kinder von den Spielplätzen in den Parks vertrieben, um dort die Plätze für die auswärtigen Regimenter aufzubereiten. Der Militarismus mit seinen bunten Lappen und vergoldeten Treppen wird bei der Krönung die erste Geige spielen.

Man kann die geistige Dohlichkeit des Monarchismus am besten aus der Dohlichkeit seines Prunkes ermessen. Die Szenerie des „patriotischen Karnevals“ ist eckte Theatergenie. Die breite Straße, die vom Norden nach der Westminster-Abtei führt, ist mit Säulen aus Holz und Gips bespannt worden. Auf jeder zweiten Säule steht ein Engel, der wie die meisten Gipsengel mit schlaffen Lippen, die eine bewundernswürdige Unkenntnis der Plastik verstrahlen, in eine Trompete pfeift. Auf der einen Seite der Straße blasen die Engel nach rechts, auf der anderen nach links: eine Art englischer Siegesallee. Auf den Säulen zwischen den Engeln sitzt jedesmal dasselbe Tier, ein feister gerupfter Adler, dem man die ausgebreiteten Schwänge unterwerft gelassen hat. Als ich vor einigen Tagen die Straße entlang ging, waren die Arbeiter gerade damit beschäftigt, die Engel und Angeheuer zu vergolden. Vor einer der Säulen hatte sich eine kleine Gruppe Menschen gesammelt, eine Schar ausländischer Besucher, die neugierig den Fuß der Säule betrachteten. Dort lag ein Mensch im Schatten und schnarzte. Als Kleider trug er schmierige Lumpen, die kaum seine Blöße bedeckten, sein Schwanz bestand aus braunem Papier, das um die Hüfte gebunden war, die unbedeckten Teile seines Körpers starrten vor Schmutz. Es war eine jener Jammergestalten, die man in zivilisierten Ländern vielleicht nur in London zu sehen bekommt und gegen die ein heruntergekommener Handwerksbursche noch ein Gentleman ist. Wer sie nie gesehen hat, wird es kaum glauben, daß man einen Menschen so entwürdigen kann. Nach einiger Zeit stellte sich ein großer wohlgenährter Konstabler ein, der den Schnarzer aufforderte, sich zu entfernen. Mit mürrischem Blick und einem halbblauen Mund raffte sich der Mann auf und verließ den Schatten der Säule, von dessen Kapitell der goldene Engel den Staub und die Nacht des britischen Reiches und der Monarchie hinausjettete.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. Juni 1911.

Das deutsche Edelvolk.

In einem Leitartikel, der von Rassenstolz strotzt, nimmt die „Kreuz-Zeitung“ den ihrer Meinung nach zu Unrecht so häufig angegriffenen Adel in Schutz. Dabei offenbart sie ihr großes Herz, und möchte jedem Deutschen das erhebende Bewußtsein einflößen, daß er blaues Blut in seinen Adern habe. Das Blatt der Junier schreibt:

Als während der Völkerverwanderung germanische Volksstämme nach Spanien kamen, sahen die dunkelbläulichen Eingeborenen mit Erstaunen die helle Hautfarbe der Germanen, die die blauen

Aber durchschimmern ließ. Die Germanen gingen in den eingeborenem Adel über, und seit jener Zeit hat man für den Adel auch den Ausdruck „Blauet Blut“. In Wirklichkeit ist damit germanisches Blut gemeint, und der ärmste deutsche Mann sollte sich mit Stolz dessen bewußt sein, daß er der Sproh eines Edelvolkes ist, das unter den anderen Völkern dieser Erde den ersten Platz erworben hat. An Stelle des von der Sozialdemokratie verlangten, auf daß gegen seine Volksgenossen beruhenden Klassenbewußtseins soll er ein stolzes Massenbewußtsein haben, nicht in dem Sinne dunkelhafter Ueberhebung, sondern eingebend des sozialaristokratischen Spruches: „Adel verpflichtet“.

Die „Kreuz-Zeitung“ wird ihrer ganzen Haltung nach dem preußischen Volke eine ganz bevorzugte Stelle in diesem „germanischen Edelvolke“ einräumen. Darum sträubt sie sich aber mit aller Gewalt dagegen, daß den preußischen Sprossen des Edelvolkes ein freies Wahlrecht verliehen wird? Ihr „sozialaristokratisches“ Gemüt läßt es ruhig zu, daß das gepriesene „Edelvolk“ politisch rechtlos ist, als z. B. die „dunkelhäutigen Eingeborenen“ Portugals. Ganz zu schweigen davon, daß die große Masse des „Edelvolkes“ sich von den Ärmelnden, den Junkern, aushängern lassen muß. Der „ärmste deutsche Mann“ hat dank der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft des „Kreuz-Zeitungs“-Adels kein blaues Blut in den Adern, er ist vielmehr sehr blutarm!

Nationalliberal gegen Nationalliberal.

Nach einer Mitteilung der „Wormser Volkszeitung“ beabsichtigen nationalliberale Kreise in Worms-Heppenheim-Wimpfen, dem „nationalliberalen“ Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Seyl bei der nächsten Reichstagswahl in der Person eines angesehenen Mitgliedes der nationalliberalen Partei einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Dieses Vorgehen erfolge im Einverständnis mit einer großen Zahl von nationalliberalen Parlamentariern. Das „Berl. Tageblatt“ meint, aus der Meldung gehe nicht hervor, wie sich die nationalliberale Zentralkommission zu dem Plane stelle. Nachdem Stresemann mit ihrem Einverständnis nach Mainz gereist und von dort aus der „Wormser Echo“ den Kampf angefangen hätte, wäre es richtig, wenn sie den nationalliberalen Gegenkandidaten gegen Seyl zum offiziellen Parteikandidaten erklären würde, sofern man nicht annehmen möchte, daß sie inzwischen, um mit Geheimrat Niefer zu reden, „Angst vor ihrer eigenen Courage“ bekommen habe.

Der Mißerfolg der preussischen Zwangspolitik in Schleswig-Holstein.

Es jährt sich bald zum 50. Male, daß Preußen seine große Zage auf Schleswig-Holstein legte, aber bis heute ist es der preussischen Verwaltung nicht gelungen, die Mehrzahl der Bewohner Nordschleswigs mit ihrem Schicksal auszusöhnen. Ja man kann wohl sagen, die preussische Regierung steht ihrem Ziele, Nordschleswig zu verpreußen, ferner denn je. Mit der Zwangs- und Unterdrückungspolitik schafft sich die preussische Regierung keine Freunde, sie zwingt vielmehr die dänische Bevölkerung Nordschleswigs zur Verteidigung ihrer Sprache, Sitten und Gebräuche zu immer festem Zusammenhalt.

Das beweist jedes Jahr die große dänische Jahresversammlung. Ein ruhiger und sicherer Fortschritt der dänischen Vereinsaktivität, trotz des neuen Kollekturfalles, dessen unnütze und brutale Zwangsmassregeln kürzlich im „Vortærlis“ anschaulich geschildert wurden, das ist das Bild, das die Jahresberichte zeigen.

Der dänische Sprachverein verzeichnet einen Mitgliederzuwachs von 329, er zählt jetzt rund 5400 Mitglieder, darunter 812 weibliche. Er verteilte im Jahre 1910 nicht weniger als 17 800 Bücher an seine Mitglieder und deren Kinder, darunter viele unentgeltlich. Der Verein hat jetzt in Nordschleswig 155 Bäckereien und ein Hauptbuchlager in Wpenrade. Der Wählerverein hat um 947 Mitglieder zugenommen und zählt jetzt 6835, darunter 845 weibliche; das ist ein gutes Verhältnis, wenn man bedenkt, daß in ganz Nordschleswig im Jahre 1907 15 444 dänische Reichstagswahlstimmen abgegeben worden sind. Der Schulverein hat eine Mitgliederzahl von 8998 erreicht, darunter 1693 weibliche; seine Mitgliederzunahme beträgt sogar 1484. Er ermöglicht durch seine Unterstühtungen 237 jungen Männern und 189 jungen Mädchen den Besuch von Hoch- und Realschulen, Handwerker-, landwirtschaftlichen und Meisterschulen in Dänemark. Dafür wandte der Verein 83 801,85 M. im Berichtsjahre auf. Seit seinem Bestehen hat der Verein schon 4781 junge Leute aus Nordschleswig auf dänische Schulen geschickt. Es ist ein reiches Geistes-

Ein Beitrag zur Jahrfeier.

Diesen Sonnabend also soll es losgehen. Tausende von Berliner Schulkindern werden in der Hofenheide zusammenströmen, werden ihre turnerischen Künste zeigen — eine weise Regierung hat dafür gesorgt, daß die Kinder der „höheren“ und der „niederen“ Schulen ja nicht durcheinander kommen, sondern hübsch getrennt bleiben — und am Schluß wird ein lebhafter Minister eine Rede halten, worin er den „großen Volksmann“ John feiern wird, der so viel für die Erweckung deutschen Geistes, für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes getan hat.

Da wollen auch wir nicht zurückbleiben, sondern unser Scherzlein beisteuern zu der allgemeinen Festesfreude. Und wir werden uns gewiß den Dank einer hohen Obrigkeit erwerben, wenn wir ihrem Werk ergänzend zu Hilfe kommen, d. h. wenn wir über Friedrich Ludwig John solche Dinge mitteilen, die die Kinder auf dem Turnplatz der Hofenheide und die Erwachsenen beim Kommerz in der „Neuen Welt“ sicherlich nicht zu hören bekommen werden.

Heute ist Friedrich Ludwig John ein viel gefeierter Mann. Aber freilich, heute ist er ja tot. Bei seinen Lebzeiten war es anders, ganz anders. Wie da eine hohe Obrigkeit mit ihm umsprang, darüber ist vor etwa 1 1/2 Jahren in den Preussischen Jahrbüchern (also einem sehr staatsverhaltenden Blatte) das Urteil gefällt worden, daß „ein Menschenleben gekniet, eine Existenz moralisch zugrunde gerichtet wurde“. Na, so lange der gute König von Preußen seinen Thron in Gefahr wußte, sah man Johns Turnerei, die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit (heute eine Forderung des sozialdemokratischen Programms) nicht ungern. Sogar als er 1810 einen geheimen Bund gründete, legte man ihm nichts in den Weg. Und sehr zufrieden war man, als er 1813 als einer der ersten Freiwilligen in den Krieg zog. Aber nachdem der Krieg beendet, der „Freiwind“ aus Deutschland hinausgejagt war, da setzte John seine Turnerei in der Hofenheide fort. Das mußte ihn verdächtigt machen! Was wollte der Mann nun noch? Das „Vaterland“ war doch befreit, will sagen, der Thron des preussischen Königs war vor Napoleon gerettet! Was brauchte da die Jugend noch weitere Wehrhaftigkeit erlangen zu werden? Da konnten nur gefährliche Absichten dahinter schlummern. Gewiß kann er auf Hochverrat, gewiß wollte er nur deshalb den Jungen Kraft und körperliche Gewandtheit beibringen, damit sie sie zum Umsturz der bestehenden Staatsordnung verwenden könnten.

Wenn die preussischen Behörden einen für verdächtig hielten, so gingen sie damals schon ebenso „tatkraftig“ vor wie heutzutage. Im Jahre 1819, in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli, wurde John verhaftet und auf die Festung Spandau gebracht. Und

und Kulturleben, was sich in dem schmalen Grenzstrich im Norden der Provinz Schleswig-Holstein abspielt. Und mit verbissener Bitterheit sehen die alldeutschen Reaktionsäre und Hezer, wie ohnmächtig alle ihre Gewalt- und Zwangsmassregeln dagegen sind.

Der Kampf um die Konsumvereinssteuer in Hamburg.

Am Mittwochabend gelangte in Hamburgs Parlament die Konsumvereinssteuer, diese überausstehende Blume im Steuerbukett, zur Beratung und entfesselte eine sich bis Mitternacht hingiehende Redebeschäftigung. Ueber die Grundzüge dieser Steuer (8 Proz. vom Hundert des Erlöses) haben wir bereits berichtet. Die „Mittelständler“ verlangen einen um etwa fünfmal höheren Steuerbetrag, den sie dann bis zur völligen Erdfressung der Konsumvereine erhöhen möchten. Diesen Vorschlag bezeichnete Senoffe Stolken als wahnwitzig. Die Mittelständler würden jeden für verrückt erklären, der von ihrem eigenen Einkommen denselben Steuerfuß erheben wollte, den man hier den Konsumvereinen, das heißt den Arbeitern, zumutele. Die Rückvergütung sei kein geschäftlicher Gewinn, sondern das beim Einkauf zuviel gezahlte Geld. Bei den Dosenabgaben sträube man sich, die eigenen Geschäfte zu belasten, während man hier die Arbeiter belasten wolle, damit der Mittelstand bessere Geschäfte mache. Das sei Politik in die eigene Tasche. Gegen diesen Raub an ihrem Eigentum, diese Revolution der ganzen Rechtsbegriffe wehren sich die Arbeiter mit Recht. Weshalb besteuere man nicht die kaufmännischen Geschäfte in ihren verschiedenen Variationen? Die von den großen Unternehmern ins Leben gerufenen Filialgeschäfte trügen viel mehr zur Vernichtung des Mittelstandes bei als die Konsumvereine der Arbeiter. Aber an den „kapitalistischen Wagemut“ traue man sich nicht heran, der Konsequenzen wegen.

Die „Mittelständler“ gebärden sich wie wütend und möchten am liebsten tabula rasa mit den Konsumvereinen machen, die „die Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes auf ihre Fahne geschrieben hätten“. Auch eine blanke Demunziation wurde ausgesprochen. Der Rotfaden der „Produktion“ wurde als ein eigentlicher Streifen bezeichnet, wie überhaupt die tollsten Dinge gegen die verpönten Konsumvereine losgelassen wurden.

Nach diesen vom kraftigen Eigennutz diktierten Ausführungen bezeichnete Senator Dr. Schaefer den Einwand Stolken, daß die Konsumvereinssteuer eine Doppelbesteuerung darstelle, in gewissem Sinne als richtig; aber dann müßte auch jede Besteuerung juristischer Personen aufhören. Dann ließ der Regierungsvortrager die volkswirtschaftliche Weisheit vom Stapel, daß die Aktien-gesellschaften im Grunde genommen auch weiter nichts seien als — Konsumvereine, Einkaufsgenossenschaften seien wieder etwas anderes als Konsumvereine usw. Die auf der Reichsversammlung beruhenden Konsumvereine zu vernichten, könne er keineswegs empfehlen, daher müsse die mittlere Linie innegehalten werden.

Nach Ablehnung des Erdfressungsantrages wurde in namenlicher Abstimmung der Kommissionsantrag in erster Lesung mit 65 gegen 62 Stimmen beschlossen.

Wie sich die Agrarier von den Steuern drücken!

Daß die Herren Agrarier keine Freunde vom Steuerzahler sind, ist bekannt, daß aber bei Gutskäufen die Steuerhinterziehung geradezu nach einem System betrieben wird, ist erst jetzt gerichtlich nachgewiesen. Vor einiger Zeit ging das Gut Ernstfelde bei Neubrandenburg in Mecklenburg-Strelitz in andere Hände über. Bei dem Kauf sah sich der Käufer von dem Verkäufer überboten und es kam zum Prozeß. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht Neubrandenburg stellte sich nun heraus, daß an lebendem und totem Inventar nur das notwendigste Ackergerät und 8 Pferde, 3 Kühe, 3 Kälber sowie ein Ziegenbock vorhanden war. Dieses „Inventar“ war aber in der Kaufsumme mit 65 000 M. angesetzt. Der Vorsitzende drückte dem als Zeugen benommenen Landwirt Möller gegenüber seine Verwunderung über die Höhe dieser Summe aus. Der Zeuge gab unumwunden zu, daß bei Gutskäufen „für gewöhnlich“ der Preis für das vorhandene Inventar höher angegeben werde als der tatsächliche Wert ausmache. Dies geschähe deshalb, um die Grundrente in den Augen der Steuerbehörde niedriger erscheinen zu lassen. Nach diesem Ullud sei „jedemfalls“ auch beim Verkauf des Gutes Ernstfelde verfahren worden.

Ob der Staatsanwalt, dessen Vertreter dieses Verkenntnis einer schönen agrarischen Seele mit angehört hat, nunmehr gegen den Schuldigen das Verfahren wegen Betruges einleiten wird?

was die Wertschätzung des „großen Patrioten“ durch die preussische Polizei ins rechte Licht setzt: man rief ihn in jener Nacht vom Bette eines sterbenden Kindes hinweg, das er nicht mehr wiedersehen sollte.

Auf die Brutalität folgte die Verleumdung. Am folgenden Tage stand in der „Vossischen“ und noch einer anderen Berliner Zeitung eine polizeiförmige Notiz, welche mitteilte: Nach den beschlaggenommenen Papieren habe John „nicht allein auf den Turnplätzen demagogische Politik jeder Art getrieben, sondern auch fortgesetzt versucht, die Jugend gegen die bestehende Regierung einzunehmen und zu revolutionären und anderen gefährlichen Grund-sätzen, z. B. der unbegrenzten Rechtsmäßigkeit des Wechsels der Staatsdiener, der Fierde des Soldates für jeden Mann — bei ihm fand man deren zwei — zu verführen“ usw.

Wem fällt hier nicht die frappante Ähnlichkeit auf mit Vorgängen unserer Tage? In denselben „Preussischen Jahrbüchern“, denen wir diese Angaben entnehmen, war im April d. J. ein brülliger Ruffah eines Gymnasialdirektors aus Prenzlau zu lesen, worin über die Sozialdemokratie unter anderem folgendes behauptet wurde:

„Zimmer neue Geschlechter wachsen heran, die mit der Muttermilch schon den Haß gegen alle Vorkämpfer des Eingefogen haben, die erzogen werden zur Aufhebung gegen alle bestehende Ordnung, die hinauszußen möchten in Blut und Mord ihrer vermeintlichen Feinde.“

Also damals so wie heute. Aber nun kommt doch ein großer Unterschied: aus der Festung heraus konnte John den Verfasser obiger Notiz wegen Verleumdung verklagen. Heutzutage kriegt ein Untersuchungsgefängener solche Dinge, die draußen in der Öffentlichkeit über ihn verbreitet werden, nicht einmal zu erfahren, geschweige denn, daß er sich dagegen wehren kann. Der Verlauf der Klage jedoch erinnert wieder ganz an heutige Zustände. Die amtliche Untersuchung ergab, daß die Notiz den beiden Zeitungen mit einem gleichlautenden Begleitfahreiben zugangen war, wonach „Se. Durchlaucht der Herr Fürst Staatskanzler“ die Veröffentlichung wünsche. Das genigte den beiden „unabhängigen“ Blättern. Es war aber dieselbe Notiz mit demselben Begleitfahreiben auch noch einer dritten in Berlin erscheinenden Zeitung zugegangen, der amtlichen „Staatszeitung“. Deren Redakteur jedoch, der Geheimdeputat Stagemann, hatte erste den Rath-weis verlangt, daß die Sache auch wirklich vom Fürsten Staatskanzler herühre, und als man ihm den Rathweis schuldig blieb, hat er den Abdruck verweigert.

Im übrigen wurde das Verfahren gegen den Urheber der Verleumdung, den berühmten Geheimrat von Kampf, Direktor des Polizeidepartements, bald eingestellt, weil er — amtlich gehandelt habe! Heute würde man sagen, es wurde der „Konflikt“ erhoben.

John blieb 4 Tage in Spandau, dann wurde er auf die Festung

Kasernen-Vestialität.

Die Mißhandlungsprozesse beim Ulanen-Regiment Nr. 17 im Oshaj i. S. nehmen kein Ende. In Schindereien und Quälereien hat dieses Regiment in den letzten Jahren einen unerreichbaren Rekord aufgestellt. Vor länger als Jahresfrist wurde diese Eiterbeule aufgelöst, es folgte Prozeß auf Prozeß und noch immer ist ein Ende in dieser aufsteigenden erregenden Affäre nicht abzusehen. Jetzt wurde vor dem Dresdener Kriegsgericht abermals ein Prozeß verhandelt, der an Zahl der Mißhandlungen alle bisherigen übertrifft. Aber alle diese Quälereien bleiben ungeahnt, weil der Täter strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden kann!

Es handelt sich im vorliegenden Falle um den Unteroffizier Keller von der 2. Eskadron des genannten Regiments, bei der überhaupt die meisten Schindereien vorgekommen sind. Keller ist nur wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt, die übrigen unzähligen Mißhandlungen hat Keller als Geisler, aber nicht in Vorgelegteigenschaft begangen. Ist schon nach den gesetzlichen Bestimmungen — und das ist eine große Lücke — deshalb eine Bestrafung unmöglich, so fehlt es in allen Fällen an dem erforderlichen Strafantrag der Verletzten zur Verfolgung wegen einfacher Körperverletzung. Es ist allenthalben Verjährung eingetreten. Im vorliegenden Falle haben die mißhandelten Soldaten aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen keine Meldung erstattet und auch keinen Strafantrag gestellt. Erst nach Ablauf ihrer Dienstzeit haben sie das Martyrium zur Sprache gebracht. Aus der Fülle der Mißhandlungen sind nur die Fälle herausgegriffen, die sich als gefährliche Körperverletzung qualifizieren.

Der ehemalige Ulan Lorenz, der die haarsträubenden Zustände zuerst aufgedeckt hat, ist täglich geschlagen worden. Stockhiebe und Ohrfeigen waren an der Tagesordnung. Die Mißhandlungen liegen bis in die Rekrutenzeit 1906/07 zurück. Bei zwei verschiedenen Gelegenheiten ist Lorenz mit dem Obergurt in furchtbar schmerzhafter Weise über Kopf und Rücken und ins Gesicht geschlagen worden. Rafenbluten, Weulen und Kopfschmerzen waren die Folgen dieser Quälerei. Nach einer neuen Mißhandlung ist Lorenz dann von der Truppe weggeführt. Der Ulan Schumann ist mit einer Reitpeitsche mit Stacheln versehen demalstraktiert worden, daß die Striemen fingerdick auf dem Körper lagen. Bei zwei anderen Gelegenheiten wurde derselbe Soldat mit schweren Holzpanzern in den Leib getreten; die Tritte waren sehr schmerzhaft, und einige Zeit später trat auf der einen Seite der Brust heraus. Der Ulan Kämmer wurde eines Sonntags nach dem Kirchgang unmeniglich mit beiden Fäusten ins Gesicht geschlagen, daß er blutete und gegen die Schranke flog. Das sind nur die unter Anklage stehenden Fälle, von denen der Angeklagte wahrscheinlich infolge seiner vielen Noheiten nichts wissen will.

Die übrigen Mißhandlungen wurden in der Verhandlung nicht gestreift. Fest steht aber, daß dieser Rohling vom Rohrstock, den er ständig bei sich führte, täglich ausgiebigen Gebrauch gemacht hat. Auch mit Lanze und Reitpeitsche wurde oft geschlagen. Keller war als roher und gewalttätiger Mensch gefürchtet, die Soldaten nannte er nicht anders wie Mistvieh, Dreckschwein und so fort. Verbohrstündigt wurde dieses düstere Kasernenbild durch die Zeugenaussagen. Sie sind so bezeichnend für die Abscheulichkeiten bei genanntem Regiment, daß sie kurz wiedergegeben zu werden verdienen. Lorenz bekundete: Ich kann mich auf die einzelnen Vorgänge nicht besinnen, weil ich täglich mit allerlei Gegenständen geschlagen worden bin. Nach einer furchtbaren Mißhandlung bin ich dann in meiner Angst weggerlaufen. In der Hauptsache wurde ich über den Kopf geschlagen; ich bin heute noch ganz kaputt von diesen Mißhandlungen; bin oft sehr nervös und habe Kopfschmerzen.

Schumann sagte aus: Mit der Reitpeitsche bin ich entsetzlich mißhandelt worden, Keller war furchtbar roh und hat täglich gedrosen. Gemeldet habe ich nichts, weil wir sehr eingeschüchtert waren. Es waren schreckliche Zustände.

Kämmer erklärte als Zeuge: In der Stube wie im Stalle wurden wir immer der Reihe nach geschlagen. Keller ging von Mann zu Mann und hieb mit einem Oshajenierdrauflos, ganz gleich, wohin er traf.

Küstrin gebracht. Dort blieb er in strenger Haft, ohne daß auch nur eine Untersuchung gegen ihn eröffnet wurde, ohne daß man ihn auch nur mitteilte, wessen er eigentlich beschuldigt war. Durch diese Ungewißheit wurde der Gefangene zur Verzweiflung gebracht, körperlich und seelisch aufs schwerste gepeinigt. Wie er sich befand und wie man ihn behandelte, mögen folgende Stellen aus einem Briefe zeigen, den er am 18. September 1910 (also nach zwei Monaten Gefangenschaft) an den Polizeiminister v. Schumann richtete, der ihn erlaubt hatte, täglich eine Stunde auf der menschenleeren Wastel in Begleitung einer Wache spazieren zu gehen:

„Die Erhöhung meiner Wut ist ein Hindernismittel meiner harten Gefangenschaft. Noch mehr Trost habe ich aus Ihrer Zuschrift geschöpft. Es ist die erste mit von einer Behörde gewordener Antwort seit meiner Gefangenschaft. . . . Können Sie nicht meine vorläufige Freilassung bewirken, werden Sie doch menschenfreundlichst Sorge tragen, daß ich schnell vor ein gehöriges Gericht gestellt werde. Aber dieser Mittelzustand, in dem ich mein Dasein hinleben muß, ist das Schrecklichste, was nur zu denken ist. . . . Mein Zustand ist eine wahre Verdamnis, wo ich weder Anklage noch Anklage erfahre, nicht zum Verhör und Gehör gefange und ohne Richter und Recht bereits eine schöne Zeit verloren habe. . . .“

„Ja habe viel erlitten und ausgestanden, und das Schlimmste, der Winter, steht bevor. Da werden die Trümmer meiner Gesundheit scheitern. In den Arzt lehren Sie sich nicht; der läßt wie ein Kuckuck. An dem nämlichen Tage, wo er von meinem „ungetriebenen Wohlsein“ falsch Zeugnis ausgestellt hat, vertrieb er mir Arznei. . . .“

Und wenige Tage später, am 18. September, schrieb John: „Ich fühle gesund, fühle mich aber sehr krank. Mein Arzt kann helfen. Mein Uebel ist Seelenleid. Gram,ummer, die lebhafteste Erinnerung aller erlittenen Kränkungen, die Unmöglichkeit, in gegenwärtiger Lage meine Unschuld darzutun, die Trennung von den Meinigen, die Ungewißheit, wie lange dieser schreckliche, verteidigungslose Zustand noch fortdauern muß, der Glaube, daß die Untersuchungskommission auf mein Verderben sinn — alles dies zusammengenommen hat mein Gemüt sehr gestört, nachdem zuvor die Lebensgesundheit gerüttelt worden. . . . Täglich, stündlich, ja augenblicklich fühle ich die Abnahme meiner Geisteskräfte. . . . Die Schwäche mehrt sich auffallend. Dazu kommt der Kopfschmerz von der Art, was Migräne genannt wird und wogegen kein Heilmittel Kräfte hat. Alles das sehe ich als Vorboten meiner völligen Geisteserrückung an.“

Zu dieser taurigen Verfassung trug wesentlich auch die aus-gesuchte Kiebertracht bei, mit der man ihn in Küstrin behandelte. In dem erwähnten Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ heißt es: „John wurde in Küstrin nicht als Gefangener

Er ließ uns gar nicht zu Versande kommen. Ich wurde mal so geschlagen, daß ich nicht wußte, wo ich war.

Ein anderer Zeuge sah seine Aussage dahin zusammen: Erst hatte Keller eine Reipreife, dann schaffte er sich einen Dohsenjäger an, damit die Schläge schmerzhafter waren. Es war fürchterlich, wie bei uns geschlagen wurde. Oft wurden wir mit dem Rohrstock die Treppen heruntergejagt. Der ehemalige Mann etwas bekümmert: Keller war sehr groß und roh, er schlug rücksichtslos darauf los. Mehrfach wurden wir mit Reipreife getreten und auch mit der Klopfspeitsche geschlagen.

Man merkte allen Jungen an, daß sie mit Schreden an ihre Dienstzeit denken. Das gab selbst der Anklagevertreter mit bitterer Miene zu.

Das Urteil gegen Keller lautete auf drei Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung in vier Fällen, in zwei Fällen erfolgte Freisprechung.

Diese Enthüllung thpischer Kasernenroheit zeigt wieder einmal, wie jämmerlich es in den Kasernen um die Aufsicht durch die höheren Vorgesetzten bestellt ist.

Der Redakteur Hans Weber zu Berlin ist wegen Beleidigung des Anwarts Agel Baron von Kolden in Riga durch Urteil des königlichen Landgerichts I zu Berlin, Strafkammer 9, vom 16. Mai 1911 zu 300 M. — dreihundert Mark — Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle für je 10 M. — zehn Mark — zu einem Tage Gefängnis und zu den Kosten verurteilt worden.

Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten zur Last gelegt.

Die Wahlen in Oesterreich.

Das Gesamtergebnis der bisherigen Reichsratswahlen ergibt für 449 am 13. d. Mts. vorgekommene Wahlen 251 endgültig gewählte Abgeordnete, 171 Stichwahlen und 14 zweite Wahlgänge, letztere in Galizien mit zusammen 27 Mandaten. Zur Vervollständigung des Hauses auf 516 Mandate sind noch 67 Mandate in Galizien und Dalmatien zu besetzen. Der Bestzustand der Parteien stellt sich mit Einrechnung der Stichwahlergebnisse für solche Stichwahlen, wo sich Kandidaten derselben Partei-Gruppe gegenüberstehen, folgendermaßen: die Christlich-sozialen besitzen 68 von 96 im letzten Reichsrat innegehabten Mandaten, die Tschechen 55 von 84, die Deutschfreiwirtschaftlichen 47 von 79, die Sozialdemokraten 44 von 87, darunter 12 im Besitze der tschechischen Sozialdemokratie, die Südslawen 28 von 37, die Polen 14 von 71, die Italiener 12 von 15, die Bulwinar Ruthenen 5 von 5, die Rumänen 5 von 5 und Wilde 4 von 13 Mandaten.

Alle Bemühungen der Regierung sind darauf gerichtet, eine Koalition der Deutschnationalen und Christlichsozialen gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Die Führer der Deutschnationalen hatten mit den Christlichsozialen eine Besprechung, der der Ministerpräsident, der deutschnationale Justizminister Hagenburger und der durchgefallene Handelsminister Weiskirchner bewohnten. Den Ministern gelang es schließlich, nachdem sich die braven Deutsch-freiwirtschaftlichen etwas gesperrt hatten, die Sache zum Abschluß zu bringen, und es wurde ein Wahlkartell gegen die Sozialdemokratie vereinbart. In den Südentländern, namentlich in Böhmen, wo dem Stande der industriellen Entwicklung entsprechend auch die Klassengegenstände am schärfsten sind, wird diese Vereinigung zu der einen reaktionären Masse wahrscheinlich von den bürgerlichen Wählern anerkannt werden. Dies mag der Sozialdemokratie vielleicht Mandate kosten, ist aber vom Standpunkt der sozialdemokratischen Aufklärung aus nur zu begrüßen.

Anderes steht es in Niederösterreich und Wien. Hier, wo man die Christlichsozialen und ihre Herrschaft über das Rathaus aus nächster Nähe kennt, ihre Gefährlichkeit und Korruptheit durchschaut hat, werden die Wähler kaum Lust haben, den Abmachungen der deutschnationalen Mandatsstreber und Regierungsmameluden zu folgen. Das wissen auch die Bürgerlichen und deshalb werden sie in Wien keine andere Parole ausgeben als gegen die Christlichsozialen. Sie müssen das um so eger, da sonst unsere Genossen sie als Helfershelfer der Christlichsozialen nicht anders als diese

gefangener behandelt, sondern als gemeiner Verbrecher, dem man das schlimmste zutrauen mußte. Dieser, Gabel, selbst Schreibzeug wurde ihm entzogen. Er durfte in Gegenwart eines Unteroffiziers mit Bleistift schreiben, aber dann wurde ihm der Bleistift zusammen mit dem Geschriebenen sofort weggenommen. Dadurch wurde ihm die einzige Freude, die der so regsame und lebhaft Mann in der schredlichen Cede seiner einsamen Zelle hatte, beraubt, leichter überhaupt unmöglich gemacht. Briefe, die er an seine Frau und seine Frau an ihn schrieb, wurden wochenlang zurückgehalten, und verglichen mehr.

Am 10. September endlich wurde die Sache einer gerichtlichen Untersuchungskommission überwiesen (der unter anderem der oft Dichter bekannte Kammergerichtsrat E. Th. A. Hofmann angehört). Für Jahr bedeute das aber noch auf lange Zeit hinaus keine Besserung. Denn noch am 18. Oktober, also wieder einen vollen Monat später, schreibt er an den Minister:

„Auch diese Kommission ist in Berlin und ich 12 Meilen von ihr entfernt. Da ich nicht weiß, wie es in meinem Verlog... Bei jahnem Wetter ist nach vollen 2 Monaten ein Herr von der Kommission auf einige stündige Stunden erschienen und ist dann wieder verschwunden. Das sind traurige Aussichten für den Winter. Was kann in solchen Augenblicken ausgemittelt werden? Da komme ich nicht zum Geseh. Da bleibe ich nach wie vor ein vorverurteilter Verbrecher, der ohne Urteil und Recht Festungsstrafe erleiden muß... Nach immer weiß ich am 77. Tage meiner Einkerkierung nicht, weshalb ich verhaftet worden, was man überhaupt gegen mich haben will...“

Am 110. Tage seiner Haft wurde Jahn zum erstenmal richterlich vernommen! Trotzdem das Allgemeine Landrecht verfügt, daß ein Richter, der einen Arrestanten über einen Monat ohne Untersuchung sitzen läßt, seines Amtes entsetzt werden soll. — Am 22. Oktober wurde Jahn von Kärnten abgeholt und nach der Berliner Stadtvogel gebracht. In der Verordnung, die das verfügte, hieß es, man solle einen Polizeikommissar nach Kärnten senden, „der den Jahn von dort abhole, für den Transport die dem Grade seiner Verschuldung und bekannten Brutalität angemessenen Sicherheitsmaßregeln treffe, und die Transportmittel so einrichte, daß derselbe ohne Aufsicht hier in der Nacht abgeliefert werde.“

In Berlin ging es ihm zwar etwas besser, er konnte arbeiten und zwei- bis dreimal wöchentlich Besuche seiner Frau empfangen, aber in Gefangenschaft blieb er nach wie vor. Am 16. Februar des folgenden Jahres erschien der Bericht der gerichtlichen Kommission, der mit den Worten schloß, „daß den Jahn in seinem Falle eine Strafe treffen könne, die seine Haft während der Untersuchung rechtlich begründet, er daher seiner Arrestes zu entlassen sei.“

selbst behandeln würden. Und das würde ihnen schlecht bekommen.

Frankreich.

Krisengerüchte.

Paris, 15. Juni. Trotz des Dementis der „Agence Havas“ verbreiteten sich gestern nachmittags in den Wandelgängen der Kammer die Gerüchte über angeblich im Ministerium herrschende Mißheftigkeiten so hartnäckig von neuem, daß sich der Obmann der sozialistisch-radikalen Gruppe Pelletan zum Ministerpräsidenten Monis begab, der ihm versicherte, daß alle Gerüchte unbegründet seien. Es hieß, daß die Interpellationsdebatte über die Alterspensionen Schwierigkeiten im Gefolge haben könnte, da Jaurès beabsichtige, einen Beschlusstrang einzubringen, wonach das Pensionsalter auf 80 Jahre herabgesetzt werde. Man glaubt jedoch, daß auch in diesem Punkte eine Verständigung ziemlich leicht zu erlangen sein wird.

Die Wingerfrage.

Paris, 15. Juni. Der Ministerrat hat beschlossen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Zweck hat, in der Frage der Abgrenzungen der Weingebiete auf das allgemeine Recht zurückzugehen, das heißt zum Gesetz von 1824, wonach die Erzeugnisse auf Grund der Ursprungsbezeichnung geschützt werden. Die Hauptpunkte des Gesetzentwurfs sind die folgenden: 1. Abschaffung der durch das Gesetz von 1808 eingeführten administrativen Abgrenzung und Ersetzung derselben durch die juristische Abgrenzung; 2. Ergänzungsmaßnahmen zur Unterdrückung von Warenfälschungen; 3. Wirksamere Schutz der Ursprungsbezeichnung; 4. eine Bestimmung, nach der den Grundbesitzern und den Syndikaten der Erzeuger die Möglichkeit eines gerichtlichen Verfahrens gegeben werden soll. Der Gesetzentwurf wird noch vor Ende dieses Monats dem Parlament vorgelegt werden.

England.

Australien und die englischen Kapitalisten.

London, 14. Juni. (Fig. Ver.) Zu einer recht lebhaften Auseinandersetzung kam es gestern am Ende eines Interviews, das der augenblicklich in London weilende australische Ministerpräsident Fisher einer Deputation der Londoner Handelskammer gab. Von den Millionen, die englische Kapitalisten in Australien angelegt haben, entfällt ein großer Teil auf Ländereien, die von der von der Arbeiterpartei eingeführten Landsteuer ziemlich empfindlich getroffen worden sind, was die großkapitalistischen Spekulanten natürlich als eine Infamie ansehen. Mit der Landsteuer wollte die australische Regierung hauptsächlich bezwecken, die gewaltigen Terranis, die jetzt so gut wie brach liegen und deren Vestehen die Entwicklung des Landes aufhält, zu zerstören und das Land der Besiedelung zugänglich zu machen. Der höchste Steuerfuß trifft die abwesenden Besitzer, d. h. die in England ansässigen Landespekulanten. Seitdem die Labour Party in Australien ans Ruder kam, haben diese Kapitalisten in der englischen Presse einen organisierten Verleumdungsfeldzug gegen die neue Regierung geführt und nichts unversucht gelassen, um die drohende Landsteuer abzuwenden.

Die Deputation der Londoner Handelskammer setzte sich aus den Vertretern der verschiedenen englischen Gesellschaften zusammen, die Gelder in australischen Unternehmungen investiert haben. Diese beklagten sich darüber, daß die neue Landsteuer mit großer Härte die englischen Gesellschaften bedrücke, die Geld in australischen Ländereien angelegt hätten. Australien habe das britische Kapital angelockt und nun bestrafe man die Kapitalisten als abwesende Landbesitzer (absentees). Das sei ungerecht. Australien vertriebe das Kapital, das sich in Zukunft anderen Ländern zuwenden würde.

Der Ministerpräsident Fisher verteidigte die Labour Party sehr energisch gegen diese Angriffe. Er wies darauf hin, daß die in Frage kommenden Ländereien zu spekulativen Zwecken zurückgehalten und in einer Weise benützt würden, die die wirtschaftliche Entwicklung Australiens aufhalte. Das ganze australische Volk sei sich darin einig, daß dieses Hemmnis aus dem Wege geschafft werden müsse. Die britischen Kapitalisten, die Profite aus Australien zögen, trügen nichts zu den Steuern bei; die ganze Landsteuer bringe kaum eine Million Pfund Sterling ein. Die Behauptung, daß die Politik der Regierung den Kredit Australiens untergrabe,

Aber er blieb trotzdem in Gefangenschaft. Eine Eingabe an den König selbst war nötig, um ihn am 31. Mai 1890, nach 10 1/2 monatlicher Einkerkierung, die Pforten des Gefängnisses zu öffnen! Aber auch dann wurde er nicht etwa freigelassen, sondern er mußte sich nach Kolberg begeben und sich dort unter Aufsicht des Festungskommandanten stellen.

In Kolberg hörte Jahn jahrelang nichts von der Sache; auf Anfragen wurde ausweichend geantwortet. Es vergingen zwei Jahre und drei Monate, bis das Oberlandesgericht zu Breslau ihn zu zwei Jahren Festung und den gesamten Kosten ohne Anrechnung der 1/2 Jahre langen Freiheitsberaubung verurteilte. In zweiter Instanz jedoch, abermals 14 Monate später, wurde Jahn vom Oberlandesgericht zu Frankfurt a. O. freigesprochen; aber die Kosten der zweiten Instanz mußte er dennoch bezahlen.

So hat der „Zornvater“ 5 Jahre und 8 Monate seines Lebens durch die Nichtsmäßigkeit preussischer Behörden verloren. In dieser Zeit starb ihm noch ein zweites Kind und in Kolberg auch seine Frau, deren Leiche er nicht nach Berlin zur Beerdigung begleiten durfte. Und nach der Freisprechung — wurde er unter Polizeiaufsicht gestellt! Es wurde ihm verboten in einer Universitäts- oder Spinnasfabrik, sowie 10 Meilen im Umkreis von Berlin zu wohnen. Quersicht lebte er in Freiburg an der Unstrut, 1828 wurde er von dort nach Killeba ausgewiesen.

Und was war nun eigentlich sein Verbrechen, das ihn den „ordnungsliebenden“ Elementen des Staates so verhasst gemacht hat? In einem Bericht der späteren Bundestagskommission ist es ausgeprochen, daß er „die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands aufgebracht“ habe!

Um keine falschen Vorstellungen zu erwecken, ist es notwendig hinzuzufügen, daß Jahn im großen und ganzen ein herzlich unbedeutender Mensch gewesen. Im höheren Alter ist er mehr und mehr konservativ geworden. 1852 ist er gestorben.

Aber sein Verdienst, als erster die Turnerei planmäßig gepflegt zu haben, bleibt unbestritten. Deshalb ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß man am Hundertjahrstage der Eröffnung seines Turnplatzes gedenkt. Nur ob gerade die preussischen Behörden dazu berufen sind, deren Amtsvorgänger Jahn so schändlich mißhandelt haben, und die doch heute noch genau in demselben Geiste leben wie damals, das ist die Frage.

Wir anderen aber können aus dieser Geschichte eine tröstliche Gewißheit ziehen: so sehr die Reichshaber den Mann geplagt und verfolgt haben, seine Idee, die Lehre von der Einheit Deutschlands, ist dennoch siegreich geblieben. Vielleicht ahnt dem Herrn Kultusminister, wenn er am Sonnabend seine Festrede schwingen wird, etwas davon, daß auch die Ideen, deren Verkünder heute so hart verfolgt werden, am Ende siegreich bleiben müssen.

sei aus der Luft gegriffen; nie sei das Land finanziell kräftiger gewesen. Die australische Regierung wünsche nicht, die Kapitalisten, die Geld im Lande anlegten, zu belästigen; wo aber die Interessen dieser Leute mit den Interessen der Allgemeinheit in Konflikt gerieten, sei die Regierung verpflichtet, das öffentliche Interesse hoch zu halten. Mit diesem Grundsatz würde die Regierung stehen und fallen.

Der Vertreter der Australischen Grundstücks- und Hypothekengesellschaft, ein Herr Williamson, griff den Ministerpräsidenten besonders heftig an. Er behauptete, daß nie so viele Streiks in Australien stattgefunden hätten, wie jetzt unter der Regierung der Arbeiterpartei und daß diese Regierung das Prinzip der Klassenbesteuerung eingeführt habe. Fisher wies diese Behauptungen als unwahr zurück; zu keiner Zeit hätten in Australien so wenige Streiks stattgefunden wie jetzt. Das Ende der zweistündigen Auseinandersetzungen nahm einen stürmischen Verlauf. Herr Fisher sagte schließlich: „Es hat keinen Zweck sich aufzuregen. Sie gebrauchten die Worte „Klassenbesteuerung“ und „Streiks“. Könnte mir etwas anstößiger sein, als zu hören, daß Sie die Regierung beschuldigen, Klassenbesteuerung zu treiben?“

Herr Williamson: Es ist Klassenbesteuerung. Herr Fisher: Dann behaupte ich, daß Sie die Lage der Regierung nicht verstehen. Die Wohlfahrt des Volkes ist das oberste Gesetz.

Herr Fisher wird die Vertreter der Grundstückspekulanten wohl kaum überzeugt haben. Leichter als diesen Leuten die Wohlfahrt des Volkes zu predigen wäre es, den Haifischen die zehn Gebote beizubringen.

Streik in der englischen Wollindustrie.

Bradford, 14. Juni. (P.-G.) 6000 Arbeiter der Wollkammereien sind in den Ausstand getreten, weil ihnen eine Erhöhung des Wochenlohnes von den Arbeitgebern nicht bewilligt worden ist. Die in der Umgebung beschäftigten Arbeiter anderer großer Wollkammereien beabsichtigen, dem Ausstand beizutreten. Die ganze Gegend ist durch den Ausstand schwer geschädigt, da die meisten Arbeiter in Wollkammereien beschäftigt sind.

Rußland.

Russische Grenzeln.

Aus Warschau wird uns geschrieben: Grauenhafte Zustände herrschen in dem hiesigen Gefängnis, das während der Revolution in der Vorstadt Motkoff erbaut wurde. Das Gefängnis ist für höchstens 1500 Gefangene berechnet, zurzeit sind jedoch 1800 darin untergebracht und zuweilen sind es noch mehr. Unter anderem sind hier auch „Politische“ untergebracht, die zu Zuchthaus verurteilt sind. Wegen dieser rüchete sich die Wut der Beamten ganz besonders. Diese Beamten stehen wie die Raben. Trotzdem das Gefängnis neu ist, ist es vollständig verwaist und starrt von Schmutz, weil die Kosten für Reinigung „gepart“ werden, d. h. das Geld verschwindet in den Taschen der Beamten. Ebenso wird bei der Befestigung „gepart“. Nach dem Reglement sollen die Gefangenen zweimal in der Woche Fleisch erhalten, aber sie bekommen es oft Monate lang nicht. Auch andere Lebensmittel sind derart verdorben, daß sie ungenießbar sind. Von den Grobsten, die die Gefangenen von Verwandten angewiesen erhalten, bleibt stets ein Teil in den schmutzigen Fingern der Beamten kleben.

Beschwerden der Gefangenen werden mit grausamen Strafen beantwortet. Körperliche Züchtigungen sind an der Tagesordnung. Bei geringsten Verstößen gegen das Reglement werden Hiebe ausgeteilt.

Dabei besteht eine infame Ausbeutung. Die Gefangenen müssen nämlich Arbeiten für private Unternehmer verrichten und diese haben im Einbernehmen mit den bestochenen Beamten in den letzten Wochen die Löhne herabgedrückt. Dagegen lehnten sich die Gefangenen auf, besonders die Sozialdemokraten, und das Resultat war, daß eine Anzahl von ihnen mit Hieben bestraft wurden. Einer von ihnen, der 21jährige Urbania, hat sich erhängt, als sie ihn schlagen wollten.

„Das Leben ist uns zur Hölle geworden — so schreibt einer der Gefangenen — und manch einer trägt sich mit dem Gedanken, dem Beispiel des Genossen Urbania zu folgen.“

So nimmt die zarische Regierung Rache an dem überwindenen Gegner. Man bedenke, daß diese polnischen Genossen kein anderes Verbrechen begangen haben, als daß, der Sozialdemokratischen Partei anzugehören. Dafür werden sie jetzt der Willkür entmenschter Bestien ausgeliefert.

Türkei.

Der Zustand in Albanien.

Wahapest, 14. Juni. Der Vester Lloyd bringt aus Wiener diplomatischer Quelle eine Darstellung der Lage in Albanien, in der es heißt: Die Türkei zeigt bezüglich Albaniens nunmehr günstige Dispositionen. Die Albanesen werden hoffentlich das türkische Entgegenkommen auf die richtige Art erwidern. Der Schwerpunkt der Situation liegt jedoch in Montenegro. Die Regierung in Cetinje muß ihren ganzen Einfluß auf die Albanischen aufbieten und ihnen die Mittel zu normalen Zuständen nachdrücklich empfehlen. Die Rädte Europas erwarten ohne Unterschied, daß Montenegro in dieser für die Wiederherstellung des Friedens entscheidenden Stunde seine Korrektheit beweisen wird.

Marokko.

Die diplomatische Situation.

hat sich seit gestern fast gar nicht verändert. Im französischen Senat kam eine Marokko-Interpellation zur Verhandlung, die vom Minister des Auswärtigen Cruppi beantwortet wurde. Cruppi sprach von den humanen und uneigennütigen Absichten Frankreichs in Marokko, und von den Herren Senatoren hatte keiner Lust, etwas darauf zu erwidern. Andererseits hat der spanische Minister des Auswärtigen ein Tagebuch veröffentlicht, das die Ereignisse in Elksar schildert, mit denen der spanische Einmarsch begründet werden soll. Natürlich wird sowohl von Frankreich wie von Spanien behauptet, daß sie sich an die Bestimmungen der Algeciras-akte gehalten hätten.

Die Spanier in Elksar.

Paris, 15. Juni. „Echo de Paris“ berichtet aus Tanger: Aus Elksar wird gemeldet, daß unter der hiesigen ottomanischen Bevölkerung algerischer Abstammung große Aufregung herrsche wegen des Verhaltens der Spanier. Letztere drangen mit Gewalt in das Eigentum eines Muselmanen Charud ein, der sich geweigert hatte, die Spanier freiwillig den Eintritt auf sein Eigentum zu gestatten, und besetzten die zahlreichen Brunnen, die sich auf dem Anwesen befinden. Die Würger Charud haben beschlossen, ihr Eigentum, wenn nötig, mit Gewalt zu verteidigen, wenn sich die Spanier neue Eingriffe dieser Art erlauben sollten.

Ein internationaler Seemannstreik?

Von der Internationalen Transportarbeiter-Federation wird und geschrieben:

Die bürgerliche Presse war in letzter Zeit in großen Mengen. Alle nur irgendwo auftauchenden Gerüchte von einem internationalen Seemannstreik wurden von langohrigen Korrespondenten der bürgerlichen Presse und der Depeschbüros begierig aufgefangen und schnell weiter verbreitet, mochte der Inhalt auch noch so absurd, noch so unwahrscheinlich klingen. Gewiß, eine alle Länder umfassende Bewegung der Seeleute war vorbereitet worden, da der internationale Transportarbeiterkongress in Kopenhagen (1910) anerkannte, daß die wirtschaftliche Lage der Seeleute außerordentlich schlecht und deshalb sehr verbesserungsbedürftig sei. Es wurde der Zentralleitung der internationalen Federation ein seemannisches Komitee, bestehend aus vier Vertretern, zur Seite gestellt, um gemeinschaftlich mit ihr die Möglichkeit und Durchführbarkeit einer internationalen Aktion zu beraten. Eine gemeinschaftliche Konferenz fand darauf in Antwerpen noch vor Schluß des Jahres statt, auf der man zu dem Beschluß kam, überall dort sofort Forderungen zu stellen, wo das noch nicht geschehen war. Auch sollte versucht werden, mit den Reedern zu verhandeln. Im Frühjahr sollte dann eine neue Konferenz abgehalten werden mit einer erweiterten Beteiligung der Vertreter seemannischer Organisationen, um über den Stand der Bewegung Bericht zu erstatten und auch darüber, ob die Reeder entgegenkommen gezeigt hätten, ob und inwieweit auf friedlichem Wege die Forderungen zu verwirklichen seien. Ueber die Art der aufzustellenden Forderungen wurden keine bestimmten Beschlüsse gefaßt, diese festzusetzen wurde der Organisation selbst überlassen. Darauf wurden in fast allen Ländern den Reedern die Forderungen übermittelt. Inzwischen wurde von der International Shipping Federation, der die Reeder fast aller Länder angeschlossen sind, der Beschluß gefaßt, daß es den Landesorganisationen der Reeder nicht gestattet sei, der seemannischen Organisation ihres Landes irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Dieser Beschluß wurde zuerst von den deutschen Reedern durchbrochen. In allen Hafenstädten der Nord- und Ostsee erfolgte eine Erhöhung der Steuer und des Ueberstundengeldes sowie noch andere Verbesserungen. Auch die österreichischen Schiffahrtsgesellschaften mußten Zugeständnisse machen. Dagegen verweigerten die Reeder in den andern Ländern jede Zugeständnisse.

Im März d. J. fand dann die erweiterte Konferenz wiederum in Antwerpen statt. Aus der Berichterstattung der Vertreter ging hervor, daß Deutschland und Oesterreich für eine Beteiligung nicht mehr in Betracht kamen, da die Reeder in diesen Ländern Zugeständnisse gemacht hatten; Italien schied gleichfalls aus, weil dort die Entlohnung und Arbeitszeit unter Mitwirkung der Organisation gesetzlich festgelegt worden war.

Schweden und Norwegen sahen aus taktischen Gründen von einer Beteiligung ab. Es blieben nur noch England, Belgien, Holland, Dänemark und Nordamerika. Frankreich war nicht vertreten. Von einer internationalen Aktion, die alle Länder einschloß, konnte nicht mehr die Rede sein, weshalb die Zentralleitung der Internationalen Transportarbeiter-Federation den Ländern, die die Aktion durchführen wollten, das Recht zugestand, einzeln oder gemeinsam die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig halten, um ihre Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Die Berichterstattung an die Zentralleitung über alle Maßnahmen, zu der jede Organisation an sich verpflichtet ist, darf durch die Bildung eines Komitees in keiner Weise eingeschränkt werden und muß prompt erfolgen. Die Vertreter der an der Aktion beteiligten Länder schlossen sich darauf zu einem Komitee zusammen, prüften noch einmal die aufgestellten Forderungen und beschloßen, besondere Verhaltensmaßregeln für jeden Fall eines Konflikts. Die Reeder zeigten sich auch nach dieser Konferenz einer Verständigung unzugänglich, wobei sie immer hervorhoben, daß ein internationaler Beschluß sie hindere, den Forderungen der Seeleute in den einzelnen Ländern entgegenzukommen. Am 1. Mai trat darauf das Komitee in London zu einer Konferenz zusammen, in der Bericht über die Situation erstattet und beschloßen wurde, die International Shipping Federation schriftlich aufzufordern, in der von ihr selbst geschaffenen Situation eine Entscheidung zu treffen. Entweder sie erfülle die Wünsche der Seeleute durch internationale Handlungen und Konzessionen oder sie gebe den nationalen Reederverbänden freie Hand, selbständig zu verhandeln und Konzessionen machen zu können. Auf ein Schreiben in diesem Sinne an die International Shipping Federation sollte bis zum 15. Mai eine Antwort verlangt werden. Erfolge keine oder eine ausweichende Antwort, dann sei der 14. Juni als der Tag festgesetzt, an dem der Streik in den beteiligten Ländern zu beginnen habe. Auf das Schreiben erfolgte bis zum 15. Mai keine Antwort.

In den beteiligten Ländern setzte nun eine rege Tätigkeit ein. Versammlungen und Konferenzen wurden abgehalten, Verhandlungen mit den Reedern geführt und überall zum letzten entscheidenden Schlag die Vorbereitungen getroffen. In Dänemark wuzelte der größte Scharfmacher unter den Reedern, Kronman, und machte einem weniger rücksichtslosen Vertreter der Seefapitalisten Platz, dem es denn auch gelang, mit den beiden dänischen Seemanns-Organisationen (Matrosen und Heizer) einen Tarif abzuschließen. Damit schieden die dänischen Seeleute auch aus der Bewegung aus. Es blieben nun noch Belgien, Holland,

England und Nordamerika. Kurz vor dem 14. Juni begann in Southampton ein Streik der Kohlenbunkerleute, der sich auf die Schiffsmaler und Seeleute ausdehnte. Einige Tage vorher hatte sich schon die neue Besatzung des „Kroonland“ in Antwerpen gezeigert, unter Bedingungen zu mustern, die sie für den Streik lahmgelegt hätte. Der Streik der Kohlenbunkerleute und Seeleute in Southampton dauert an und wird sich zunächst auf die Mannschaften der Wochendampfer andere englischer Hafenstädte ausdehnen, höchstwahrscheinlich auch auf die Hafenarbeiter und Fuhrleute. In Amsterdam bewilligten noch in letzter Stunde vier große Schiffahrtsgesellschaften eine Erhöhung der Steuer um 2 Fl. pro Monat. Das genügte den Seeleuten nicht und sie verweigerten deshalb am 14. Juni die Anmusterung.

Der Streik ist bis jetzt offiziell in Amsterdam und Rotterdam erklärt. Aus Belgien liegt noch keine sichere Mitteilung vor, aber der Streik ist sehr wahrscheinlich, obgleich der Bürgermeister von Antwerpen sich alle Mühe gibt, die Reeder umzustimmen und sie auch soweit zu bekommen, daß sie eine Vertretung aufs Rathaus entsenden, um dort mit den Vertretern der Seeleute zu verhandeln. Mitteilungen über den Ausgang der Verhandlungen liegen noch nicht vor. In England wird der Hauptvorstoß am 19. Juni geführt werden, weil Ende der Woche die großen Postdampfer einlaufen, deren Mannschaften sich dann den Streikenden anschließen werden. In Nordamerika stehen an der atlantischen Küste die organisierten Seeleute ebenfalls in einer Lohnbewegung, und wahrscheinlich wird von dort auch bald eine Streiknachricht in Europa eintreffen. Auch die Hafenarbeiter und Seeleute in Frankreich rüsten sich. Wenn die Hafenarbeiter in den einzelnen Ländern sich den Seeleuten anschließen, oder in den Streik gezwungen hineingezogen werden, dann wird eine Bewegung entstehen, die sicherlich große Kreise ziehen wird. Die Reeder werden dann zu spät gewahrt werden, daß sie durch ihre Hartnäckigkeit eine Bewegung heraufbeschworen haben, die ihnen schwere Opfer kosten wird.

Die gegenwärtige Lage.

London, 15. Juni. Aus Belfast wird gemeldet, daß die Mannschaften von zwei englischen Kanaldampfern ihren Dienst gekündigt haben. — Die großen Passagierdampfer, die von Liverpool auslaufen sollen, haben bisher keine Schwierigkeiten, obgleich 650 Mann, zumeist zum Mannschaftsbestand des „Leutonic“ und der „Empress of Ireland“ gehörig, sich weigern, an Bord zu gehen. — Am Clyde dehnt sich der Ausstand weiter aus, doch wird die Lage erst morgen kritisch werden, wenn die großen atlantischen Dampfer von Glasgow auslaufen. In Southampton sind fast alle Seeleute in den Ausstand getreten. Die White Star-Dampfer-Gesellschaft beabsichtigt, die genannte Mannschaft des „Rajestic“, die heute erwartet wird, abzulohnen und den Dampfer vorläufig außer Dienst zu stellen. — In Newport in der Grafschaft Monmouth wurde eine gewisse Erregung durch das Eintreffen von 250 Mann des Devonshire-Regiments verursacht. Man bringt diese Truppenentsendung mit dem Ausstand der Seeleute in Verbindung.

London, 14. Juni. Vier der bedeutendsten Reedereifirmen in Liverpool haben eingewilligt, mit einer Deputation der Seeleute zu verhandeln.

London, 15. Juni. (Melbung der „Pres.-Centrale“.) Gestern abend ist auch in London der Seemannsausstand erklärt worden. In einer Massenversammlung in Eastend erklärte der Generalsekretär Wilson, daß jetzt der Streik in allen Häfen des Königreichs eröffnet sei und daß London an der Spitze der Bewegung stehen müsse. Unter den begeisterten Zurufen der anwesenden Matrosen, Heizer und Hafenarbeiter wurde sodann eine gewaltige Fahne entfaltete, die die Inschrift trug: „Internationaler Seemannsausstand 1911. Der Krieg ist erklärt. Kampf für freie Freiheit.“

Der Seemannstreik kann eine Wendung zum Schlimmen für die Unternehmer dadurch erfahren, daß auch die Post- und Seetransportarbeiter in den Ausstand treten. Sie haben plötzlich ihre alten Forderungen wieder aufgegriffen und verlangen deren Erfüllung innerhalb 24 Stunden. Am meisten betroffen vom Ausstand sind bisher Southampton, Liverpool, Glasgow, South Shields und Blyth.

Antwerpen, 15. Juni. Die ausländischen Seeleute hielten heute vormittag eine Versammlung ab, in welcher der Gewerkschaftsführer mitteilte, daß die deutschen Seeleute telegraphisch erklärt hätten, sie würden die Anwerbung deutscher Seeleute für alle Schiffe unter belgischer, englischer oder holländischer Flagge verhindern, sich aber gegenüber der Anwerbung für Schiffe unter deutscher Flagge nicht ablehnend verhalten, da die Forderungen der deutschen Seeleute bewilligt worden seien. Ferner erklärte der Gewerkschaftsführer, der Handelsminister Hubert habe ihm mitgeteilt, daß seine Bemühungen, die Reeder zum Nachgeben zu veranlassen, ohne Erfolg geblieben seien. Die Behauptung des Vorsitzenden der Antwerpener Reedereigenossenschaft, daß nur 30 Proz. aller Seeleute die Vermittlung der Shippingmaster in Anspruch nähmen, bezeichnete der Gewerkschaftsführer für unrichtig. Ein erheblich größerer Prozentsatz benutze die Vermittlung der Feuerinstitute.

New York, 15. Juni. Der Generalsekretär Wilson hat den nordamerikanischen Vertreter der „Nationalen Seemanns- und Heizervereinigung“ benachrichtigt, daß britische Matrosen in nordamerikanischen Häfen nicht in den Ausstand treten sollen. Die arbeitslosen Matrosen würden wahrscheinlich Schwierigkeiten mit der Einmanderungsbehörde haben, die sie als lästige Ausländer betrachten könnten. Alle gegenwärtig in amerikanischen Gewässern weilende englische Schiffe werden mit ihrer Mannschaft in die Heimatstädte zurückkehren. Erst hier dürfen die Matrosen die Arbeit niederlegen. Immerhin hoffen die englischen Seeleute auf die starke finanzielle Unterstützung durch ihre nordamerikanischen Kameraden.

sich aber bereit erklärt haben, sämtliche Techniker in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie einen Privatdienstvertrag eingehen. Der Zweck der Maßregel ist der, die bisher mit Steuerprivilegien, Aussicht auf feste Anstellung und auf Pensions- und Hinterbliebenenversorgung angestellten Techniker zwangsweise in ein privatrechtliches Dienstverhältnis zu überführen. Wie nun der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“, dem Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, bekannt geworden ist, sind von der Kündigung etwa 70 Techniker der zum Reichsmarineamt gehörigen Bauämter betroffen worden. Diese Kündigungen sind allem Anschein nach als Folge einer Verfügung des Reichsmarineamts vom 8. Februar d. J. anzusehen, in der bestimmt wird, daß das Hilfspersonal der kaiserlichen Werften in Zukunft nur noch auf Privatdienstvertrag angestellt sei, und daß auch von den zurzeit im Beamtenverhältnis stehenden Hilfstechnikern diejenigen auf Privatdienstvertrag anzunehmen seien, die es wünschen. Es war schon damals vorausgesehen, daß die im Beamtenverhältnis stehenden Hilfstechniker keine Lust haben würden, ihre Vorrechte ohne entsprechende Entschädigung aufzugeben, und tatsächlich haben die Hilfstechniker auch

in einer Eingabe an das Reichsmarineamt um die Festsetzung einer angemessenen Entschädigung für die Ueberführung in das Privatdienstverhältnis gebeten. Bevor jedoch diese Eingabe eine Antwort gefunden hat, sind nun die erwähnten Kündigungen erfolgt. Ohne Zweifel widersprechen diese Kündigungen der Verfügung vom 8. Februar, denn darin heißt es ausdrücklich, daß die Ueberführung in das Privatdienstverhältnis nur auf eigenen Wunsch der Betroffenen geschehen solle. Es gibt aber eine ganze Anzahl Hilfstechniker, die das nicht wünschen, und denen jetzt doch gekündigt worden ist. Außerdem aber hätte man zum mindesten erwarten dürfen, daß den gekündigten Vorkadetten für den Verlust der Beamtenprivilegien eine bestimmte finanzielle Entschädigung zu teil geworden wäre und das ist nicht der Fall. Statt dessen soll der Privatdienstvertrag, der den Kündigten vorgelegt worden ist, Bestimmungen enthalten, die sich an Einseitigkeit mit den unsozialsten Dienstverträgen der Privatindustrie messen können.

Der Streik im Helmsstedt-Magdeburger Braunkohlenrevier.

Seit Montag sind in dem Revier circa 1000 Mann ausständig. Auf die Tarifforderung der Arbeiter hatten die Unternehmer in einer derart provozierenden Weise geantwortet, daß der Ausstand für die Arbeiter unabweislich wurde. Die drei im Revier vertretenen Organisationen, der Verband der Bergarbeiter, der Gewerkschaft der bergarbeiter und die polnische Berufsvereinigung, führen gemeinsam den Kampf gegen den Uebermut der Grubenherren. Große Anstrengungen machten die Werke noch in den letzten Tagen der Kündigungsfrist, um die Rholanz der Arbeiter zu brechen, jedoch ohne großen Erfolg. So wurden den Arbeitern die Werkwohnungen gekündigt, vielfach unter der Versicherung, daß die Kündigung wieder zurückgenommen würde, wenn der Betroffene nicht mitstreife. Auch ein starkes Aufgebot von Gendarmen gehen auf die Suche nach Arbeitswilligen, zum Gaudium des Publikums bisher mit negativem Erfolg. In einem Falle hat es ein Gendarm in der Werkskaserne der Grube Marie Luise doch fertig gebracht, einen jungen Arbeiter zum Streikbruch zu bewegen. Der Beamte kam des Morgens an das Bett des Arbeiters und eröffnete ihm, daß er zur Arbeit gehen solle, anderenfalls es ihm schlecht ergehen könne, wenn er später zum Militär komme. Anscheinend sind aber die Werksherren mit der Wirkung ihrer Einschüchterungsversuche nicht zufrieden. Sonst bräuchten sie doch in den Unternehmerrzeitungen nicht gar so ärgerlich über die Streikleitung herzugreifen. Die Räpchen, die sie hierbei vorbringen, vertreten ihre außerst gereizte Stimmung nur zu gut.

Ueber die Aktiengesellschaft Hahn für Optik und Mechanik in Hringshausen war die Sperre verhängt worden. Jetzt haben die Arbeiter einen erfreulichen Erfolg zu verzeichnen. Die Firma hat den Obermeister Wagner unter Auszahlung einer Abfindungssumme von 6000 M. sofort entlassen und die eingereichten Forderungen der Arbeiter mit unwesentlichen Änderungen akzeptiert. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden pro Tag festgesetzt. Der Mindestlohn beträgt für gelernte Arbeiter 55 Pf., für die älteren Arbeiter 60 Pf. pro Stunde, für die Hilfsarbeiter aller Art bis zum 19. Jahre 45 Pf., darüber 50 Pf. pro Stunde. Für Akkordarbeit ist der Stundenlohn garantiert. Ein Akkordpreisverzeichnis, in das die Arbeiter jederzeit Einsicht nehmen können, wird von einem Vertrauensmann der Arbeiter geführt. Auch Ferien wurden bewilligt, die Sperre ist aufgehoben. Diesen Fortschritt haben die Arbeiter ihrem Zusammenhalten und dem Umstände zu danken, daß sie geschlossen dem Metallarbeiterverband angehören.

In der Sächsischen Waggonfabrik zu Leubnitz bei Verdau (Sachsen) haben sämtliche Arbeiter (Metallarbeiter aller Branchen, Tischler, Stellmacher, Sattler, Maler und Tapezierer) wegen Lohnunterschieden ihre Kündigung vollzogen. Die Leitung dieses Werkes bemüht sich, Ertrag aus allen Gauen Deutschlands, vorzüglich aus Posen und Schlesien, heranzuloden. Wir erjuchen die Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß der Zugang unter allen Umständen ferngehalten wird. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Zwickau (Verdau).
Zentralverband der Famiende.
Deutscher Holzarbeiterverband.
Gewerkschaft der Holzarbeiter (S.D.).
Zentralverband der Sattler.
Zentralverband der Maler.

Tarifvertrag im Steinsehgewerbe in Rheinland-Westfalen.

Nach langwierigen Verhandlungen ist nun auch für die Provinzen Rheinland und Westfalen ein Tarifvertrag zum Abschluß gelangt. Von den Arbeitern war eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde gefordert worden, entsprechend den im Baugewerbe erfolgten Zugeständnissen, auch, weil der Arbeitgeberverband dort bisher im Glimde des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe war. Die Arbeitgeber lehnten anfänglich jede Lohnhöhung für dieses Jahr ab. Jetzt nun ist vor dem Gewerbegericht Wodum ein dreijähriger Vertrag zustande gekommen, der den Steinsehern 4 Pf. und den Kammern 5 Pf. Lohnzulage pro Stunde innerhalb der Vertragsdauer bringt.

Bemerkenswert ist, daß der Arbeitgeberverband im Laufe der Verhandlungen die Erklärung abgab, keine Ausperrung vorzunehmen, wenn nicht von Arbeiterseite ein Angriff erfolge. Vor drei Jahren war es anders.

Der Bäderstreik in Mannheim.

Wie schon berichtet, haben am 13. Juni 300 Bäder die Arbeit niedergelegt. Die Bädermeister haben den Schiedsspruch des Gewerbegerichts bezüglich der Beseitigung des Wohnungszwanges beim Unternehmer abgelehnt. Die Gehilfen hatten dem Schiedsspruch zugestimmt. Trotzdem vom Innungsvorstande an die Mitglieder ein Zirkular versendet wurde, in dem aufgefordert wird, keine Einzelverträge abzuschließen, hatten bis zum Ausbruch des Streiks 67 Betriebe mit 118 Gehilfen die Forderungen anerkannt. Von der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftskartell wird die organisierte Arbeiterschaft zur Unterstützung in dem von der Lohnkommission verhängten Boykott über die nicht geregelten Betriebe aufgefordert. Zugang von Bädern nach Mannheim ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Werftarbeiterausstand.

4000 Arbeiter der Werft der Messagerie Maritime in Toulon sind in den Ausstand getreten. Die Ursache des Ausstandes ist die Entlassung einer Anzahl Arbeiter. Die Ausständigen veranfaßten Straßenkundgebungen und verhinderten Ingenieure und Arbeitswillige an der Arbeit. Sie fangen die Internationale und führten eine rote Fahne mit sich. Eine Delegation der Ausständigen sprach bei der Direktion vor und machte die Forderungen der Arbeiter geltend. Der Direktor erklärte, er werde sein Möglichstes tun, um den Arbeitern Genugtuung zu geben.

Letzte Nachrichten.

Zu dem Unwetter am Adriatischen Meer.

Wien, 15. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Triest: Aus den meisten Küstenstädten Istriens fehlen bisher Nachrichten. Aus Porto Rose wird gemeldet, daß dort die Springflut wüthete und ungeheuren Schaden anrichtete. Eine denachbarte Ortschaft soll gänzlich verwüstet sein. (Siehe auch Aus aller Welt.)

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Schuhmacher! Wir ersuchen die Kollegen in Fabriken und Werkstätten, die in der Schuhindustrie zahlreich tätigen Laubstümmen auf die am Sonnabend, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12, stattfindende Zusammenkunft für Laubstümmen aufmerksam machen zu wollen und zum Besuch derselben anzutreten. Weiter weisen wir erneut darauf hin, daß die Sperre über die Firma Hamann & Co., Michaelkirchstr. 15, unverändert fortbesteht.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Das Reichsmarineamt als Arbeitgeber.

Durch einen großen Teil der Tagespresse ging vor kurzem die Nachricht, daß auf Anordnung des Reichsmarineamts in den Marinewerften auf den kleineren Werften allen Techniker gekündigt worden sei, die noch nicht fest angestellt sind. Das Reichsmarineamt soll

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. In Jerontenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Stadtverordneten-Versammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Juni 1911, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden Michel nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Vor der Sitzung sind fünf Ausschüsse gewählt worden. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden deputiert: in den Ausschuss für die Vorlage betreffend das städtische Nachrichtenamt die Stadtvv. Bruns und Leid; in den Ausschuss für die Vorlage wegen Herstellung eines Gemeindeverwaltungsberichts für die fünf Jahre 1906-1910 Stadtvv. Dr. Arons, Heimann, Dr. Wehl (zugleich Vorsitzender des Ausschusses); in den Ausschuss für die Vorlage wegen Subvention des Vereins „Berliner Jugendhaus“ für die jugendlichen Obdachlosen Berlin Stadtvv. Hoffmann, Ritter, Dr. Rosenfeld, Juch.

Städtisches Grundstück an der Gohlowdtsbrücke

und an der Spree an eine speziell für diesen Kauf begründete G. m. b. H. für 120 000 M. (658 Quadratmeter) hat der eingeleitete Ausschuss einstimmig zugestimmt. Dem Magistrat wird anheim gestellt, den Vertrag mit dem jetzigen Pächter Brünning zunächst bis zum 1. Oktober d. J. zu verlängern. Ohne Debatte beschließt die Versammlung noch den Kaufschubvorschlagen.

Im Schulgebäude Tegeler Straße 18/20 sind Räume für einen

Kindergarten

eingerrichtet worden. Der Verein für Volkshilfsgärten will denselben sofort einen Kindergarten eröffnen, erbittet aber zum Betriebe eine Beihilfe. Der Magistrat befragt die Versammlung die Gewährung eines Zuschusses von jährlich 2000 M. Die Bewilligung erfolgt ohne Diskussion.

Am 8. Juni hat die sozialdemokratische Fraktion (Stadtvv. Dr. Arons u. Gen.) folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, in einer an das Abgeordnetenhaus zu richtenden Petition die durch den Gesetzesentwurf betreffend das

Fortbildungsschulwesen

in Preußen gefährdeten Interessen der Stadtgemeinde Berlin zu wahren und insbesondere dagegen Widerspruch zu erheben, daß die Einführung des Religionsunterrichts in die Fortbildungsschulen und die Konwendigkeit der Festsetzung der in der Verwaltung der Fortbildungsschulen tätigen Personen beschlossen wird.“

Stadtv. Heimann (Soz.): Als die Einbringung des Antrages von meinen Freunden beraten wurde, wußten wir nicht, daß der Magistrat eine bezügliche Petition bereits an den Landtag gerichtet hatte. Inzwischen haben wir von ihrer Existenz Kenntnis erhalten, und ich erkenne gern an, daß die Petition gut abgefaßt ist und alles enthält, was wir zum Ausdruck gebracht haben wollen. Bei dieser Sachlage und da wir überzeugt sind, daß die gesamte Versammlung

einmütig und geschlossen

hinter der Petition des Magistrats steht, legen wir auf die Beratung unseres Antrages keinen Wert und ich ziehe ihn hiermit zurück. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne an den Magistrat ein Ersuchen zu richten, dessen Ausführung mir ganz selbstverständlich zu sein scheint. Die Petitionen der städtischen Körperschaften ergeben formell im Namen des Magistrats, in Wirklichkeit doch aber namens der interessierten Bürgerschaft und der zu ihrer Vertretung berufenen Kreise. Dazu gehören doch die Stadtverordneten genau in gleicher Weise wie die Mitglieder des Magistrats. Wenn ich, um nicht zu viel auf einmal zu verlangen, heute davon absehe, das Ersuchen zu stellen, der Magistrat möchte vor Abschickung der Petitionen diese in der zuständigen Deputation vorbringen lassen, so stehen doch gewiß keine Bedenken entgegen, daß wenn solche Petitionen abgeschickt werden, der Magistrat 144 Exemplare mehr drucken und jeden von uns eins zustellen läßt. Dann würden wir offizielle Kenntnis von den Schritten erhalten, welche der Magistrat jeweils zu tun für gut befindet, und würden nicht auf mehr oder minder genaue Zeitungsnachrichten angewiesen sein. (Beifall.)

Ein Besuch in Hellerau,

der ersten deutschen Gartenstadt.

Die Deutsche Gartenstadgesellschaft hatte ihre diesjährige Generalversammlung für den 10. und 11. Juni nach der Stadt der Ausstellungen an der Elbe einberufen. Nicht allzu groß war die Zahl der Mitglieder — noch kein halbes Hundert —, die dem Rufe gefolgt waren; dafür hatten wir die Freude, eine Anzahl von Städtevertretern bei uns zu sehen.

Der Vormittag des 10. brachte zunächst zwei sehr instruktive Referate, das eine von Dr. Keller-Berlin über: „Die Wirkung von Baubeschränkungen auf den Bodenpreis“, das andere von dem bekannten Architekten Wagner-Bremen über: „Die Frage des Ein- und Mehrfamilienhauses“. Wagner führte an der Hand genauer Berechnungen und gestützt auf eigene praktische Erfahrungen den außerordentlich bedeutungsvollen Nachweis, daß unter sonst gleichen Umständen die gleiche Wohnfläche im Einfamilienhaus billiger zu stehen kommt wie im Mehrfamilienhaus, in der Mietkasernen.

Sobald ließen wir uns vom Vorsitzenden Bernhard Kampffmeyer erzählen, daß die Idee der Gartenstadt im vergangenen Jahre eine weitere Ausbreitung gefunden hat, indem eine Reihe neuer Ortgruppen gegründet wurden und mehrere von den vorhandenen Ortgruppen dazu übergegangen sind, die Idee in die Praxis umzusetzen.

Am Nachmittag ging dann hinaus zur Besichtigung der ersten deutschen Gartenstadt, Hellerau. „Der ersten deutschen Gartenstadt“ wird mander erstaunt fragen, der sich erinnert, dem Namen Gartenstadt auf so und so vielen Plakaten, Annoncen usw. begegnet zu sein. Den müssen wir belehren, daß zwischen diesen „Gartenstädten“ und den eigentlichen Gartenstädten etwa derselbe Unterschied besteht wie zwischen einem sogenannten „Konsumgeschäft“, das irgendein findiger Kaufmann in spekulativer Ausnutzung des Renommee, das der „Konsum“ in weiten Volkstufen besitzt, gründet, und einem wirklichen Konsumverein. Was gewöhnlich als „Gartenstadt“ angepriesen wird, das sind meist für Besserbemittelte bestimmte Schöpfungen von privaten Terrain- und Bauplanern, die wohl äußerlich einen gartenähnlichen Charakter tragen mögen, mit dem die Grundlage der eigentlichen Gartenstadt bildenden Prinzip aber nicht das mindeste zu tun haben. Dieses Prinzip ist der Gemeinbesitz des Bodens. Niemand kann sich in der Gartenstadt ein Grundstück zu eigenem Besitz erwerben. Es kann also auch niemand Boden- oder Häuserpekulation treiben. Aller Wert, der durch die Ausdehnung der Siedelung dem einzelnen Grundstück hinzugefügt wird, fällt so der Allgemeinheit zu, die ihn ja auch geschaffen hat. So wird eine dauernde Niederhaltung der Mieten garantiert. Dennoch kann und soll auch der Bewohner der Gartenstadt des Besitzes eines eigenen Heimes, des Heimatsgefühles, das ein solches gibt, teilhaftig werden. Während der Mieter eines Hauses selbst jederzeit kündigen kann, kann ihm nicht gekündigt werden. Wer seine Verpflichtungen gegen die Gartenstadt erfüllt, der kann nie aus seinem Heim verjagt werden und seine Rechte gehen auf seine Kinder und Erben über. Den Selbst-

Die Angelegenheit ist damit erledigt. Vom städtischen

Gasthältergrundstück an der Fichtestraße,

Ecke Hosenheide, soll eine unbebaute Parzelle von 8870 Quadratmeter, wovon 8524 Quadratmeter Bauland, 346 Quadratmeter Vorgartenland, an den Maurermeister Josef Demme für 409 250 M. freihändig verkauft werden.

Stadtv. Ewald (Soz.): Wir beantragen, diese Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen. Vor 38 Jahren haben wir das Grundstück erworben für 90 M. pro Quadratmeter. Das Grundstück liegt hart an der Hosenheide, es ist dort ein sehr guter Verkehr, und wir halten den Preis von 105,75 M., der uns jetzt gezahlt werden soll, für viel zu niedrig. In der Gegend sind neuerdings 1700-2100 M. für die Quadratrate gezahlt worden, durchschnittlich 190 M. pro Quadratmeter. Es handelt sich also eben um eine Differenz von etwa 100 000 M. Das Grundstück ist bisher im ganzen ausgebaut worden. Das war ein Fehler. Wenn ein einzelner ein Grundstück von 8600 Quadratmeter erwerben soll, gehört natürlich auch ein größeres Kapital dazu. Erst jetzt hat man sich entschlossen, das Grundstück zu parzellieren, und sofort hat sich auch ein Käufer gefunden. Ohne größte Notwendigkeit soll nach unserer Anschauung städtisches Terrain

überhaupt nicht verkauft werden;

wenn man aber schon verkauft, dann darf man nicht in den Fehler verfallen, zu billig zu verkaufen. Es geht das Gerücht, daß in der Gegend eine höhere Mädchenschule gebaut werden soll; ist etwas Wahres daran, dann hätten wir doch überhaupt keinen Anlaß, das Grundstück zu verkaufen.

Stadtv. Raß: Es wird hier das Vorgartenland mitbezahlt, das kostet allein 98 000 Mark, die auf das Bauland mit verteilt werden müssen.

Stadtv. Ewald: Nach den bei der Stadt üblichen Bedingungen dürfte doch der Käufer von Anliegerbeiträgen befreit bleiben; das wird den eben herorgehobenen Nachteil doch wohl ausgleichen, und der Preis von 105 M. bleibt derselbe.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der vom Vorstand sofort ernannt wird und dem von der sozialdemokratischen Fraktion Börner, Ewald, Marx, Regle angehören.

Das städtische Grundstück Blumenstraße 83a beabsichtigt der Magistrat, nachdem die im Vorderhaus untergebrachten Fachschulen verlegt worden sind, anderweitig nutzbar zu machen. Im ersten Stock soll eine

Schulambulanz

eingerrichtet werden, im übrigen ist die Einrichtung von Mietwohnungen geplant. Zu baulichen Veränderungen und Ausbesserungen sind 8800 M. erforderlich. Das gesamte Grundstück soll der Verwaltung durch die Schuldeputation unterstellt werden.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

Die Prenzlauer Straße muß aus Verkehrsrücksichten verbreitert werden. Die Tiefbaudeputation hat 24 Meter Breite für erforderlich gehalten; der Magistrat hält 19 Meter für ausreichend. Die Verbreiterung soll auf der älteren Ostseite erfolgen; die Kosten sind auf 3 130 000 M. geschätzt.

Stadtv. Hildebrandt (R. L.): Die Ausführung in der Begründung, daß der Verkehr in der Prenzlauer Straße eine Verbreiterung auf 24 Meter nicht rechtfertigen würde, weil er doch nicht so stark sich entwickeln, vielmehr durch die Wendingerstraße abgelenkt werden würde, trifft nicht zu. Es wäre geradezu ein Malheur, wenn man jetzt die Gelegenheit zu einer durchgreifenden Verbreiterung verpasse. Wir beantragen aus diesem Grunde Ausschussberatung.

Stadtv. Leib (Soz.): Auch wir halten Ausschussberatung für erforderlich und sehen die Vorlage für durchaus unzulänglich an, da sie dem Verkehrsbedürfnis in der Prenzlauer Straße absolut nicht gerecht wird. Eine Straßenbreite von 24 Meter ist für diesen Straßenzug dringend notwendig.

Stadtv. Galsand (R. L.): Wir sind ja ebenfalls bereit, allem, was nachweisbar erforderlich ist, zuzustimmen, aber es ist durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, daß die Prenzlauer Straße auch nur entfernt denselben Verkehr aufnehmen hat wie etwa die Neue Königstraße oder die Landsberger Straße. Ein Bedürfnis, über 19 Meter hinauszugehen, ist nicht nachzuweisen.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Die Prenzlauer Allee ist 61 Meter breit; die Einführung des Verkehrs von dort in eine Straße von

erbauert von Häusern aber wird bei einem Bezuge der Wert der Baulöcher abzüglich einer gewissen Abnutzungsquote ersetzt. Daß die Gartenstadt außerdem eine Menge volkshygienischer, ästhetischer und sonstiger Aufgaben zu lösen hat, braucht als selbstverständlich kaum erwähnt zu werden.

Hellerau bei Dresden ist also die erste deutsche Siedelung, die auf diesen Prinzipien errichtet ist. In weniger als einer halben Stunde bringt uns die Elektrische für einen Fahrpreis von 20 Pf. vom Mittelpunkt der Stadt bis hinaus an die Grenze des Stadtgebietes. Auf einem Waldweg, der herrliche Ausblicke auf das sanft hügelige Gelände eröffnet, kommen wir in wenigen Minuten bis an den Rand des bebauten Ortsteiles. Gern würden wir uns gleich in die Schönheiten des Ortes vertiefen, doch zuerst heißt es einer Einladung der „Deutschen Werkstätten“ für Handwerkerkunst“ folgen, deren Vizepräsident, Karl Schmidt, die erste Initiative zur Gründung der Hellerauer Gartenstadt ergriffen hat. Wir machen einen Rundgang durch die überaus hellen, luftigen Fabrikräume, in denen über 200 Arbeiter bei recht günstigen Bedingungen beschäftigt sind. Es werden hier in erster Linie Möbel hergestellt, von den kostbarsten bis zu den einfachsten. Aber auch diese einfachen, für Arbeiterhäuser berechneten, sind gut und solid und mit Geschmack gearbeitet und himmelweit von dem entfernt, womit sich gewöhnlich der Arbeiter begnügen muß. Nur will es uns scheinen, als ob die Preise, selbst in Anbetracht der Haltbarkeit der Möbel für Arbeiter doch noch etwas zu hoch wären.

Wir verlassen die Werkstätten und gehen nun in Trüppchen durch den Ort, bald in dieses, bald in jenes Haus, das uns besonderer Beschäftigung wert erscheint, einfallend. Die Bewohner sind dies freilich schon gewohnt und zeigen uns freundlich ihre Räume, auf alle Fragen gern Auskunft gebend. Hellerau besitzt bis jetzt zirka 200 Ein-, Zwei- und Dreifamilienhäuser, von denen 140 mit 150 Wohnungen von der Baugenossenschaft Hellerau hergestellt wurden. Die weitest meisten Häuser sind also Einfamilienhäuser. Ende 1910 gehörten der Baugenossenschaft 449 Mitglieder an, so daß etwa der dritte Teil der Mitglieder bis jetzt ein eigenes Heim bekommen hat. Die Baumittel wurden durch die Geschäftsanteile, die auf 200 M. bemessen sind, und durch die Beihilfen der städtischen Landesversicherungsanstalt (bis zu vier Fünftel des Wertes) aufgebracht.

Die Hellerauer Häuser sind fast alle von Künstlerhand entworfen. Die ganze erste Straße, durch die wir kommen, „Am grünen Bippel“, hat Prof. Riemerschmid gebaut. Wir treten zur rechten Hand in eines der schmalen Häuser. Im Parterre finden wir ein großes, durch die ganze Tiefe des Hauses gehendes Wohnzimmer, das also durch seine beiden breiten Fenster die Morgen- und Abendsonne bekommt, und eine hübsche Küche. In der ersten Etage sind die Schlafzimmer, ein sehr großes und zwei kleinere, untergebracht. Alles sauber, freundlich, die Zimmer in fatten Farben gestrichen, mit schönen Majolikafacheln und mit Anflugh an die elektrische und die städtische Gasanlage versehen. Das ganze Haus ist unterkellert. Im Keller befindet sich die Waschküche, oben ein großer Speicher mit Trockenboden. Und der Preis für ein solches Vierzimmerhaus? 340 M. Dazu kommt die Miete für den Garten mit 18 Pf. pro Quadratmeter, die aber durch den Anbau von Gemüse und Obst reichlich wieder hereingebracht wird.

nur 19 Meter Breite würde sehr bald neue kostspielige Verbreiterungen erforderlich machen.

Es wird beschlossen, die Verbreiterungsfrage in einem Ausschuss prüfen zu lassen.

Zum

3. Deutschen Städtetag,

der vom 10.—12. September in Posen stattfindet, sollen 9 Magistratsmitglieder und 13 Stadtverordnete abgeordnet werden. Die Vertretung der Versammlung wird aus den beiden Vorständen und 11 Mitgliedern bestehen, die nach Maßgabe des Stärkeverhältnisses der Fraktionen ausgewählt werden sollen.

Hinsichtlich der

Eingemeindung

von Teilen der Gutsbezirke Böhsensee und Jungfermheide hat der Magistrat nach siebenjährigen Verhandlungen mit den beteiligten Ressorts eine Vereinbarung dahin erzielt, daß zirka 220 Hektar eingemeindet werden sollen, daß dem Kreise Niederbarnim für 99 Hektar je 2080 M. Entschädigung für entgehende Steuern zu zahlen sind und daß u. a. in dem östlichen Teile des Geländes auch Straßen anzulegen sind, die den dort geplanten Hagenbeck'schen Tierpark zugänglich machen sollen.

Stadtv. Bruns (Soz.): Die Vorberhandlungen haben ja tatsächlich eine recht erhebliche Zeit gedauert. Unsere weitergehenden Forderungen sind gescheitert, weil die Regierung einfach „nein“ gesagt hat. Wenn der Stadt Berlin bezüglich der Wohnungsfürsorge beständig Vorwürfe gemacht werden, so sieht man auch hier wieder, wie ein gut Teil der Schuld daran auf der Seite der Regierung liegt, die der Stadt ein Vorgehen auf diesem Gebiete durch Verhinderung von Eingemeindungen usw. außerordentlich erschwert. Offensichtlich wird es nicht wieder 7 Jahre dauern, bis auf diesem Terrain in dieser Hinsicht etwas geschieht. Sehr auffällig ist die Zumutung, daß Berlin an den Kreis Niederbarnim eine

Abfindungssumme

zahlen soll. Es wird bemerkt, daß Charlottenburg sehr gern dazu bereit sei. Ein wenig mehr Solidaritätsgefühl sollten die beteiligten Gemeinden doch beweisen; werden solche durch die Gesetze absolut nicht begründeten Forderungen erfüllt, so kann dadurch auf der anderen Seite doch der Appetit naturgemäß nur noch mehr gesteigert werden. An den Einzelheiten des Vertrages wird ja wohl kaum noch etwas geändert werden können; den Versuch, etwas zu bessern, sollten wir aber deshalb doch nicht unterlassen. Gar nicht gefallen will uns die Bestimmung, daß nach einem zwischen Pflaster und Straßenbahn geschlossenen Vertrage der letzteren gestattet sein soll, ihre Gleise über die Brücken zu führen. Wir beantragen Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss, um zu prüfen, ob nicht doch noch günstigere Bedingungen für die Stadtgemeinde herauszubekommen wären.

Stadtv. Cassel (R. L.): Ich kann diesen Darlegungen durchweg zustimmen; ich erkenne auch vollkommen die Uebelstände an, welche uns daraus erwachsen, daß das Terrain nur zu einem Teil eingemeindet werden soll, weil der Tegeler Schießplatz bleiben muß und andererseits Charlottenburg protestiert hat. Höchst bedauerlich ist das gegenseitige Sichüberbieten der einzelnen Gemeinden; es beweist das aber auch, daß die Zweckverbandsvorlage auf die Dauer nicht dem erstrebten Zwecke genügen wird. Ein Teil des Terrains soll nach der Absicht des Magistrats zu Spielplätzen und zu Erholungszwecken benutzt werden; an einer einheitlichen großzügigen Durchführung dieser Absichten werden wir gerade durch die Art, wie die Zweckverbandsvorlage gestaltet ist, gehindert worden. Was nützt uns aber auch ein Ausschuss? Nehmen wir die Vorlage nicht sofort an, so können und vielleicht später noch härtere Bedingungen auferlegt werden. Zur Erreichung irgendeines weiteren Vorteils ist nicht die geringste Aussicht. Wir wollen das uns angekommene Opfer bringen im Interesse der Bevölkerung. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (R. L.) spricht sich in gleichem Sinne aus.

Die Einschaltung eines Ausschusses wird abgelehnt, die Vorlage in der zweiten Beratung einstimmig genehmigt.

Schließlich wird ohne Debatte eine Nachtragsvorlage angenommen, wonach das Grundstück Dresdener Straße 66—Annenstraße 29 für 285 000 M. freihändig und das Grundstück Dresdener Straße 67/68—Annenstraße 28/28a auf dem Wege der Enteignung erworben wird. Schluß 7 Uhr.

Aber es gibt auch Häuser für bescheidenere Ansprüche, Dreizimmerhäuser, die einschließlich der Gartenmiete nur 250 M. jährlich kosten. Hier sind die Räume freilich ein bißchen enger. Ein anderer Haustyp enthält im Parterre neben einer verhältnismäßig kleinen „guten Stube“ eine schöne große Wohnküche, zu der dann noch eine Spül- und Schmutzküche gehört. In den Zweifamilienhäusern befindet sich eine Wohnung im Parterre und eine in der ersten Etage. Die größten Einfamilienhäuser haben sechs Wohnräume und kosten bis zu 700 M. Doch ist der kleinere Typ bei weitem vorherrschend, da ja die Bewohner fast ausschließlich Arbeiter, meist Angestellte der „Werkstätten“ sind.

Außer Riemerschmid haben noch Prof. Rütshaus (Wannsee-Berlin) und der in Hellerau wohnende Architekt Tessenow mitgebaut. Rütshaus' Häuser zeichnen sich durch ein gefälliges Äußeres aus, während Tessenow auf jedes dekorative Beiwerk verzichtet und sich auf große Raumwirkungen der ganzen Häusergruppen beschränkt. Die junge Siedelung hat auch schon einen Marktplatz, an dem die Geschäftshäuser mit den Läden liegen. Hier soll noch in diesem Jahre mit dem Bau eines Lebigenheimes und eines Gasthauses mit Fremdenzimmern begonnen werden. Der ganze Ort macht einen sehr malerischen Eindruck. Das einzige, was noch fehlt, sind schattige Gärten und größere Bäume auf Straßen und Plätzen. Etwas enttäuscht für diese Nähe freilich der Fernblick auf die wundervolle, von Wäldern und Hügelgruppen durchzogene Umgebung, der sich nach allen Seiten eröffnet.

Inzwischen ist es 6 Uhr geworden und das Festprogramm ruft uns zur Waldschänke, zu einer Uebungsstunde in rhythmischer Gymnastik des bekannten Schweizer Professors Jacques Dalcroze. Etwa 20 Hellerauer Kinder, fast alles Proletariatskinder, im Alter von 6—14 Jahren, stehen in schwarzen Trikots im Kreise, bereit, im Abklammern der von Meister Dalcroze am Klavier angelegenen Akkorde ihre entzückend graziösen Uebungen auszuführen. Durch diese Uebungen wird ebenso sehr der Gehörinn wie die Kestheit und Gewandtheit des Körpers ausgebildet. Alles klappert vortrefflich. Dalcroze hat auch eine Klasse für Erwachsene, und seine älteste Schülerin — so wurde uns erzählt — soll 70 Jahre zählen. Hellerau soll dem Schweizer Meister zur zweiten Heimat werden. Nach Entwürfen von S. Tessenow wird ihm hier eine „Bildungsanstalt“ im Werte von einer Million Mark errichtet, die mit kleinen Pensionshäusern für die von auswärtigen kommenden Schüler und Schülerinnen verbunden ist. So wird Hellerau zu einer Art Bayreuth auf dem Gebiete der Tonkunst werden. Nur mit dem Unterschiede, daß es nicht eine Kunst nur für die obersten Tausende, sondern eine wahre Volkskunst bieten wird.

Und abends gab es noch ein Waldfest mit Tanz und ausgelassener Lebensfreude. Ist Hellerau wirklich ein Stückchen demokratischer Sozialismus, wie der Leiter der Genossenschaft, R. Dohrn, in einer Ansprache an die Besucher meinte? Gewiß nicht, aber es gibt doch wenigstens eine Ahnung von der Freiheit und Schönheit, die einmal in einem sozialistischen Gemeinwesen herrschen wird. G. D.

Aus der Partei.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher des Stadt- und Landkreises Solingen,

an der auch Stadtverordnete aus den benachbarten Kreisen Remscheid und Weidenfeld teilnahmen, tagte im Gewerkschaftshaus in Solingen und nahm u. a. zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl in Hühlscheid bei Solingen, wo unsere Genossen die Majorität haben, Stellung. Es wurde die Frage erörtert, ob ein Sozialdemokrat, ohne gegen das sozialdemokratische Programm zu verstößen, den Posten eines Bürgermeisters in einer preussischen Gemeinde annehmen könne. Der Referent, Genosse Kreuzer-Solingen führte aus, daß schon die Vorgänge gelegentlich der Stuttgarter Bürgermeisterwahl gezeigt hätten, daß dies selbst in Süddeutschland, wo doch fortschrittlichere Verhältnisse herrschen, als in Preußen, große Schwierigkeiten habe und den Kandidaten zu Verhöhnungen gegen das Parteiprogramm veranlasse. Für Preußen, wo viel reaktionärer regiert werde, müsse die Frage verneint werden. Der § 88 der Rheinischen Städteordnung verlange: „Der Bürgermeister hat folgende Geschäfte zu erledigen: 1. Die Gesetze und Verordnungen sowie die Verfügungen der ihm vorgesetzten Behörden auszuführen und den ganzen Geschäftsgang bei der städtischen Verwaltung zu leiten und zu beaufsichtigen“. Dies würde in der Praxis dahin führen, daß bei einem etwa ausbrechenden Streit der Landrat verfüge, daß die Gemeinde zum Schutze der Fabrikanten Schutzleute zu stellen habe, wie dies auch schon geschehen sei. Der sozialdemokratische Bürgermeister müßte also diese landrätliche Verfügung ausführen und abwarten. In Preußen würden aber sowieso Bürgermeister mit sozialdemokratischer Gesinnung nicht bestätigt, und die Auffstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten hätte nur zur Folge, daß letzten Endes ein dem Landrat williger Werkzeug als Bürgermeister ernannt würde, denn § 82 der Rheinischen Städteordnung besage: „Wird die Bestätigung verweigert, so schreibt die Stadtverordnetenversammlung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so steht dem König beziehungsweise dem Regierungspräsidenten die Ernennung auf höchstens zwölf Jahre zu.“ Die Genossen würden also gut tun, einem Manne die Stimme zu geben, der sein Amt in liberaler Weise ausübt. — Genosse Deifel-Hühlscheid führte aus, daß in Hühlscheid kein Mensch daran denke, einen sozialdemokratischen Bürgermeister zu wählen. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion habe sich den Kopf über diese Wahl noch nicht zerbrochen. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Preußen sei es ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Sozialdemokrat Bürgermeister einer preussischen Gemeinde werden könne, wenn er seiner Ueberzeugung treu bleiben wolle. Dieser Ansicht schloß sich auch die sozialdemokratische Gemeindevorstellung einstimmig an.

Die portugiesischen Sozialisten nach den Wahlen.

Aus Lissabon vom 10. Juni wird uns geschrieben: Die letzten Parlamentswahlen sind für die sozialistische Partei Portugals von guter Vorbedeutung. In Lissabon haben die neun Kandidaten der Sozialisten im Durchschnitt 900 Stimmen gehabt; die neun in Lissabon aufgestellten Kandidaten erhielten im Durchschnitt mehr als 400, die beiden in Goya mehr als 600. In Torres Vedras erhielten 25 Stimmen, und auf dem Lande, wie Aldea Gallega, 192 auf den sozialistischen Kandidaten. Selbst in der alten Stadt Coimbra hat unser Kandidat 88 Stimmen erhalten. Jetzt, da der Wahlkampf beendet ist, beginnt für die Partei die Aufgabe der Organisation und Propaganda. Dem neuen politischen Regiment entspricht eine neue Parteifaktik. Um darüber zu entscheiden, hat die Partei sich entschlossen, einen Parteitag abzuhalten. Es ist der erste sozialistische Parteitag seit der Errichtung der Republik und der vierte seit der Gründung der Partei. Der Parteitag findet am 18. Juni in dem Hause der Arbeiterzöderation in Lissabon statt. Die Tagesordnung des Parteitages ist folgende: Soll die sozialistische Partei in Anbetracht der Umwandlung des politischen Regiments in Portugal ihr Programm und ihre Organisation ändern? Die portugiesische Revolution, die zum größten Teil durch das portugiesische Proletariat vollendet wurde, hat die Wirkung gehabt, die Arbeiter aus ihrer Erstarrung aufzurütteln. So vergrößerten sich die Reihen der Partei von Tag zu Tag. Die Partei hat schon vier Zeitungen, davon zwei in Lissabon mit einer Auflage von 82 000 Nummern.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Auch eine Landratsbescheidung.

Am Mittwochmorgen hatten sich vor der Strafkammer II des Landgerichts Hamburg Chefredakteur Dr. Trefz vom „Hamb. Fremdenbl.“, Redakteur Dr. Heise von der „Neuen Hamb. Zeitung“ und Genosse Köpfe vom „Hamb. Echo“ wegen Verleumdung des Landrats von Rettenheimer (Kreis Rotenburg bei Weimar) zu verantworten. Die drei Männer hatten im September 1910 der „Weserzeitung“ eine Notiz entnommen, in der unter Hinweis auf das sündliche Eisenbahnunglück am 23. Dezember 1909 auf dem Bahnhof zu Scheffel ein angebliches Bureaukratenstücklein glöstert und kommentiert wurde. Bei dem Eisenbahnunglück hatte der Rittmeister von Ralshahn und der Privatdozent an der Donner Universität und Direktor der Jernanstalt Dr. Köpfe den Tod gefunden, während des letzten Gattin — das Ehepaar war vier Monate verheiratet — sich mit übermenschlicher Kraft dem nahenden Flammentode hatte entreißen können. In der Notiz wird sodann behauptet, der Landrat habe sechs Monate nach dem Vorfall auf polizeilichem Wege von der Witwe des durch Verschulden der Eisenbahn getöteten Dr. Köpfe 8 M. für Reinigen und Säubern der Regelbahn von Wluspuren an zwei Scheuerfrauen“ einzeln lassen. Die „Weserzeitung“, der diese Darstellung von „durchaus glaubwürdiger Seite“ zugegangen war, bemerkte am Schluß: „So weit die Fiktion über den nahezu ungläublichen Vorfall.“ Der Staat zerlöst zwei Menschenleben. Die Leichname hinterlassen Wluspuren. Für deren Entfernung zieht der Staat von den Hinterbliebenen der von ihm getöteten Personen acht Mark ein! Sogar auf polizeilichem Wege, wobei die Zwangsvollstreckung in Aussicht steht. Ist derartige wirklich schon dagewesen?“ Unrichtig an dieser Notiz ist, daß die Leichen in der Regelbahn (es kommt ein Stubzimmer in Frage) aufgebahrt waren und daß für die Reinigung und Säuberung der Regelbahn von Wluspuren 8 M. gezahlt werden mußten. Aber wenn der Sachverhalt auch ohne Schminke und Zutaten veröffentlicht worden wäre, dann hätte er, wie die Verteidiger Dr. Herz-Altona und Dr. A. Cohen-Hamburg behaupteten, noch mehr gewirkt. Als nämlich die Leiche des Dr. Köpfe überführt werden sollte, mußte eine Sühntatbestimmung eingeholt werden, ohne die eine Ueberführung nicht möglich war. Kreisphysikus Dr. Müller-Rotenburg erhob zunächst 6 M., hierzu kam die Stempelgebühr; beide Beträge wurden von der Familie des verunglückten Doktors bezahlt. Später begann sich Dr. Müller, daß er eine Gebühr bis zu zehn Mark erheben könne, was ihm auch vom Landrat bestätigt wurde. Mit Hilfe der Behörden wurde dieser „Restbetrag“ eingefordert, wobei man sich in Bonn, wo Frau Dr. Köpfe wohnt, eines Polizisten bediente.

Frau Dr. Köpfe, die bei dem Unfall selbst verletzt worden ist und infolge des Todes ihres Mannes an einer starken Nervenzerüttung litt, hat bei ihrer kommissarischen Vernehmung ausgelegt: als sie vom Landratsamt die Aufforderung erhielt, noch vier Mark zu zahlen, habe sie angenommen, das Geld sollte für die Reinigung bezahlt werden, zumal die Quittung keine weiteren Angaben enthält. Den Vorfall, wie er in der „Weserzeitung“ geschildert worden

ist, hat sie in der Eisenbahn einem Bremer Herrn geschildert, der in seiner Entrüstung die Sache dieser Zeitung mitteilte.

Der Landrat hat, wie behauptet wird, einem Drude von oben folgend, gegen etwa 25 Zeitungen, welche die Notiz übernommen, Strafantrag gestellt. Redakteur Fügler („Weser-Ztg.“) ist zu 300 M., ein anderer zu 200 M. verurteilt worden, während weitere Redakteure billiger davongelommen sein sollen.

Das Gericht war der Meinung, daß es Pflicht der Presse sei, in solchen Dingen Erundigungen einzulegen, auch wenn darunter die Aktualität leiden sollte oder eine solche Notiz gar nicht gebracht werden könnte. Dem Landrat werde der Vorwurf gemacht, den amtlichen Apparat im Interesse eines Privatmannes in Bewegung gesetzt zu haben, wenn man auch über die Art der Einziehung der Behörde zweierlei Meinung sein könne. Genosse Köpfe und Dr. Heil werden zu je 75 M. und Dr. Trefz nur wegen Fahrlässigkeit aus § 21 des Preßgesetzes zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Stellbischtes Versammlungsrecht.

Am 7. Juni ersuchte ein Vorstandsmittglied des sozialdemokratischen Vereins im Wahlkreise Gölzig-Lauban den Amtsvorsteher in Schönbrunn um die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel. Als am 12. Juni noch kein Bescheid eingetroffen war, fragten unsere Genossen beim Landrat an, worum keine Antwort vom Amtsvorsteher einlaufe. Der Landrat versprach, Rücksprache mit dem Amtsvorsteher zu nehmen, der dann auch endlich am 18. Juni folgende Antwort gab:

„Zu der am 18. Juni . . . beabsichtigten politischen Versammlung kann die Genehmigung nicht erteilt werden, weil zu wenig Raum vorhanden ist auf Nr. 101. (Dem betreffenden Grundstück.) Es sind auch in der Gemeinde Schönbrunn zu viel anderer Meinung denkende Personen vorhanden, es könnte dadurch leicht zu Reibereien kommen, welche schließlich in Tätlichkeiten ausarteten.“

Der Amtsvorsteher, Domsch.

Selbstverständlich haben unsere Genossen Beschwerde eingelegt und darauf hingewiesen, daß auf dem betreffenden Grundstück Raum genug für die geplante Versammlung vorhanden sei. Sie wiesen weiter darauf hin, daß unsere Partei im Landkreise Lauban schon sehr viele Versammlungen abgehalten hat, ohne daß es zu Reibereien gekommen wäre. Dem Amtsvorsteher ist das auch nicht unbekannt. Wahrscheinlich traut er den „anderer Meinung denkenden Personen“ in Schönbrunn nichts Gutes zu, denn die „anderer Meinung denkenden Personen“ sind meistens Mitglieder des Bundes der Landwirte.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 12 heben wir hervor: Sind wir antimilitaristisch? — Die Revolution in England. III. Republik, Restauration, „glorreiche Revolution“. Von A. Conrad. — Briefe aus der Fremde. (Fortsetzung.) — Der Reich der Vorseit. Von Hannah Lewin. (Illustriert.) — Preussische Polizeispitzeln. — Der zweite Thüringer Jugendtag in Weimar. — Jugendtag der rheinischen Arbeiterjugend. — Die Dresdener Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz usw. — Weilage: Auf Postposten. Von E. Jaschnow. — Die Entmidelung unserer Mutterprache. Von E. Poernle. — Der Krieg in der Kunst. (Mit Illustrationen nach Werken von Galtot, Goya, Daumier, Rubin.) Von W. Hausenlein. — Die Schlacht. Gedicht von E. Rieger. — Vom Kriege und von Kriegsgreueln. — Indessen schlummert die Kanone. Gedicht von Karl Wendell. — Das eiserne Kreuz. Von A. Rosgaard.

Soziales.

Ein humaner Chef.

Während in der Öffentlichkeit mehr und mehr das Verständnis für die Forderung der Arbeiter und Angestellten nach einem ausreichenden Erholungsurlaub zum Durchbruch gelangt, gibt es auf der anderen Seite noch immer Arbeitgeber, die sich aus sozialer Verständnislosigkeit derartigen „neumodischen Ideen“ gegenüber strikte ablehnend verhalten. Ein interessantes Kulturbildungsdokument in dieser Richtung ein von der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ mitgeteiltes Rundschreiben dar, in dem der Direktor der Maschinenbau-Akt.-Ges. vorm. Starke u. Hoffmann in Oirschberg die Urlaubsgefuche seiner Angestellten zurückweist. In ihm heißt es:

„Es sind mir während des fast zehnjährigen Zeitraumes, in welchem ich die Firma leite, noch niemals derartig viel Urlaubsgefuche vorgelegt worden wie gerade dieses Jahr.“

Die Urlaubsgefuche sind dabei keineswegs bescheiden und erstrecken sich ohne weiteres auf Termine von 6 bis 20 Tagen, und zwar von seiten jüngerer Beamten, bei denen von einem Erholungsbedürfnis bei ihrer geringen und einfachen Arbeitstätigkeit gar keine Rede sein kann.

Ich setze überhaupt auf dem Standpunkt, daß besonders die jüngeren Herren, die sich bei unserer Arbeitseinteilung wirklich nicht überanstrengen, pünktlich zur Stunde zu arbeiten aufhören und ihre Stellungen öfters wechseln, dabei also doch immer einige Zeit nicht arbeiten, Erholungsurlaub überhaupt nicht brauchen. Dazu kommen noch die militärischen Übungen, die man ja auch sowohl in Reserve, als auch Landwehr, als Ferien bezeichnen kann (!).

Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich meiner eigenen Tätigkeit, wo ich den ersten achtstägigen Urlaub als Obergeringenieur erhielt, während mir in rheinischen und böhmischen Fabriken Urlaubsgefuche von 1 bis 2 Tagen rundweg abgeschlagen wurden, sogar im Anschluß an Feiertage.

Ich gebe hiermit diesen Gesichtspunkt der gesamten Beamenschaft bekannt und werde — ohne zwingende Gründe, — keinerlei Erholungsurlaub gewähren.

Es wird also gut sein, wenn man in Zukunft mit solchen Gefuchen nicht an mich herantritt.

Der Herr Direktor entwickelt in seinem Was sehr originelle Ideen. Von eingehenden sozialen Studien zeugt der Gedanke, daß ein Erholungsurlaub nicht nötig sei, weil verschiedene Angestellte ihre Stellungen öfters wechseln und die Zeit der Erwerbslosigkeit als Ferienzeit zu betrachten sei. Wenn jemand Direktorssohn ist und von dem sehr auskömmlichen Gehalt seines Vaters mitgehren kann, mag das vielleicht zutreffen. In den meisten Fällen ist aber auch bei den technischen Beamten Arbeitslosigkeit gleichbedeutend mit Existenzlosigkeit. Jeder einigermaßen einsichtige Mensch weiß, daß die Sorge um die Zukunft, die bei längerer Arbeitslosigkeit hereindringende materielle Not die Nerven des Betroffenen aufreibt, die Unterernährung den Körper weniger widerstandsfähig macht. Herrn Direktor Schmidt jedoch ist es vorbehalten geblieben, die glänzenden Vorgänge der Arbeitslosigkeit zu entdecken, die so groß sind, daß sie Ferienurlaub überflüssig machen.

Bei dem zweiten genialen Gedanken, daß die militärischen Übungen als Ferien zu betrachten sind, ist leider nicht zu erkennen, ob er das Produkt eigener angestrengter Geistesanstrengung des Herrn Direktors ist, oder ob er nur eine Variante der Auffassung des früheren Kriegsministers Bronsart u. Schellendorfs über die militärischen Ferienkolonien darstellt. Aber sei dem wie ihm wolle: jedenfalls wird das Schreiben des Herrn Direktors manden technischen Angestellten über sein Verhältnis zu dem Unternehmertum aufklären. Es wird ihnen aber auch klar machen, daß nicht „Gemeinschaftlichkeit der gewerblichen Interessen“ und wie die schönen Phrasen alle heißen, sondern rücksichtslose Machtverhältnisse die Stellung der Neben Mitarbeiter“ bestimmen.

Die Unfallgefahr der Berliner Holzarbeiter.

Bekanntlich hatte es das Komitee der Internationalen Hygieneausstellung auf Drängen der Scharmacher verhindert, daß auch die Gewerkschaften sich an dieser Veranstaltung beteiligten. Einige Arbeiterorganisationen haben allerdings ein wesentliches Material zu diesem Zwecke angeammelt. So haben die Maschinenarbeiter in der Berliner Holzindustrie eine wertvolle Statistik über die Unfallgefahr in den Berliner Betrieben ausgenommen. Von 602 beantworteten Fragebogen entfielen 888 auf ständige Maschinenarbeiter, während 44 Beantworter nur vorübergehend an Maschinen arbeiteten. Von den 888 ständigen Arbeitern sind nicht weniger als 706 schon ein- oder mehrmals verunglückt. 88 von ihnen hatten sogar schon mehr als 6 Unfälle an den Maschinen erlitten. Insgesamt fielen auf die 706 Arbeiter 2180 Unfälle. Bei 238 Arbeitern lagen so schwere Verletzungen vor, daß sie von der Berufsgenossenschaft Rente bezogen. Von den 44 vorübergehend Beschäftigten sind 42 verunglückt, mit zusammen 63 Unfällen. Von ihnen mußten 19 von den Berufsgenossenschaften entschädigt werden, also fast die Hälfte! Der weitaus größte Prozentsatz aller Unfälle entfällt auf die Kreislage. An diese Maschine passierten 1102, also mehr als die Hälfte aller Unfälle. Ihr folgen die Abriechmaschine mit 184 und die Kreisfräse mit 124 Unglücksfällen. Auch die so notwendigen Sicherheitsvorrichtungen fehlten hier und die 317 Arbeiter arbeiteten in Betrieben, in denen keine Staubsauger vorhanden waren, 541 Arbeiter in solchen, wo nur an einem Teil der Maschinen solche existierten, in 9 Betrieben waren sie völlig unbrauchbar und in 3 Werkstätten durften sie nicht in Betrieb genommen werden, weil es dem Unternehmer zuviel kostete.

Man sieht: Die ermittelten Ziffern sprechen Bände und die industriellen Scharmacher wußten wohl, was sie taten, als sie mit allen Mitteln das Material der Gewerkschaften von ihrer Paradedarstellung fernhielten.

Das Anrecht auf ein Zeugnis vor Verlassen der Stellung.

Während bisher die deutschen Kaufmannsgerichte, u. a. auch das Berliner Kaufmannsgericht, entschieden haben, daß dem aus der Stellung ausscheidenden Gesellen erst am Tage des Austritts das Dienstzeugnis zuzuleist, hat sich das Kaufmannsgericht Trier jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß der Angestellte bereits vom Tage des Beginns des Kündigungsverhältnisses Anspruch auf ein Zeugnis hat. Der in dem betreffenden Prozesse als Kläger auftretende Buchhalter G. kündigte nach 34jähriger Tätigkeit seine Stellung bei dem Beklagten B. mit sechsmonatiger Kündigungsfrist und erbat sich zugleich zum Zwecke erfolgreicher Stellenbewerbung ein Zeugnis. Nachdem ihm letzteres verweigert wurde und er daraufhin Stellunglos blieb, erhob G. Klage auf Schadenersatz für zwei Monate in Höhe von 300 M. — Der Beklagte wandte ein, ein gesetzliches Recht auf ein Zeugnis stünde einem Handlungsgehilfen erst beim Abgang zu. G. behauptete, die Abgangsfrist sei nicht gleichbedeutend mit „nach Beendigung“, sondern in dem Sinne auszuliegen, daß das Zeugnis fällig ist, wenn durch Kündigung der Tag der Beendigung des Dienstverhältnisses feststeht. Der Arbeitgeber muß alles das tun, was geeignet ist, dem im Kündigungsverhältnis stehenden die Erlangung einer neuen Stelle zu ermöglichen. An erster Stelle gehört dazu die Ausstellung eines Zeugnisses. Wenn Beklagter ferner ernstlich Auskunft erteilen wollte, so ist nicht einzusehen, weshalb er dem Kläger so hartnäckig das Zeugnis verweigere. Eine Auskunft ist auch bei weitem kein Zeugnis. Die jedesmalige Auskunft kann je nach der Person des Antragenden verschieden ausfallen, während das Zeugnis ein für allemal feststeht. Endlich ist der Wehrlose auch in der Lage, das Zeugnis zu kontrollieren und sich gegen Ungerechtigkeiten zu schützen, während er einer diskreten Auskunft schublos preisgegeben ist. Beklagter war darum zu verurteilen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der geforderten 300 M. — Beklagter hätte zuerst die Ausstellung des Zeugnisses versprochen und konnte es später nicht mehr zurückziehen. Das Gericht war aber auch einstimmig der Ansicht, daß Kläger ein gesetzliches Recht auf sofortige Ausstellung des Zeugnisses hat. Der Begriff „bei Beendigung“ im § 73 Handelsgesetzbuch ist nicht gleichbedeutend mit „nach Beendigung“, sondern in dem Sinne auszuliegen, daß das Zeugnis fällig ist, wenn durch Kündigung der Tag der Beendigung des Dienstverhältnisses feststeht. Der Arbeitgeber muß alles das tun, was geeignet ist, dem im Kündigungsverhältnis stehenden die Erlangung einer neuen Stelle zu ermöglichen. An erster Stelle gehört dazu die Ausstellung eines Zeugnisses. Wenn Beklagter ferner ernstlich Auskunft erteilen wollte, so ist nicht einzusehen, weshalb er dem Kläger so hartnäckig das Zeugnis verweigere. Eine Auskunft ist auch bei weitem kein Zeugnis. Die jedesmalige Auskunft kann je nach der Person des Antragenden verschieden ausfallen, während das Zeugnis ein für allemal feststeht. Endlich ist der Wehrlose auch in der Lage, das Zeugnis zu kontrollieren und sich gegen Ungerechtigkeiten zu schützen, während er einer diskreten Auskunft schublos preisgegeben ist. Beklagter war darum zu verurteilen.

Die Pflicht zur Errichtung eines Gewerbeaus Kaufmannsgerichts.

besteht nach § 2 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes und einer gleichen Bestimmung des Kaufmannsgerichtsgesetzes für die einzelnen Gemeinden dann, wenn sie mehr als 20 000 Einwohner besitzen. Bei der letzten am 1. Dezember festgestellten Volkszählung wurden eine ganze Reihe von Gemeinden festgestellt, die diese Einwohnerzahl überschritten haben, aber noch kein derartiges Gericht besitzen, obgleich sie hiernach dazu verpflichtet waren, bezogen noch kein Gewerbe- und auch noch kein Kaufmannsgericht die Gemeinden Dubrowitz, Gork-Gmischer, Kowawitz, Tempelhof, Trepitz, Wittenberg. Nur ein Gewerbegericht, aber noch kein Kaufmannsgericht bestand in Biebrich, Bismarckhütte, Haisa, Werheim, Moers, Rößberg in Schlesien, Weßberg, Werbau, Wittenberg. Nur ein Kaufmannsgericht, aber kein Gewerbegericht hatten Eckweiler, Frießenau, Langendroet. Die ausgefallenen Gemeinden sind nun natürlich gehalten, die fehlenden Gerichte einzuführen; in einer Anzahl von ihnen sind die Vorbereitungen dazu auch schon im Gange. Die Zahl familiärer im Deutschen Reich Ende des Jahres 1910 vorhandenen Gewerbeverordnungs-Gesetzes betrug rund 880 und dürfte inzwischen wohl auf 400 angewachsen sein. Die Gerichte können bekanntlich von allen, auch den kleineren Gemeinden, errichtet werden.

Aus Industrie und Handel.

Was geschieht mit den Angestellten? Bekanntlich wurde im Oktober vorigen Jahres in den Generalversammlungen der Posten-Guillaume-Lahmeyer-Werke und der A. E. G. die Fusion der beiden Firmen beschlossen. In der Aktionärversammlung der A. E. G. wurde damals von Vertretern des Bundes der technisch-industriellen Beamten, die als Aktionäre zugelassen waren, die Befürchtung ausgesprochen, die A. E. G. würde als Siegerin im Kampfe nun den Angestellten der früheren Konkurrenzfirma nicht das Entgegenkommen zeigen, zu dem sie dem moralischen Standpunkt verpflichtet wäre. Da war es Geheimrat Mathenau, der die Versicherung gab, mit größter Schonung vorgehen zu wollen und bei eintretendem Bedarf an Beamten in den Berliner Werken an erster Stelle die Angestellten der A. E. G. berücksichtigen zu wollen. Heute zeigt sich, wie Herr Mathenau sein Versprechen zu halten gekommen ist. Angestellte, die 10—20 Jahre im Dienst der A. E. G. gestanden haben, und nach aufopfernder Tätigkeit wohl Anspruch darauf hatten, von der A. E. G. weiterbeschäftigt zu werden, werden ohne die geringste Aussicht auf spätere Neueinstellung entlassen. Höchstens ganz junge Kräfte werden übernommen. „Mit größter Schonung“ wird das technische Personal so gut wie das kaufmännische auf die Straße gesetzt. Ueber 200 Angestellte hätten bereits bis Ende März ihre Kündigung erhalten und die „Schonung“, die man ihnen angedeihen ließ, bestand einzig und allein darin, daß man die Kündigung auf den letzten gesetzlich zulässigen Tag verschob. Mit Recht bemerkt die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ zu diesem Vorgehen altgedienten Angestellten gegenüber: „Man muß die Arbeitskraft der Angestellten aus und dann entleibt man sich ihrer nach klassischem Beispiel: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Der Verwaltung der Posten-Guillaume-Lahmeyer-Werke kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, ungenügend für ihre Angestellten gesorgt zu haben, als sie der übermächtigen Siegerin das Feld räumen mußte; Herr Generaldirektor Geheimrat Mathenau aber hat nicht bloß im höchsten Maße unsozial gehandelt, er hat gegen die Gebote der Humanität verstoßen und seine Mahnungen erden, daß Schonung

und Menschlichkeit zur Sprache werden, wenn sich die Interessen der Aktionäre mit denen der Angestellten kreuzen.

Gerichts-Zeitung.

In der Nordsee vom Humboldthafen

Ist nunmehr Termin auf den 27. bis 29. Juni vor dem Schwurgericht I Berlin anberaumt worden. Die erinnerlich, haben sich der Richter Gustav Wegener und die Gelegenheitsarbeiter Georg Wehner und Otto Wolff wegen Notzucht mit Todeserfolg begn. Wehner, begangen an einer Prostituierten, deren Persönlichkeit trotz 400 verfolgter Spuren bisher noch nicht festgestellt werden konnte, zu verantworten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Schmidt, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Carl, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Puppe, Dr. S. Philipp und Dr. Vidardt. Es sind sechs Sachverständige, nämlich Dr. Frankel, Geh. Med.-Rat Dr. Straßmann, Gerichtsarzt Dr. Strauch, Zahnarzt Dr. Peters, Dr. Noeddy vom Leichenschauhaus und Gerichtschreiber Dr. Jeserich, sowie 57 Zeugen geladen. Letztere bestehen zumeist aus den den Humboldthafen absehbenden Beamten und Kommissaren sowie aus Prostituierten und Zuhältern jener Gegend. Die Hauptbelastungszeugin Wesenmeyer befindet sich in Fürsorgeerziehung, ebenso die Zeugin Kolter, mit denen die Ermordete bis zuletzt zusammen gewesen sein soll. Interessant ist die bisherige Art der Ermittlung der Toten. Diese sollte nach den Angaben der beiden letztgenannten Mädchen im „Küchlein“ in der Friedrichstraße eine Portion Fleisch mit Pfefferlingen sehr häufig gegessen haben, ebenso später an einem Bogen gekaufte Birnen. Tatsächlich haben dann auch die Ärzte Geh. Med.-Rat Dr. Straßmann und Dr. Strauch bei der Obduktion Reste von Pfefferlingen sowie einen Birnentern im Magen der Toten festgestellt. Trotzdem schwebt noch bis heute ein Dunkel über deren Persönlichkeit.

Ein „Ehrenmann“

Der Tischler Otto Mitsche, stand gestern unter der Anklage der schweren Kuppelrei vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung entrollte ein abstoßendes Sittenbild. Der Angeklagte befand sich mit seiner Frau im Sommer 1908 in einem Gartenlokal. Dort machte die Frau die Bekanntschaft eines Schloßers O., dem sie sich als Fraulein und ihren Ehemann als ihren Bruder vorstellte. Der Ehemann hatte gar nichts dagegen, daß der neue Freund die Frau nach Hause begleitete und ihr auch fernerhin noch häufig Besuche abstattete, ja, er öffnete wiederholt selbst die Tür und komplimentierte den jungen Mann in das Zimmer der Schwester, auch begleitete er die beiden manchmal auf ihren gemeinsamen Ausgängen. Dieser liebliche Verkehr zog sich über Jahr und Tag hin, kam aber schließlich zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, die sich diese naive Triole vom Standpunkt der schweren Kuppelrei aus näher betrachtete. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte den würdigen Ehemann zu 1 Jahr Gefängnis bei fortdauernder Verhaftung. Von einer Zuchthausstrafe wurde nur deshalb Abstand genommen, weil der Angeklagte noch nicht verurteilt ist.

Aus der Frauenbewegung.

Sittlichkeitsreform in Holland.

Bekanntlich hat die Zweite Kammer in Holland Mitte März mit zwei Drittel gegen ein Drittel der Stimmen das neueste Produkt der christlichen Politik, die sogenannte „Sittlichkeitsreform“ angenommen. Die Gesetzesvorlage hat am 17. Mai die Zustimmung der Ersten Kammer erhalten und tritt nunmehr in Kraft.

Die wichtigsten Bestimmungen dieser Gesetzesvorlage lauten: Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu dreitausend Gulden ist zu bestrafen, wer Gegenstände oder Schriften verfertigt, einführt, ausführt usw., deren Inhalt er kennt und die anständig für die Ehrbarkeit sind. Die öffentliche Ausstellung, Verbreitung und ungetragene Anpreisung neuemathusianischer Schriften wird mit Haft bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu dreihundert Gulden, die Anzucht mit Minderjährigen gleichen Geschlechts mit Gefängnis bis zu vier Jahren, der Mädchenhandel mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, die Abtreibung der Leibesfrucht mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bis zu dreitausend Gulden, jede Ausübung des Hazardspiels und der Gebrauch des Totalisators bei Wettrennen mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bis zu achttausend Gulden bedroht. Dazu schreibt die „Chronik der christlichen Welt“: Die Zukunft muß entscheiden, ob der strenge Geist, der dieses Gesetz geschaffen hat, wirklich der Geist des holländischen Volkes ist, oder ob nicht vielmehr das ganze Volk die Atmosphäre von Heuchelei und falscher Sittlichkeit bedeckt wird, die während der Beratung des Gesetzes, wie die liberale Presse versicherte, über den Häuptern der Abgeordneten geschwebt hat.

Bunächst wäre es nunmehr wohl angebracht, für Holland eine Doktorfrage darüber aufzuschreiben, was „anständig“ für die Ehrbarkeit ist! Die Aufgabe, den Keimathusianismus, der gerade, wie bekannt, in Holland festen Fuß gefaßt hat, auszuwischen, würde man am besten dann rein theologischen Händen überweisen, da ihre Befugnis durch den eventuellen Ausfall von Begründungen zu kurz kommen. Für Abtreibung wären, wenn die scharfen Vorschriften sich noch als zu schwach erweisen sollten, vielleicht wieder mittelalterliche, doch modern-technisch verfeinerte Folterwerkzeuge anzuschaffen. Und die vom Spielteufel Besessenen würden vielleicht gleich besser mit eisernem Besen aus Niederland herausgefegt. Und die alsdann geschätzte neuholländische Rasse würde vielleicht für die ganze übrige Erdentwelt als Primazuchtmaterial verwendet

werden können. So, scheint es uns, träumen sich die Schwarzen Hollands die Zukunft.

Wir aber glauben, so gern wir auch in Niederland, wie überall, den „Mädchenhandel“, die „an Minderjährigen verübte Unzucht“ und noch viel mehr der Straftaten ein für allemal ausgetilgt wüßten, daß besonders gerade die „Abtreibung“ (wo beginnt Abtreibung?) auch in Niederland von einer anderen Menschenrichterwarte aus betrachtet werden sollte, und daß durch diese allzu scharfe und darum scharfge richtliche-orthodoxe Sittlichkeitsreform ein „alter Raubstaat an der See, zwischen Ostfriesland und der Schelde“, wollte sagen „Holland in Rot“ kommen könnte.

Aus aller Welt.

Der deutsche Rundflug.

Am Donnerstag war die dritte Etappe Schwerin—Hamburg zurückzulegen. Trotz des windigen und nebligen Wetters starteten Biencziers, Lindpaintner und Büchner am frühen Morgen. Biencziers landete infolge des Nebels 12 Kilometer vor Hamburg, während Büchner und Lindpaintner Hamburg, wenn auch nach mehrfachen durch den Nebel verursachten Zwischenlandungen erreichten. Biencziers zerbrach bei dem Versuche, wieder aufzusteigen, den Propeller. Er wird erst nach Reparatur des Schadens das Ziel erreichen können. Am Abend startete auch Benno König zum Flug nach Hamburg.

Die in Magdeburg zurückgebliebenen Flieger Thelen und Bollmüller haben wegen der ungünstigen Witterung den Flug nach Schwerin, wo sie spätestens Donnerstag abend 9 Uhr eintreffen müßten, nicht fortsetzen können. Thelen hat seinen Apparat per Bahn nach Hamburg schaffen lassen; Bollmüller, der noch auf günstige Fluggelegenheit hoffte, wird seinem Beispiel folgen müssen. Auch Laitsch ist von Wernitz noch nicht abgekommen.

Von Hamburg und Kiel aus werden sich dem Fluge noch mehrere Wettbewerber anschließen. Nämlich Paul Lange, dessen Erich-Apparat inzwischen nach Hamburg geschafft worden ist, Gorissen und Jahnow, der auf dem Harlan-Eindecker an dem weiteren Wettbewerb teilnehmen will.

Ein neues Erdbeben in Mexiko.

Wie der „Frankf. Zig.“ aus New York telegraphiert wird, hat in Mexiko abermals ein Erdbeben stattgefunden. Der Erderbebenzitterung fielen diesmal 122 Personen zum Opfer, darunter mehrere Personen, die in dem früheren Erdbeben verwundet wurden und in den Hospitälern lagen.

Eine amtliche Mitteilung gibt die Anzahl der Opfer der Katastrophe vom 7. Juni auf 1450—1500 an.

Schwere Untwetter.

Ueber der österreichischen Hafenstadt Triest entlud sich am Mittwochabend ein schweres Gewitter, das gegen 1 Uhr nachts in einen orkanartigen Sturm ausartete. Sogar im inneren Hafen bildeten sich fünf bis sechs Meter hohe Wellen, und das Wasser wurde bis zur Piazza Grande getrieben. Viele im Hafen und auf der See verankerten Schiffe wurden stark beschädigt. Zwei griechische Vorlen, die außerhalb des Wellenbrechers des Franz-Joseph-Hafens verankert waren, sind untergegangen; vierzehn Mann der Besatzungen sind ertrunken. Zwei größere Segler liegen auf dem Wellenbrecher, wozu sie der Sturm geschleudert hat. Ein größerer Dampfer namens „Andromeda“ ist beim Molo Sanita untergegangen. Es ist nur der Mast sichtbar. Die Besatzung wurde gerettet. Am Eingang vom Canal grande riß der Sturm einem Segler den Mast um, der den Kapitän und einen zweiten Mann erschlug. Mehrere Fischerdarten sind gesunken oder schwer beschädigt. Dem im inneren Hafen verankerten Stationsdampfer des Oesterreichischen Lloyd, einem älteren Schraubendampfer, wurde der Bug weggerissen. Ein schwimmendes Rad wurde total zerstört. In Triest sind bisher zwanzig Leichen geborgen worden.

Auch aus Norditalien kommen Meldungen über schwere Untwetterkatastrophen. In der Stadt Brescia riß der Sturm das Dach einer großen Spinnerei ab. Das Unglück ereignete sich während der Arbeitszeit. Unter dem aus mehreren hundert Personen bestehenden Personal brach eine wilde Panik aus. Durch die herabstürzenden Trümmer wurden acht Arbeiterinnen erschlagen, eine Anzahl Arbeiterinnen schwer verletzt worden.

Kleine Notizen.

Wortverfuch und Selbstmord aus Eifersucht. In dem Dorfe Lang bei Oberwalde hat der Knecht Müller seine Geliebte, ein Dienstmädchen Wesse, überfallen und durch Messerschläge schwer verwundet. Dann stürzte Müller sich in einen nahen Wald, wo er sich erhängte.

Von einem Fahrgast ermordet. In der Nähe von Dresden wurde in der letzten Nacht der Droschkenkutscher Winkler auf seinem Gefährt ermordet und beraubt aufgefunden. Vermutlich ist er von einem Fahrgast erschossen worden.

Blitzschlag. Während eines Gewitters in St. Crespin (Frankreich) fuhr ein Blitzstrahl in eine Gruppe von Arbeitern. Einer von ihnen wurde getötet, fünf schwer verletzt.

Der Geldschrank als Menschenfalle. Ein eigenartiger Vorfall ereignete sich in einem größeren Finanzinstitut in Brüssel. Zwei

Arbeiter waren mit dem Anstreichen der Innenwände eines Tresors beschäftigt, als auf noch unaufgelärter Weise die Tür des Tresors ins Schloß fiel, so daß die beiden Anstreicher gefangen waren. Auf ihre Hilferufe erschienen mehrere Bankangestellte, denen es aber nicht gelang, die Tür zu öffnen. Es mußten Geldschrankarbeiter herbeigerufen werden, und diese konnten den Tresor erst nach ein- einhalbstündiger Arbeit öffnen. Die beiden Anstreicher lagen bewußtlos am Boden und es bedurfte längerer Zeit, sie wieder ins Bewußtsein zu bringen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, beim vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Freier für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abmahnungsentwärtung beifolgt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

J. 500. 1. Unjeres Frachts ja. 2. Ja, außer Verbandsbeiträge. 3. In der Regel ja. 4. Nur den 28,85 M. wöchentlich überbleibenden Betrag. — Hans 21. Die Steuerbehörde ist im Recht. Berücksichtigung erfolgt erst im nächsten Jahre. — O. 25. Soweit der Lohnbetrag 28,85 M. wöchentlich übersteigt. — N. D. 13. 1. Auf Antrag kann Befreiung vom Band durch den Justizminister erfolgen. Der Antrag ist bei dem Landgericht, das in erster Instanz entschieden hat, einzureichen. 2. Die Antragstellung auf Befreiung wegen Ehebruch ist nach Ablauf von 3 Monaten, von der Rechtskraft des Scheidungsurteils ab gerechnet, verfallen. Einem späteren Antrag wird nicht Folge gegeben. — Pantow 44. Wenn Ihre Behauptung beweisbar ist, so können Sie den Antrag zur Verfügung stellen und Rückzahlung des Kaufpreises, eventuell im Klagewege, fordern. — Rigdorf 103. Rein. — M. S. 23. Rein. — G. 100. Zum Teil ja. — O. W. 50. Wenn die Kaufverträge im Gewerbebetriebe beschäftigt ist, ja. Privatkonsum, nein. — G. S. Vom 8. Juli bis 15. August. Unter 4 Jahren frei, von 4 bis 10 Jahren die Hälfte. — J. 20. Die halbjährig geschwiffen. — M. S. Rein. — 100 M. R. Sohn. Antrag ist an das Vormundschaftsgericht in Potsdam zu richten. — O. W. 25. Ungültig. — N. W. 100. 1. Unterliegt der Vereinbarung. 2. und 3. Einen Teil nur dann, wenn das im Urteil zum Ausdruck gebracht ist. — G. S. 39. Beschränken Sie sich, vielleicht in Gemeinschaft mit anderen Wählern, bei dem Volkszähler. — M. S. 50. 1. bis 3. Nein. 4. Sie sind nicht zahlungspflichtig. In diesem Falle ist eine Beschwerde bei der Annahmestelle angebracht. — G. S. 2. Auf Grund der üblichen Mietverträge nicht. — G. S. 13. 1. Ja. 2. Den angemessenen Preis, den im Streitfalle ein gerichtlicher Sachverständiger feststellt. — M. O. 17. 1. Nein. 2. Die Erlaubnis des Vorgesetzten genügt. — W. T. 70. 1. Nein. 2. Ja. 3. Unterliegt der Vereinbarung. — G. S. 300. 1. Nein. 2. Ja. — N. D. 44. Frau Gertrud Siewitz, Charlottenburg, Stuttgarter Platz 9. — M. S. 24. Trautz, Dr. Adis, Station der Oberer Bahn. Fahrpreis 1,45 M. Beurlaubung ist nicht bekannt. — M. S. 58. Regele wie verlangt, können wir im Details nicht veröffentlichen. Besorgen Sie einen Sachmann. — N. 18. Eine sachgemäße Auskunft würde Ihnen der Herr Paul Schlegel, Rigdorf, Poldstr. 61 (Tel. 1314), gern geben. — N. S. 55. Auf Ihrem Polizeirevier erfahren Sie die Adresse. — M. S. 10. Letztens, W. W. Victoria-Luisen-Platz 6. Meldungen: Wochenlang von 6—8 Uhr. — Paul Aus. Lassen Sie sich den Katalog der Bornsdorfer-Buchhandlung schicken. — G. S. 27. Um die Aufnahme zu sichern, ist vorherige Meldung im Bureau einer der genannten Anstalten, die beide gleiche Bedeutung in Anspruch nehmen, zu empfehlen. Die Kosten sind die Höhe aller Krankenhäuser. — Sohn 1000. Die Geschichte des Kanals, dessen Bau 1881 begonnen, lesen Sie im Lexikon in jeder Bibliothek. Feuerwehr und Polizei in Berlin ist königlich. Die Stadt hat in Form des Polizeikommissars die Kosten zu tragen. — M. S. 34. Die Frage ist ohne nähere Angabe der Verhältnisse nicht zu beantworten. Kommen Sie abends auf die Redaktion.

Möbelfabrik „Fortuna“.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz für das Geschäftsjahr 1910.

	W. 1910.
Kassakonto	378,40
Bankkonto	1.380,—
Inventarkonto	2.238,—
Kaufvertragskonto	184,50
Wareneinkauf	6.191,—
Kontokorrentkonto	9.353,50
	19.710,40

	W. 1910.
Kapitalkonto	2.250,—
Reservefondskonto	73,05
Umlaufvermögenkonto	312,18
Darlehenskonto	5.944,66
Beschlagnkonto	5.564,92
Kontokorrentkonto	4.034,43
Gewinn- und Verlustkonto	226,16
	19.710,40

Die Zahl der Mitglieder betrug 9. Einzelne Ausgestritten Die Gesamtsumme betrug 2250 M. Das Geschäftsguthaben betrug 2250 M. Dieselben haben sich weder vermehrt noch vermindert. 2237b

Stoffe

für Anzüge, Paletots usw. aus direkter Quelle kaufen, heißt Geld sparen!

Zuschlager Koch & Seeland G.m.b.H. Gertraudenstr. 20-21 (10-12 Uhr) Petrisirche.

Gutgehendes Saalgeschäft

mit täglicher Einnahme, großem Garten, Parzellental, an großer Straße gelegen, sofort zu verkaufen. Auskunft erteilt Max Glonko, Berlin O. 24, Rembrandtstr. 15 II. 22225*

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129. Die schönsten Herren-Sommer-Paletots u. Wäster in neu und Anzüge sowie (gestrich) erklaffter, auf Selbe gearbeitete Herberode, von 4672L. Kavalieren getragen, fast neu, für jede Figur passend, gestrich Bandanzüge sind in großer Auswahl stets zu stannend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129. Hochqualitative Reifbutterzer. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Noch 2 Parzellen a 750 M.

(kleine Anzahl) in Mahlsdorf, ca. 5000 Einwohner, 20 Pfl. Fahrt vom Alexanderplatz. Bei mir kaufen Sie jetzt noch billiger als in weiter entlegenen Vororten, wie Hoppengarten, Neuenhagen etc. Pläne gratis. Vertreter täglich, auch Sonntags, am Bahnhof Mahlsdorf im Verkaufspavillon J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Optiker Ruhinke

11 Geschäfte.

Oranien-Str. 44 Brunnen-Str. 12 Chaussee-Str. 72 Link-Str. 1 Karl-Str. 8
Tauentzien-Str. 19 Am Alexanderpl. Friedrich-Str. 190 Wilmersdf. Str. 48 Turm-Str. 47
Zentrale, Kontor und Versand-Abteilung: Am Spittelmarkt.

Prismen-Ferngläser für Reise, Sport und Jagd.

Unter anderen führen wir ein empfehlenswertes, billiges Spezial-Modell der bekannten Fabrik „Fiammarion“ mit 5maliger Vergrößerung, großem Gesichtsfeld und hervorragender Lichtstärke. Das Glas ist für jeden Augen- zustand leicht einstellbar. Alle Teile sind schwarz emailiert, die Körper mit gutem Leder bezogen. Ein solides, sauber gearbeitetes Rundleder-Etui schützt das Glas vor äußeren Beschädigungen. Preis inkl. Riemen Mk. 85.—



Brillen und Kneifer

mit Gläsern von Mk. 1.50 an.

Dies bestellt Reise-Fernglas ist praktisch eingetragenen. Es hat die Ansprüche, welche ich an dasselbe gestellt habe, voll befriedigt. — Bei Bedarf werde ich mich stets wieder an Ihre geschätzte Firma wenden. Fraa Rektor Popp.

„Velox“ Reise-, Jagd- u. Sport-Glas, ein neues Modell der berühmten Fabrik „Colmont“ Paris, mit ganz vorzüglicher Optik und präziser Mechanik. Das Glas hat eine ca. 4malige Vergrößerung, ist 250 gr schwer, 11 cm hoch, ein Objektivdurchmesser von 4 cm garantiert ist ein großes, helles und klares Gesichtsfeld. Durch großen Abbruch von diesem Modell sind wir in der Lage, das Glas inklusive Rundleder-Etui 2mm Verkauf und Riemen schon für Mk. 17.50 zu stellen.

Vor mehreren Monaten besaß ich von Ihnen einen goldenen Kneifer. Ich kann nun nicht umhin, Ihnen mitteilen, daß das Glas für mich eine Erlösung von den veralteten, schiefstehenden Brillen war. Das Apparat ist vorzüglich in Konstruktion, elegant und leicht und im Vergleich anderer Firmen billig. Korrekt im Verein mit Ihrem Optikkunstwerk dienen Ihre Erzeugnisse der höchst Lob. Spreche Ihnen herzlich meine wärmste Zufriedenheit aus und werde nicht verstanden, daß diese Firma auch bei meinen Verwandten und Bekannten, die auch auf Augenoptiker angewiesen sind, zu empfehlen. Fraa A. Vogel.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



Extra-Preise

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden

Emaillierte Geschirre

Extra-Preise

Gaskochertöpfe mit Deckel, 6 Größen 60 Pf. bis 1.50
Gas-Kasserollen mit Deckel, 4 Größen 60 Pf. bis 1.25
Fleischtöpfe 8 Größen 30 Pf. bis 2.00
Kasserollen ohne Ring, 6 Größen 20 bis 70 Pf.
Kasserollen mit Ring, 4 Größen 60 bis 90 Pf.
Wasserkessel ohne Absatz 55 Pf. bis 1.60
Kartoffeldämpfer 1.60 und 2.50

Topfdeckel 8 Größen 12 bis 50 Pf.
Pfannen rund 25 bis 65 Pf.
Fischkocher 3.50 bis 6.00
Salatsiebe 70 Pf. bis 1.00
Durchschläge 4 Größen 50 bis 85 Pf.
Milchtöpfe mit Deckel, 6 Größen 30 bis 65 Pf.
Kaffeekannen 8 Größen 45 Pf. bis 1.20
Kasserollen mit Deckel, 4 Größen 50 bis 90 Pf.

Essnapfe 6 Größen 15 bis 32 Pf.
Teesiebe 10 Pf., mit Stiel 15 Pf.
Waschschüsseln dekoriert 2.25, 2.50
Wasserkrüge 1.50, dekoriert 2.50
Wasserkannen dekoriert, 3 Größen 40 bis 60 Pf.
Kinderbecher dekoriert 15 Pf.
Trinkbecher dekoriert 20 und 25 Pf.
Kaffeekannen dekoriert 75 Pf. u. 1.00

Extra schwere Kochgeschirre braun, innen grau emailliert
Hohe Fleischtöpfe 6 Größen 2.00 bis 5.50
Maschinentöpfe 1.25
Kasserollen ohne Ring, 6 Größen 50 Pf. bis 1.60
Kasserollen mit Stiel, 6 Größen 50 Pf. bis 1.50
Pfannen 6 Größen 1.00 bis 3.00
Fischkocher oval, komplett 4.00

Tortenplatten
1.80, 2.25, 2.75

Wirtschafts-Artikel

Wand-Kaffeemühlen
dekoriert, für 1/2 Pfd. 1.50, für 1 Pfd. 2.00

Gaskocher 3 Loch, 2 Wärmestellen 5.85
Spiritusplatten für die Reise 3.75, 4.25
Spirituskocher 25, 50 Pf.
Fruchtpressen von Blech 60, 70 Pf.
Fruchtpressen Gussisen 4.50, 5.50, 6.00
Wringmaschinen 2 Grös. 9.00, 10.00
Rasenmähaschinen 15.50 u. 18.00

Rasensprenger 3.15, 8.00
Patent-Strahlrohre 2.50, 3.50, 4.25
Gartenschlauch-Gummi Mtr. 1.60
Gartenschlauch-Hanf Mtr. 70, 90 Pf.
Schlauchrollen 6.25
Schlauchwagen 8.00
Gazeschränke Blech, lackiert 5.50 bis 10.50

Waschfässer Zink, 4 Größen 6.50 bis 10.00
Waschzuber Zink, 3 Größen 6.75 bis 10.00
Tablets mit Majorika-Einlage 1.60 bis 3.50
Reisekleiderbügel 12 bis 25 Pf.
Reise-Ärmelbretter 55 Pf.
Reiseschuh-Garnituren 45, 80 Pf.
Glanzbürsten 50 Pf.

Gazeschränke Holz, lackiert 5.25 bis 8.50
Eisschränke m. Zinkausgeschlagen 14.00
 Höhe 82 cm, Breite 62 cm 30.00
 mit Butterkasten, Höhe 89 cm, Breite 62 cm 38.00
 mit Glaswänden, Höhe 82 cm, Breite 62 cm 36.00
 m. Glaswänden u. Butterkasten Höhe 89 cm, Breite 62 cm 55.00

Isolierflaschen 1.10, 2.25, 2.75 Touristenkocher Blech 70 Pf. bis 1.15, Aluminium 2.75, 4.00

Extra-Preise für Porzellan, Glas und Steingut



Die kurze Kochzeit



MAGGI'S Suppen

mit dem Kreuzstern

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen mit dem „Kreuzstern“.

kommt der Hausfrau an den heißen Sonnentagen ganz besonders zu statten. Nur mit Wasser aufgelöst, gibt ein Würfel zu 10 Pfg. in kürzester Zeit 2-3 Teller wohlschmeckender Suppe.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerrichtig) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Berlin, Händeler Markt 4, Bahnhofstraße. (Leier des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Grundbesitzer der Politik, von Friedrich Stampfer, Gebunden 3 Bde. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Radon).

Hermannianer 6. Jedermanns allerbilligste Einkaufsquelle. Jadedienste, Gebrauchsgegenstände, Sommerpaletots, Herrenhosen, Bettensauswahl, Brautbetten, Vermietungsbett, Mädchenwahl, Gardinenauswahl, Tischdecken, Steppdecken, Teppichauswahl, Goldschalen, Tischdecken, Wanduhren, Ferngläser, Selbstverändlich bevorzugter Warenverkauf, Wandbildhaus, Hermannplatz, Sonntags ebenfalls geöffnet. 131*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen, zurückgelehnt, hochvernehmlich, spottbillig, Totalausverkauf, Deutsches Verlagshaus, Nägerstr. 63, I. 2242*

Teilszahlung: Eine Mark wöchentlich liefert elegante Herrenanzüge, fertig und nach Maß. Garantierter tadelloser Sitz. Knie, Brunnstr. 10. 2663*

Leibensbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Desbordes. Breite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Zimtisidene Steppdecken 4.15 (Seidenstrick), Kollasidene Steppdecken 8.50, große Schlafdecken, grau-rot, 1.10, Normal-Schlafdecken 1.65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Ledebere, Oranienstr. 158. 1998*

Inventur-Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franco. Teppichhaus Emil Ledebere, Oranienstr. 158. 1998*

Kabfahrerarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrer ein Straßensport 1900 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1.50 Mark. Nordliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Udermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Südwesten. Gd. Bk. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Radon).

Wandanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Juleis von 1.50, Schrotdanzüge von 12.00, Jacken von 2.50, sowie für corpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen. Aus Handarbeiten verfertigte Sachen laufen man am billigsten bei Koh. Rudolfsstr. 14. 1998*

Teppiche (Herrenkleider), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischdecken, Übergardinen, Sofa-stoffe, spottbillig. Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Flurzugang, Vorwärtsstr. 69, 100 Prozent. Sonntags geöffnet. 2488*

Wollen zu Preis Quots und Sigismund Vercors. Die wahre Gestalt des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstr. 69, Radon.

Teppiche, Portieren, Tischdecken, Gardinen, Steppdecken, Kissenstoffe, Tischdecken, Divandeken, spottbillig. Messingposten. Potsdamerstr. 109, Teppichhaus Conrad Fischer. Vorwärtsstr. 69. 2201*

Damenhänden mit gestrichelter Spitze 1.15, Herrenhänden 1.15, Normalmische, Arbeiterhänden sowie elegante Handschuhe bis zur Hälfte des Wertes. Wäsche- und Schuhfabrik Solomonsky, Dresdenstr. 21, Alexanderplatz.

Damenwäsche. Julius Hummel, Altdorf, Herbergstr. 15. Kul Wunsch mit Raster ins Haus. 131

Geschäftsverkäufe. Buchbinderei, gutgehend, wegen Todesfall zu verkaufen. Rabe, Kochstr. 5. 2245*

Seitenladen. Billig verkauft wegen Übernahme eines Restaurants. Altdorf, Lenaustr. 9. 154

Gabelkassette verkauft. Rad, Reichen, Langdammstr. 62. 1148

Schankgeschäfte billig zu verkaufen. 12 Jahre einer Hand, Jennstr. 66, Markt. 2241*

Particellat, gutgehend, wegen Kurverletzung sofort zu verkaufen. Rabe, Frankfurter Chaussee 158, vorn parterre. 67/12*

Möbel. Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirkschaffen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Verpfändung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Krellmann u. Co., Koppstr. 4. (Schleier Bahnhof). *

Großer Möbelverkauf. Selten günstigste Angebot, wegen Räumung verkaufe große Posten englische Bettstellen, Schränke, Schreibtische, Umhänge, Nähmaschinen, moderne Küchen, geschlossene Truemeubel, Buffet, Schlafzimmer riesig billig! Ansehen! Staunen! Möbelreicher Dirichow, Chausseest. 49. 2748*

Interessanter veranm. Th. Wied, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Möbelhandlung Mariannenstr. 25, billige Preise. Teilszahlung gestattet. Vorwärtsstr. 3 Prozent Rabatt. 2503R*

Möbel-Verkehr, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Küche und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Rufen. Wochen, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinstimmung. Lieferer auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Anzeigens erhält beim Kauf 5 Mark geschenkt.

Fahrräder. Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumenstr. 36b. 2108*

Räderverleihung. Fahrradläufe 25.00. Motorzweiräder spottbillig. Große Frankfurterstr. 14, Räumverl. 80/13

Herrenfahrrad verkauft Krause, Blauerstr. 2, Seitenflügel III.

Musik. Pianinos, neu, 200-600 Mark, langjährige Garantie, gebrauchte fast neu, billig. Teilszahlung. Altdorf, Juliusstr. 59, Bachmann. 131*

Verschiedenes. Fisch-Entende. Schläger-Programme! Goldsemanstr. 3. 1132*

Platinabfälle. Gramm 4.50. Jahrgesche. Silber, Algold läuft. Büchel, Auguststr. 19, III. 158*

Patentanwalt Wessel, Gütlicherstr. 94a.

Patentanwalt Müller, Gütlicherstr. 81. 2439R*

Ruhkasseler von Frau Kolodt, Schlegelstr. 20a (gegenüber Rantaustr. 76. 2155*

Kupfer, Messing, Platinabfälle Silberabfälle. Goldschmelze Kupfer Röhrenstr. 20a (gegenüber Rantaustr. 76). 206R*

Ruhgebisse. Latin, Goldschmelze, Silber, Staniol, kaufte höchstgütlich Edelgummi Dresdenstr. 9 (Hofbahn). 87/15*

Ruhgebisse! Frau Robell Röhrenstr. 20a, nächst Hauptstr. Bettmische, Leinwische, vier Handbücher, vier Taschentücher 0.10. Lieferung und Abholung Montags. *

Ruhgebisse. Latin bis 50 Pfennig! Platin, Gramm 5.20, kaufte Blumenreich, Brunnenstr. 106 (Rosenthaler Tor.) 2751R*

Empfehle verehrten Genossen und Bekannten mein Produkt- und Kollengeschäft Schlemmerstr. 40 und Liebenwalderstr. 51. 1122

Vermietungen. Wohnungen. Balkonwohnung, zwei Stuben, Küche 32.00, sofort kleine Markstr. 3. 87/15*

Schöne Wohnung, 2 Stuben und Küche, vollständig neu renoviert, 29 Mark, zu vermieten. Buttmanstr. 15 beim Bkt. 2780R*

Billige Wohnungen Dresdenerstr. 5. 155/1*

Kleine Hofwohnung Panzerstr. 71. 2194b

Sofort oder später zwei Wohnungen. Stube, Kammer, Küche. Negestr. 29. 2194b

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, Herrn, Petersburgerstr. 26, vorn IV. Gröwe. 1135

Zaubere Schlafstelle für Herrn Liebigstr. 33, vorn III, Frau Krich. 1135

Schlafstelle für einen oder zwei Herren zu vermieten. Steinmann, Schönenbergstr. 10 II (Schönhäuser Allee). 1132

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Suche Stellung, Kassierer oder Privatsekretär, Kaufmannstr. K. 4, Vorwärtsstraße, Kaszarskystr. 49.

Stellenangebote. Dreher, Werkzeugdreher verlangt Lindener, Gollnowstr. 43. 2243*

Goldschmied, selbständige Goldschmied, bairisch, verlangt Lindener, Gollnowstr. 43. 2244*

Bildereinnehmer verlangt D. Grod, Alte Jakobstr. 7. 2235*

Stiefelreger, welcher selbständig Leitung der Arbeiten übernimmt, bevorzugt Töpfer, für dauernde Stellung gesucht. Kunsttöpferei Karmann, Schöneberg, Ringstr. 19. 1139

Partei - Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. Die Genossen der 7. und 8. Abteilung veranlassen am Sonntagmorgen bei Rabe, Fischerstraße Nr. 27, ein Familien-Kaffeeochsen, Tanz, Verlosung usw.

Boghoggen-Rummelsburg. Die Parteigenossen veranstalten am Sonntag, den 18. Juni, im Café Bellevue ein Sommerfest. Eintritt 30 Pf.

Boghoggen-Rummelsburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß die Bibliothek noch bis zum 1. Juli geschlossen bleibt. Die Bibliothekskommission.

Lichtentrad. Sonnabend, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend im Lokale des Herrn Janke, Hohenzollern- und Krügerstraßen-Ecke. Die Genossen wollen Gewerkschafts- und Parteilagertimmung sowie „Vorwärts“-Quittung mitbringen. Der Vorstand.

Pankow. Am Sonntag, den 25. Juni, in Schönwalde am Görinsee: Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel. Zu diesem Zweck am Sonntag, den 18. Juni: Handzettelverbreitung. Die radfahrenden Genossen, welche sich hieran beteiligen wollen, treffen sich am Sonntag früh 6 1/2 Uhr an der Bahnbrücke, Mühlenstraße. Die Agitationskommission.

Blankenfelde, Schildow, Schönfließ, Summt und Schönwalde! Die Genossen obiger Orte werden zu dem am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, in Mühlensee im Gasthof zur Sonne (Zuh. A. Birsch) stattfindenden Volksversammlung eingeladen. Da der Geistliche des Ortes sein Erscheinen zugesagt hat, dürften die Auseinandersetzungen über das Thema „Kirche, Schule und Sozialdemokratie“ interessant werden.

Der Abmarsch der Nieder-Schönhäuser Genossen erfolgt um 12 Uhr von Schäfer, Nordend, aus. Die Agitationskommission.

Berliner Nachrichten.

Muß-Begeisterung für die Jahnsfeier.

Bei der Jahrhundertfeier zum Andenken an den „Turnvater“ Jahn, der im Jahre 1811 in der Hasenheide den ersten Turnplatz einrichtete, wird auch die Schuljugend mitwirken. In dem Programm sind Turnübungen und Spiele angeführt, die auf dem Tempelhofer Feld von Knaben und Mädchen der höheren Lehranstalten und Gemeindeschulen Berlins und der Vororte ausgeführt werden. Da aber die Veranstalter dieser Jahnsfeier sich von vornherein alle Mühe gegeben haben, sie in ein hurrapatriotisches Fest umzuwandeln, so wollen viele Eltern sich keineswegs dafür begeistern, daß ihre Kinder daran teilnehmen sollen. Sogar Fortbildungsschülern wird zugemutet, an der Jahnsfeier sich zu beteiligen, die nach ihrem ganzen Dru und Drauf auf eine Veranstaltung zur höheren Ehre der „Deutschen Turnerschaft“ hinausläuft. Unsere Leser wissen, wie die „Deutsche Turnerschaft“ die Arbeiter-Turnvereine belächelt, denen eben deshalb der Nachwuchs der Arbeiterklasse immer zahlreicher zufließt. Da wird man in Fortbildungsschulen sich nicht wundern dürfen, wenn Arbeiterkinder, die Bescheid wissen über die „Deutsche Turnerschaft“ und ihre Jahnsfeier, die für eine Mitwirkung erforderliche Begeisterung nicht aufzubringen vermögen.

Aus der von der Korporation der Berliner Kaufmannschaft unterhaltenen Kaufmännischen Fachschule in der Elisabethstraße wird uns bekannt, daß in einer Klasse durch den Lehrer eine Verfügung des Direktors verlesen wurde, die die Jahnsfeier betraf. Wir dürfen wohl als selbstverständlich voraussetzen, daß dieselbe Verfügung auch den anderen Klassen dieser Anstalt zugegangen ist. Und wir werden vielleicht nicht fehl gehen, wenn wir vermuten, daß in den anderen Fachschulen der Korporation gleiche oder ähnliche Verfügungen in Umlauf gesetzt worden sind. Der Direktor der Fachschule in der Elisabethstraße hat den Wunsch, daß zum Gelingen der Jahnsfeier die Schüler seiner Anstalt durch möglichst zahlreichere Beteiligung an einem für Sonntag geplanten Festzug beitragen. Er fordert, daß sie über etwaige Nichtbeteiligung vorher einen schriftlichen Ausweis beibringen. Angekündigt hat er, daß die Schüler hinsichtlich ihrer Teilnahme an der Feier kontrolliert werden sollen. Es ist nur zu möglich, daß dieses Zirkular des Direktors bei manchem seiner Zöglinge, der sehr wohl der hurrapatriotischen Jahnsfeier gegenüber steht, und bei manchen Eltern, die in der „Deutschen Turnerschaft“ den erbittertesten Feind der Arbeiter-Turnvereine sehen, doch eine äußerliche Muß-Begeisterung zur Folge hat. Leider hat nicht jeder den Mut, rund heraus zu erklären: Wir machen euer Fest nicht mit, weil zwischen uns und euch eine unüberbrückbare Kluft gähnt! Zu wünschen wäre aber, daß doch recht viele Eltern in Übereinstimmung mit ihren Söhnen dem Herrn Direktor in aller Deutlichkeit durch offene Ablehnung bekräften, wie sie über solche Veranstaltungen denken. Auch in diesen Fachschulen der Korporation der Berliner Kaufmannschaft sieht mancher junge Mann, der Arbeitersohn ist und sich als Arbeitersohn fühlt. Weber die kaufmännische Fachschule noch irgendeine andere Fach- oder Fortbildungsschule hat ein Recht, von ihren Zöglingen eine Beteiligung an der Jahnsfeier zu fordern, die trotz aller Protektion der Behörden eine private Veranstaltung ist. Im übrigen wird derjenige Teil der Jahnsfeier, für den man die Zöglinge der kaufmännischen Fachschule als Mitwirkende zu werben sucht, am Sonntag veranstaltet, an einem Tage, der für sie sonst stets unterrichtsfrei ist.

Auch aus der Handelsschule für Mädchen, die in dem Haus der Köpchenstraße untergebracht ist und gleichfalls von der Korporation der Kaufmannschaft unterhalten wird, erfahren wir, daß eine Beteiligung an der für Sonntag geplanten Jahnsfeier verlangt wird. Als in einer Klasse eine Schülerin sagte, ihr Vater dulde das nicht, erklärte die Lehrerin, der Rektor lasse keine Entschuldigung gelten. Der Herr Rektor scheint nicht zu wissen, daß für den Sonntag, der auch hier stets unterrichtsfrei ist, die Schule kein Anrecht an die Zöglinge hat, auch nicht aus Anlaß einer hurrapatriotischen Jahnsfeier.

Aus der Gewerbe-Deputation.

In der letzten Sitzung der Gewerbe-Deputation stand als erster Punkt die weitere Beschlußfassung in der Angelegenheit betreffend die Herberge und den Arbeitsnachweis der Fleischerinnung auf der Tagesordnung. Die Deputation hatte am 19. Oktober v. J. beschlossen, der Fleischerinnung aufzugeben, den Mietvertrag mit dem Sprechmeister Dräbert zum 30. Juni 1911 zu kündigen und den Arbeitsnachweis von der Herberge zu trennen und aus dem Hause Mulsenstr. 8 zu verlegen. Die Deputation teilte in einem längeren Schreiben mit, daß sie dem früheren Beschluß nachgegeben sei und den Mietvertrag mit dem Sprechmeister Dräbert gekündigt habe, daß sie sich aber nicht veranlaßt sehe, dem zweiten Beschluß, den Arbeitsnachweis von der Herberge zu trennen, zu erfüllen. In dem Schreiben wird erwähnt, daß auch der „sozialdemokratische“ paritätische Arbeitsnachweis in der Gormannstraße mit Restaurationsbetrieb verbunden sei, auch wird weiter von „unzufriedenen Elementen“ gesprochen, die mit dem jetzigen Arbeitsnachweis, der ebenso wie die Herberge

gar nicht so schlecht sei, wie er hingestellt werde, unzufrieden seien. Es wird also in dem Innungs schreiben gehörig mit dem roten Lappen geschwenkt, offenbar in der Absicht, auf die bürgerlichen Mitglieder der Deputation Eindruck zu machen. Die Magistratsvertreter führen aus, daß sich die früheren mißlichen Zustände gebessert hätten und daß die Gewerbe-Deputation nach den gesetzlichen Bestimmungen kein Recht hätte, mit Exklusivmaßnahmen gegen die Fleischerinnung vorzugehen und ihr Ordnungsstrafen bei dem Nichtnachkommen des Beschlusses vom 19. Oktober 1910 anzudrohen. Sie stützten sich insbesondere auf ein Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe, in dem sehr vorsichtig und, wie sie meinten, mit Absicht gesagt ist, die Gewerbe-Deputation möge auf die Besserung dieser Zustände nur „hinwirken“. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, somit ist die ganze Sache wie das Hornberger Schießen verlaufen. Der Sprechmeister Dräbert wird, auch wenn er nicht mehr im Richtnachkommen des Beschlusses zur Innung steht, Arbeit ruhig weiter vermitteln.

Ein Antrag des Vorstandes der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung, ihm zu gestatten, die zur Bildung eines Sicherheitsfonds geforderten jährlichen Rücklagen von 5000 M. für Amortisationszwecke verwenden zu dürfen, kam nicht zur definitiven Erledigung. Die Deputation hatte seinerzeit der genannten Innung die Genehmigung zur Aufnahme von Hypotheken auf ihr Grundstück in der Ohmstraße nur unter der Bedingung erteilt, daß für die hierfür zu zahlenden Zinsen ein Sicherheitsfonds gebildet werde. Diesen auf die obige Summe festgesetzten Betrag will der Vorstand zu Amortisationszwecken benutzen. Die Deputation beschloß die Genehmigung so lange zu verjagen, bis die Innung durch Vorlegung von Urkunden nachweist, daß sie gegen die Bank, die die Hypothek im Betrage von 154 000 M. hergegeben hat und auch gegen einen Vermittler, der ursprünglich diesen Betrag aus eigenen Mitteln beschaffen wollte, keine weiteren Verpflichtungen hat.

Abgelehnt wurde der Antrag der hiesigen freien Heilenhauer-Innung, die Errichtung einer Zwangsinnung und die Erweiterung des Innungsgebietes bei dem Oberpräsidenten zu bekräftigen. Diese Innung will ihren Geltungsbereich bis auf die Orte Brandenburg, Eberswalde, Fürstentum, Rauen, Briesen, Oranienburg u. a. ausdehnen. Bei solchen Entfernungen kann nach Meinung der Deputation von einem gemeinsamen Innungsleben nicht mehr die Rede sein, auch besitzen Brandenburg, Rauen und Eberswalde bereits Zwangsinnungen.

Von unserer Seite wurde der Errichtung einer solchen Zwangsinnung auch noch aus einem anderen Grunde widersprochen. Die Heilenhauer-Innung gehört dem hiesigen Ausschusse vereinigter Innungen an, der auf Grund § 81b der Gewerbeordnung für seine Mitglieder und Arbeitnehmer ein eigenes Schiedsgericht besitzt. Gebe man dem Antrage der genannten Innung statt, dann seien bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis Arbeiter oder Gesellen aus den genannten von Berlin weit entfernten Ortschaften zugewungen, in umständlicher und kostspieliger Weise bei dem Innungsschiedsgericht Recht zu suchen, wie dies bei der neugebildeten Zwangsinnung des Bildhauer- und Stuckateurhandwerks und auch bei einigen anderen Innungen der Fall sei. Damit sei die Absicht des Gesetzgebers im Gewerbevertragsgesetz, dem Arbeiter eine möglichst schnelle und wenig kostspielige Rechtssprechung zu verschaffen, völlig vereitelt.

Eine längere Debatte zeitigte das Ersuchen des hiesigen Polizeipräsidiums, die Gewerbe-Deputation möge sich äußern über den von dem Zweckverband der Wäckerinnungen von Berlin und Umgegend gestellten Antrag, für die Zeit vom Sonntag früh 8 Uhr bis Montag früh 6 Uhr in den Wäckerieien eine völlige Betriebsruhe anzuordnen. Wie der Vorsitzende der Deputation, Stadtrat Koch, mitteilte, hatte der Magistrat bereits zu dieser Angelegenheit Stellung genommen und beschlossen, dem Polizeipräsidium Mitteilung zu machen, daß er gegen den Erlass eines solchen Wäckerboten verschiedene Bedenken habe. Bei Erlass eines Verbots müßte dies dann aber auf Groß-Berlin ausgedehnt werden. Diesen Bedenken wurde von unserer Seite, auf Grund der Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts, eine Reihe anderer zugefügt. So schön wie sich dieses Wäckerbot äußerlich betrachtet ansehe, so bringe es in der Praxis für beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht den Nutzen, den man sich von Innungsseite davon verspreche, und es sei ferner geeignet, die Erfolge der Gesellen, die diese in den letzten Wochen auf dem Wege der Selbsthilfe errungen hätten, in Frage zu stellen und neue Streitigkeiten heraufzubekommen. Die Wäckermeister seien in ihrer Kurzsichtigkeit dabei, sich selbst zu schädigen, denn es sei sicher zu erwarten, daß die Konkurrenz in den nicht von dem Wäckerbot betroffenen, in der Umgebung Berlins und der Vororte gelegenen Ortschaften die Situation sich sofort zuzunehmen machen würden. Ein erst von unseren Genossen gestellter Antrag, die Angelegenheit dem Ausschusse des Gewerbegerichts für Gutachten und Anträge zur Beurteilung zu überweisen, wurde aus praktischen Gründen zurückgezogen. Die Gewerbe-Deputation empfiehlt aber diesem Ausschusse, auf dem Wege des Initiativantrages sich seinerseits selbst gegenüber dem Polizeipräsidium über den Antrag der Wäckerinnungen zu äußern.

Nach einer bei der Gewerbe-Deputation eingegangenen Anzeige haben sich in dem Betriebe von Heinrich Elarz, Landsberger Straße 58 Krawattennäherie, Nähnähne im Lehrlingsausbilden herausgestellt.

Es werden dort Mädchen und Frauen als Lehrlinge für die Krawattennäherie angenommen, die 6, 10 und 15 M. Lehrgeld für eine verhältnismäßig kurze Lehrzeit zahlen müssen und, wie in der Deputation von dem Magistratsvertreter ausdrücklich hervorgehoben wurde, nach den eigenen Angaben der dieses „Lehrinstitut“ leitenden Direktorin, nicht diejenige Fähigkeit und Geschicklichkeit erlangen, später in einem anderen Betriebe als selbständige Arbeiterinnen tätig sein zu können. Ein Beschluß, dem Inhaber dieses Betriebes zu unterliegen, in Zukunft Lehrlinge auszubilden, wurde nicht gefaßt, es sollen noch weitere Erhebungen angestellt werden. Auch wurde die Beschäftigung des Betriebes durch die Gewerbeinspektion im Besonderen Sachverständigen beschlossen.

Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde am Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Berger der Stadtverordnete Rettig als Mitglied der Deputation eingeführt.

Der deutsche Städtetag wird am 10., 11. und 12. September in Posen stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht des Vorstandes über die Prüfung der Kreditverhältnisse der deutschen Städte (auf Beschluß der Hauptversammlung in München 1908). 2. Stellungnahme zur Frage der Arbeitslosenversicherung. 3. Antrag München betreffend Erneuerung des Reichstagswahlbezirke. 4. Geschäftliches. Die Stadt Berlin wird 22 Vertreter entsenden, 9 Magistratsmitglieder und 13 Stadtverordnete. Die sozialdemokratische Fraktion, die auf drei Vertreter Anspruch hat, hat die Genossen Dupont, Glöck und Ritter der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen zur Teilnahme an den Verhandlungen des Städtetages.

In der Sitzung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten am 14. d. M. wurde das Projekt zum Erweiterungsbau der Heimstätte zu Deinersdorf genehmigt und beschlossen, erneut mit der Armendirektion in Verbindung zu treten, um erholungsbedürftigen Knaben die Wohnkosten eines Heimstättenausbaues zu ermöglichen. Durch den projektierten Anbau wird die Belegungsfähigkeit der Heimstätten auf 120 Betten erhöht.

Zur Umtaufe der Berliner Fernsprechämter. Bekanntlich hört im Herbst dieses Jahres die Bezeichnung der Vermittlungsämter durch Zahlen auf, und jedes Amt bekommt dann seinen besonders

„Charakteristischen“ Namen. Für das jetzige Amt I (Französische Straße) ist nun die Bezeichnung „Zentrum“ in Aussicht genommen. Daran scheinen gewisse Deutschländer Anstoß genommen zu haben, denn der Postverwaltung wurde als Ersatz hierfür die Bezeichnung „Altstadt“ empfohlen. Erstlichweise haben sich die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft gegen diesen Vorschlag energisch ausgesprochen und betont, daß die Bezeichnung auch nicht einmal historisch zuträfe. Es ist demnach zu erwarten, daß es bei der Bezeichnung „Zentrum“ für den Mittelpunkt des Berliner Geschäftslebens bleibt.

Ob im übrigen in der Tat die Umtaufe nötig ist, kann bezweifelt werden. Als seinerzeit das Amt „Noah“ geschaffen wurde, war dieses durchaus zweckmäßig, weil namentlich am Telefon Amt „zwei“ leicht mit „drei“ verwechselt wurde. Welche Notwendigkeit aber besteht, statt der kurzen und deutlichen Bezeichnung „Amt IV“ in Zukunft den langen Namen „Amt Moritzplatz“ zu gebrauchen, ist nicht einzusehen. Besonders unpraktisch ist aber die jeden vollzogene Umtaufe, die den Namen „Amt Pfalzburg“ zeitig hat. Es gibt nämlich einen Ort dieses Namens, so daß diese durchaus unpraktische Namensänderung zu Komplikationen im telefonischen Fernverkehr führen kann.

Von den Namensänderungen sind am meisten die Druckereien und Stempelfabriken entzückt, da sie zahlreiche Aufträge infolge der dadurch erforderlichen Änderungen bekommen.

Kirchner bestätigt. Die königliche Bestätigung der Wiederwahl des Oberbürgermeisters Kirchner ist gestern vormittag beim Magistrat eingegangen. Die Meldung ist amtlich.

Ein neuer Schleifenbetrieb wird von der Straßenbahn am nächsten Sonntag, den 18. Juni, bei der Linie 10, Bahnhof Pützlitzstraße-Kirchdorf im Anschlußbetrieb zwischen der Großen Berliner Straßenbahn und der Südbahnen Berliner Vorortbahn eingerichtet. Diese Linie wird an ihrem südlichen Ende über einen Ring geführt. Der Ring macht von der Ecke der Brücken- und Reanderstraße folgenden Weg: Köpenicker und Schlesische Straße, Dreptower Chauffee, Elsen-, Harzer-, Wilbenbruch-, Erb-, Berliner-, Berg-, Pieten- und Hermannstraße, Hermannplatz, Kottbuscher Damm, Kottbuscher Straße, Kottbuscher Tor, Dresdener u. Oranienstraße, Moritzplatz, Krinzen u. Reanderstraße bis zur Ecke Köpenicker Straße. In umgekehrter Richtung geht die Schleife durch die Steinmeß-, Wilmanns- und Karlsplatzstraße. Der Fahrpreis für die ganze Strecke beträgt 10 Pf. Dem neuen Fahrplan der Linie 19 wird der der Linie 10, Bahnhof Pützlitzstraße-Kirchdamer Platz angepaßt, so daß sich die beiden Linien zwischen dem Bahnhof Pützlitzstraße und der Ecke der Alexander- und Blumenstraße zu einem Fünfminutenbetrieb ergänzen. Die Linie 89 geht dann nur noch bis zum Wilbenbruchplatz. Die Linie war vorübergehend und außerplanmäßig bis zur Ecke der Elsen- und Heidelberger Straße verlängert worden.

Schübel die Parkanlagen. Die städtische Parkdeputation richtet folgende Bitte an die Bürgerchaft: „Der Magistrat Kirchdorf hat kürzlich Veranlassung genommen, wegen Beschädigung der Straßendämme auf das Strafbare dieser Handlungen aufmerksam zu machen und vor Zuwiderhandlungen zu warnen. Gleichzeitig ist die Bürgerchaft gebeten worden, im Interesse der Erhaltung des Baumschmucks der Straßen und Plätze Kirchdors darauf zu achten, daß auch die Mahnung befolgt wird. Die gerügten Beschädigungen von Straßendämmen sind leider auch in Berlin oft beobachtet worden. Zunächst ist geradezu erstaunlich, was alles in die die Räume zur Aufnahme freies Wassers umgebenden Löcher hineingegossen wird. Dann hat das Mitleiden und Schütteln der Räume und das Hineinwerfen von Steinen in dieselben, besonders während der Mailäufzeit, stellenweise einen die Fußgänger geradezu gefährdenden Charakter angenommen. Im Humboldthain ist stellenweise sogar das Royalpflaster von den jugendlichen Vandalen aufgerissen worden, um Steine zum Werfen zu gewinnen. Bei der großen Zahl der Kinder sind die Parkwächter ziemlich machtlos. Auch die Polizei kann selbst bei sorgfältigster Bewachung der öffentlichen Anlagen nicht überall und zu jeder Zeit eingreifen. Hier kann nur die Bürgerchaft selbst den Schutz der Anlagen wirksam in die Hand nehmen. Die Parkdeputation richtet daher von neuem an die Bevölkerung Berlins die Bitte um tatkräftige Mithilfe bei dem Schutz der städtischen Anlagen, die große Opfer an Fleiß und Zeit erfordern.“

Wir können uns der Bitte der Parkdeputation nur anschließen.

Das Provinzial-Sängerfest des Arbeiter-Sängerbundes, das vom 17. bis 19. Juni in Neu-Ruppin stattfindet, ist der „Karlischen Zeitung“, einem konservativen Provinzialblatte, in die Glieder gefahren, obwohl es noch gar nicht stattgefunden hat. Das Blättchen hatte im Infanterieenteil eine Annonce veröffentlicht, in der Einwohner von Neu-Ruppin aufgefordert wurden, sich zu melden zwecks Unterbringung von Sängern während des Sängerfestes. Im reaktionellen Teil weitert das Junterorgan wie folgt gegen diese Aufforderung: „Ein Arbeiter-Provinzial-Sängerfest soll vom 17. bis 19. Juni d. J. in Neu-Ruppin stattfinden, weshalb im Anzeigenteil von fünf Einsern eine Aufforderung an die Einwohnerchaft ergeht, den Sängern durch Beschaffung von 1000 Freiquartieren Gastfreundschaft zu gewähren. Wir machen den national-geheimten Teil unserer Bürgerchaft darauf aufmerksam, daß das ganze Unternehmen von sozialdemokratischer Seite ausgeht und möchten hier die größte Zurückhaltung und Vorsicht empfehlen. Vor allem machen wir die Bürger von Eilen und anderen Lokalen auf die bekannten Folgen (!!) aufmerksam, die sich jedesmal in den von den Sozialdemokraten in breiter Öffentlichkeit besuchten Lokalen eingestellt haben. Anhänger einer Partei, die die herrschende Gesellschaftsordnung und den Gegenwartsstaat umstürzen wollen, sollten soviel Selbstzucht besitzen, diejenigen, deren Untergang sie beschlossen haben, nicht noch um eine Gefälligkeit zu bitten. Mögen sie sehen, wie sie allein fertig werden.“

Und im Briefkasten heißt es: R. A. Können Sie uns vielleicht eine kurze Auskunft über das hier stattfindende Arbeiter-Provinzial-Sängerfest geben? Und sind die Namen der Aufgeber der gestrigen Anzeige vollkommen unbekannt.

Antwort der Schriftleitung. Das Arbeiter-Provinzial-Sängerfest ist ein sozialdemokratisches Unternehmen, dem gegenüber Vorsicht und Zurückhaltung geboten ist.

Hier wird also stark mit dem roten Lappen geschwenkt und bestimmten Geschäftsleuten und Privatpersonen mit geschäftlichen Nachteilen gedroht. Das sind dieselben Leute, die sich sonst nicht genug tun können, über sozialdemokratischen Terrorismus zu zeteren. Allzuviel Glück dürfte das Blättel mit seinen Einschüchterungsversuchen kaum haben.

Vor einem Trankuchtmittel warnt der hiesige Polizeipräsident in folgender Bekanntmachung: „Von der Firma Physicians Cooperative Association in Chicago wird in deutschen Zeitungen dem Publikum ein Trankuchtmittel „Alcola“ in aufdringlicher Weise angeboten. Ein Teil der Präparate besteht nach einer Analyse des Professors Carl Th. Körner in Stockholm aus Brechweinstein; nach einer Warnung des Stadtpolizeiamts in Stuttgart vom 17. Oktober 1910 enthält „Alcola“ neben anderen Stoffen auch Strichnin. Der für das Mittel geforderte Preis von 20 M. ist übertrieben hoch. Vor dem Bezuge der für die Bekämpfung der Trankucht wertvollen, unter gewissen Umständen gesundheitsgefährlichen Alcolapräparate wird hiermit gewarnt.“

Automobilunfall des Kronprinzen. Gestern mittag gegen 11 1/2 Uhr wurde der Kronprinz am Reichscharnplatz von einem Automobilunfall betroffen. Der Kronprinz fuhrte das Auto selbst und kam aus der Döberitzer Heerstraße in der Richtung nach Berlin.

Neben ihm sah sein Adjutant, während die beiden Chauffeurs im Fond des Wagens Platz genommen hatten. Als das Automobil den Reichsplatz kreuzte, um in den Kaiserdamen einzuweichen, geriet der Wagen derart ins Schleudern, daß er mit dem rechten Hinterrad gegen die Vordachverkleidung fuhr. Bei dem Anprall ging das rechte Hinterrad in Trümmer und die beiden Chauffeurs wurden von ihren Sitzen geschleudert. Der Kronprinz selbst und sein Adjutant hielten sich am Steuer fest und kamen mit dem bloßen Schrecken davon. Auch die Chauffeurs haben nur geringfügige Verletzungen davongetragen. Der Kronprinz bestieg nach dem Unfall mit seinem Adjutanten eine Automobilmaschine und fuhr damit nach Berlin. Das verunglückte Automobil blieb auf dem Reichsplatz liegen und wurde erst am Nachmittag nach der Reparaturwerkstatt geschafft.

Der dirigierende Arzt an der inneren Abteilung des städtischen Krankenhauses im Friedrichshagen, Prof. Dr. Georg Kroenig, ist gestern morgen 7 Uhr an Herzschwäche infolge von doppelseitiger Lungenentzündung im Alter von 55 Jahren gestorben.

Ein schwerer Straßendiebstahl ereignete sich am gestrigen Donnerstag, mittag gegen 12 Uhr, vor dem Hause Königgräber Straße 84. Der 16jährige Milchträger der Meierei E. Volle, Max Krohnig, Witt, Rudower Straße 98 wohnhaft, fuhr mit seinem Zweirad unmittelbar vor dem Rotorwagen 2305 der Linie I über die Gasse, wurde jedoch umgestoßen und geriet unter den Vorderperren vor dem Schutzhelm. Er, der eine Gehirnerschütterung und schwere Kopfverletzungen davongetragen hatte, mußte nach dem Krankenhaus Witt geschafft werden.

Ein netter Klubgründer. Ueber den Hauptgründer des „Traveller Clubs“, der vor einiger Zeit so glanzvoll eröffnet wurde und bald ein jämmerliches Ende nahm, werden jetzt Einzelheiten bekannt, die Herrn Georg Draper in keinem besonders günstigen Licht erscheinen lassen. Am 22. September zu Vold in Colorado geboren, hatte der unternehmende Mann wohl alle Weltteile kennen gelernt. So wurde er unter seinem richtigen als auch unter dem Namen Gaston in England und Australien mehrfach bestraft. Im Jahre 1906 war er in Paris in einem Spielstabil in der Rue de Charres verwickelt, der damals Aufsehen erregte. Die Geschichte hatte für Herrn Draper die Folge, daß er wieder bestraft und dann des Landes verwiesen wurde. Der Ausweisungsbefehl traf ihn am 12. Januar 1907, als er gerade wieder eine neue Spielhölle aufgemacht hatte, den Club de la Cettat am Quai du Marché Neuf. Im Dezember 1908 erhielt er wieder die Erlaubnis, sich in Frankreich aufzuhalten, aber mit der Bedingung, daß er sich an keinem Spielunternehmen mehr beteiligen dürfe. Diese Bedingung erfüllte er auch, für ihn aber trat sein Bruder ein, Longdale Draper, der sich auf diesem Gebiete nun um so eifriger betätigte. Der Erfahrungmann gründete alsbald einen neuen Klub, der aber zuletzt doch nicht mehr recht ging und Ende vorigen Monats ganz aufflog. Dieser Mißerfolg hatte wohl Georg Draper veranlaßt, nach Deutschland zu gehen und sich nach neuen Spielplätzen umzusehen. So kam der „Traveller Club“ zustande. Der Geschäftsführer Frau wurde, wie wir seinerzeit mitteilten, auf Betreiben Drapers festgenommen. Er erklärte, daß er das Geld, das er unterschlagen haben sollte, als sein eigenes in das Geschäft hineingesteckt habe. Der Untersuchungsrichter ließ den Mann, der in Frankreich Hotelbesitzer ist, nach einem Tage wieder frei. Frau hatte es sehr eilig, über die Grenze zu kommen. Seinen Koffer ließ er in Stid. Jetzt hat ihn die Kriminalpolizei beschlagnahmt. Auch Herrn Draper scheint es bei uns nicht mehr zu gefallen. Er ist inzwischen auch von der Bildfläche verschwunden. Wahrscheinlich wird er nächstens irgendwo anders mit einer neuen Klubgründung wieder auftauchen. — Der Mann hat aber sein Metier verstanden, indem Leute mit klingelnden Namen ihm ins Netz gingen. Bekanntlich wurde bei Gründung des Klubs der Kaiser antelographiert, der dann auch telegraphisch dem Klub Glück wünschte.

Das Spielen mit einer Schusswaffe hat wiederum einen schweren Unglücksfall herbeigeführt. Am Mittwochabend gegen 10 Uhr machte sich der 17jährige Kaufmannschelling Karl Kriewe, Schwarzkopffstraße 8 wohnhaft, mit einem Revolver zu schaffen, von dem er annahm, daß er nicht geladen war. Beim Schützenschießen kam der junge Mann dem Bahn zu nahe, die Waffe entlud sich und die Kugel drang ihm in den Unterleib. Der Verletzte sank sofort blutüberströmt und bestunnslos zusammen und wurde von Hausbewohnern nach der nahe gelegenen Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht, wo der Arzt feststellte, daß das Geschöß tief in die Eingeweide gedrungen war. Nach Anlegung von Notverbanden wurde der Schwerverletzte nach dem Rudolf-Strohm-Krankenhaus übergeführt, wo er in sehr bedenklichem Zustande darniederliegt.

Aus der Gefühlschronik. In seinem Bureau mit Gas vergiftet hat sich der 49 Jahre alte Ingenieur Werner Rod aus der Weihenburger Straße 61, der bei der Direktion der Städtischen Straßenreinigung in der Klosterstraße 88 angestellt war. — Sorgen um die Zukunft haben den 56 Jahre alten Schankwirt Paul Georgi aus der Hühnerberger Straße 8 in den Tod getrieben. In verzweifelter Stimmung schrieb er Abschiedsbriefe und erhängte sich dann auf dem Hausboden.

Mit durchschossener Schläfe wurde gestern nachmittag im Grunwald, unweit der Döberitzer Heerstraße, ein junger Mann in den zwanziger Jahren aufgefunden. Baldarbeiter hatten gegen 3 Uhr in der genannten Richtung einen Schuß gehört. Sie gingen der Richtung nach und fanden den erschossenen Mann in den letzten Augen. Er starb bald darauf. Die benachrichtigte Polizei ließ die Leiche nach dem Schanbau in die Schildhorn überführen. Legitimationspapiere wurden nicht vorgefunden. Jedoch fand man in den Kleidern ein Portemonnaie mit 2,30 M. in Silber und Kupfermünzen und eine Ansichtskarte vom Sunapark. Anscheinend handelt es sich um einen feldzugslosen Kaufmann aus Berlin.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 18. d. M. Wanderung nach Friedrichshagen, Müggelsee, Adenau. Abfahrt nach Friedrichshagen: Alexanderplatz 1,16, Schlesischer Bahnhof 1,22. Gähle willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderausflug am Sonntag, den 18. Juni: 1. Schöneberg, Potsdam, Damsdorf, Abfahrt 6,06 Uhr. Schlesischer Bahnhof. Charlottenburg umkreisen. 2. Tiesener, Bümenthal, Tiesener. Abfahrt 5,39 Uhr. Briesener Bahnhof. Programm der Fahrt. Kaufmannsblatt. 11.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der Erwartung, daß es infolge verschiedener Zeitungsartikeln zu heftigen Auseinandersetzungen in der Angelegenheit des neu zu errichtenden Opernhouses kommen würde, hatten sich zu der Sitzung am Mittwoch zahlreiche Zuhörer eingefunden. Aber sie kamen nicht auf ihre Rechnung. Es dürfte bekannt sein, daß in jenen Zeitungsartikeln vor allem der Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann bestig angegriffen war. Seine Freunde hatten denn auch eine Vertrauens- und Kundgebung für ihn vorbereitet, sie zogen es jedoch in letzter Stunde vor, den Antrag nicht einzubringen, da die Sozialdemokraten sowohl als auch ein Teil der nicht der liberalen Fraktion angehörigen bürgerlichen Stadtverordneten erklärt hatten, daß sie nicht nur dagegen stimmen, sondern auch ihre Abstimmung motivieren würden. So wandte sich die Versammlung dann sofort den auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgegenständen zu, die in kurzer Zeit erledigt wurden. Es handelt sich fast durchweg um Vorlagen von nur geringer Bedeutung. Erwähnenswert ist die Annahme einer Magistratsvorlage auf Errichtung einer weiteren Zweigstelle (Frauenabteilung) des städtischen Arbeitsnachweises in der Konigsstraße im Dezember dieses Jahres, und die Vorlage betreffend Wiederherstellung der Badeanstalt im Köpcke. Beide Vorlagen wurden angenommen. — Die in Form einer Interpellation von den Liberalen angeführte Frage der Vorlegung

des Bebauungsplanes für Nord-Westend führte zu einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Magistrat. Stadtverordneter Dr. Jrenkel beschränkte sich in der Begründung nicht auf die Frage des Zeitpunktes des Bebauungsplanes, sondern er erörterte gleichzeitig auch den Bebauungsplan selbst und wandte sich gegen jedwede Beschränkung. Er ging dabei von der in einer Petition der Grundbesitzer aufgestellten Behauptung aus, daß die Absicht bestehe, die Bauordnung für dieses Gelände aufzuheben. Oberbürgermeister Schustkebus bestritt das. Stadtverordneter Gredy trat für eine möglichst luftige Bebauung, für eine Art Villenkolonie auf Nord-Westend ein. Namens der Sozialdemokratie betonte Genosse Dr. Vorwardt, daß seine Freunde nicht dafür zu haben seien, daß überhaupt keine Beschränkung des Bebauungsplanes eintreten solle. Die Stadt müsse vielmehr alles tun, um dem Mietsfahrentwesen und seinen schlimmen Folgen in sittlicher und gesundheitlicher Hinsicht zu Leibe zu gehen. Schließlich genehmigte die Versammlung noch gegen die Stimmen der liberalen Fraktion die Magistratsvorlage betreffend öffentliche Anlagen. Es handelt sich darum, daß der Magistrat die Ausnutzung der 21 Kilometer-Kabel, die in den Straßen gelegt sind, vorschlägt. Die Liberalen suchten die Vorlage mit dem Hinweis auf ihren sozialistischen Charakter zu belämpfen, sie drangen aber nicht durch.

Rixdorf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern nachmittag um 6 Uhr in der Gudomaststraße 5. Die Frau des Anzslisten Beigel, die dort im zweiten Stock wohnt, hatte ihrem fünf Jahre alten Söhnchen Kurt etwas versprochen. Als sie sich nun vorgestern nachmittag auf den Weg machte, um das Versprochene in der Nachbarschaft zu kaufen, konnte es der Kleine gar nicht abwarten, daß seine Mutter zurückkehrte; er ging daher auf den Balkon hinaus, um ihr nachzusehen. Im Eifer lehnte er sich zu weit über die Brüstung und fiel in die Tiefe. Im ersten Stock schlug er auf die Blumenkiste des Balkons auf, die in Stücke ging. Der Knabe blieb dann an der Brüstung hängen. Sofort eilten die Anwohner der Wohnung, die das Unglück sah, hinaus, um ihm beizuhelfen. In diesem Augenblick aber fiel er auch schon vor ihren Augen wieder hinab auf die Straße. Der Verunglückte zog sich schwere äußere Kopfverletzungen zu und wurde mit gedrohenem Schädel nach dem Krankenhaus in Rufow gebracht.

Beim Rollschuhlaufen verunglückt ist vorgestern nachmittag in der Böhmischenstraße die acht Jahre alte Tochter Mathilde des Fabrikarbeiters König aus der Johann-Duh-Strasse 7. Sie wollte vor einem schweren Koffwagen noch rasch vorbeischießen, geriet aber unter die Räder und erlitt außer äußeren Verletzungen am Kopfe eine Gehirnerschütterung. Das Mädchen mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Straßen.

Aus der Gemeindevertretung. Den Plan zur Herstellung einer neuen Verbindungsstraße zwischen Marienpark und Wöhlstraße wurde genehmigt. Mit dem 1. Juli d. J. wird an der Gemeindefschule der orthopädische Turnunterricht eingeführt; vorgelesen sind 40 Jahresstunden. Der Unterricht soll an den freien Nachmittagen erteilt werden; nach dem Bericht des Schularztes kommen 28 Kinder in Frage. Die Eltern dieser Kinder werden durch den Schulvorstand von der Neueinrichtung in Kenntnis gesetzt. Mit der Einrichtung von Spielplätzen sind im vorigen Jahre gute Erfahrungen gemacht; für dieses Jahr wurden daher wiederum 150 M. bewilligt. Die Spiele finden auf dem Gemeindefspielplatz an der Krachtstraße statt; die Leitung liegt in Händen des Lehrers Franke. Vorgelegt wurde der Entwurf eines Aufzuges gegen die Schandliteratur; derselbe fand im allgemeinen die Zustimmung der Versammlung. Der Aufzug soll durch die Schulkinder den Eltern vorgestellt werden. Gegen diese Art der Aufstellung wurden lebhafter Bedenken geäußert; mit dieser und einer weiteren Anregung unseres Vertreters, der gesamten Bevölkerung den Aufzug zu übermitteln, werden sich der Gemeinde- und Schulvorstand nochmals beschäftigen. Der Errichtung einer zweiklassigen Schulbarade auf dem Grundstück hinter dem Rathaus wurde zugestimmt. Die Kosten in Höhe von 12 000 M. werden durch Anleihe gedeckt. Durch dieses Provisorium wird endlich der Mangel der „Niedrigen Klassen“ beseitigt und es wird dadurch möglich sein, den Schulbeginn der einzelnen Klassen einheitlicher zu regeln. Da mit der Entwicklung des Ortes die Frage des Schulbaues immer brennender wird, sollen der Vertretung in nächster Zeit Projekte über einen eventuellen Ausbau der vorhandenen Schule bzw. Neubau einer Schule auf dem für diesen Zweck bereits vorgesehenen Grundstück hinter dem Rathaus vorgelegt werden, so daß im nächsten Frühjahr mit dem Bau begonnen werden kann. Die Berichte über Säuglingsfürsorge und die Tätigkeit des Schularztes wurden vorgelesen. Der wiederholten Forderung unseres Genossen sowie einiger bürgerlicher Herren, diese Berichte den einzelnen Vertretern zuzustellen, ist der Gemeindevorstand auch in diesem Jahre nicht nachgekommen, so daß es uns nicht möglich ist, auf Einzelheiten einzugehen. Von den im Etat vorhandenen 1000 M. für Säuglingsfürsorge sind nur 680 M. verbraucht worden. Die Ursache hierfür ist hauptsächlich in der für den Bezug der Prämien usw. geltenden festgesetzten niedrigen Einkommensgrenze von 1500 M. zu suchen, welche erhöht werden soll. In Fürsorge befanden sich 20 Kinder.

Über-Schöneberg.

Die Maßnahmen gegen den Arbeiterturnverein vor der Gemeindevertretung. Die Verfügung des Gemeindevorstehers gegen den Arbeiterturnverein, wonach demselben auf Anweisung der Schulaufsichtsbehörde die Benutzung der Gemeindefturnhallen entzogen wurde, gab unseren Vertretern Anlaß, den Gemeindevorstand in der letzten Sitzung über die Beweggründe zu dieser Maßnahme zu interpellieren.

Nach einer Anfrage erklärte der Gemeindevorstand: die Aufsichtsbehörde habe verfügt und er habe dieser Verfügung Geltung verschafft, das genüge für ihn; im übrigen wäre ein Erlaß vom Jahre 1817 vorhanden, welcher diese Maßnahme tilge. Genosse Brunow übte auf dieser sonderbaren Begründung herbe Kritik. Es sei ein starkes Stück, daß ein Gemeindevorstand, der doch in erster Linie die Interessen der Bürger zu wahren verpflichtet sei, sich einfach als Bedienter der Behörden ausleihe und über die Gemeindefinstanzen hinwegsetze.

Die Turnhallen seien Eigentum der Gemeinde, der auch das Verfügungsrecht zustehe. Im Zeichen der Jahrsfeier nehme sich dieses Kleinlich-gedächtnisse besonders nett an und wenn jemand glaube, den Arbeiterturnvereinen damit zu schaden, so finde er sich im großen Irrtum; den Turnern der Deutschen Turnerschaft sei der Vorwurf zu machen, daß sie solchen Beginn ohne Protest zusehen. Gabe denn der Bürgermeister nicht gewußt, daß neben dem Erlaß von 1817 noch eine Verfügung bestehe, nach welcher alle Bürger vor dem Gesetze gleich seien? Den beschämenden Zustand, wonach die Verwaltungsbeamten zu Heloten herabgedrückt werden, bekämpfe die Sozialdemokratie ganz energisch. In einer Erwiderung verbat sich der Bürgermeister solche „Anwürfe“ sowie den Vergleich, daß er von der Behörde Hingeworfenes apportiere. Gen. Muth ergänzte die Kennzeichnung solcher Gewaltmaßregeln. Ein Vertreter der ersten Klasse, Herr Schweiger, erlaubte sich die Ungehörigkeit, „Anstun“ dazwischen zu rufen; das war auch die einzige Leistung der Herren von der ersten Klasse. Herr Rollenberg kritisierte scharf das Verhalten des Vorstehers. Schließlich wurde der Antrag unserer Genossen, dem Verein auch ferner die Hallen zu belassen, mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen; man darf nun gespannt sein, was die Folge dieses Beschlusses sein wird; dem Gemeindevorstand ist er sicherlich nicht sehr angenehm gewesen.

Adlershof.

Drangsalierungen durch die Behörden ist auch der hiesige Arbeiterturnverein seit längerer Zeit ausgelegt. Der Vorsitzende des Vereins hat ein Schreiben erhalten, worin ihm bei Strafe von 100 Mark unterlagt wird, daß in der bestehenden Kinderabteilung Turnunterricht erteilt wird von Personen, die sich nicht im Besitze eines Befähigungsnachweises befinden. Die Turnwarte der beiden Abteilungen haben hierauf der Regierung ihre Zeugnisse eingeleistet; es ist ihnen jedoch mitgeteilt worden, daß die Zeugnisse nicht dem Gesetze entsprechen. (Gemeint ist die verstaubte und vergilbte Rabinetsorder von 1834, die einen Befähigungsnachweis für die Erteilung von Turnunterricht an schulpflichtige Kinder verlangt.)

Ferner hat die Behörde beim Vorsitzenden nachforschen lassen, aus welchen Personen der Vorstand des Vereins besteht.

Eine Auskunft hierüber ist nicht gegeben worden. Der Verein hat nunmehr das Turnen für Kinder eingestellt; dafür veranstaltet derselbe jeden Sonntag Spiele und Vademartien.

Die Arbeiterkassette wird ersucht, ihre Kinder auch fernherhin und zwar in noch größerer Anzahl der Obhut des Vereins anzuvertrauen. Sie kann damit den besten Protest gegen die endlosen Drangsalierungen der Behörde, deren Streben darauf hinauszuweisen scheint, die Kinder den Hurrahschreibern der deutschen Turnerschaft in die Arme zu treiben, einlegen.

Schöneiche bei Jossen.

Endlich ist es auch hier gelungen, ein Versammlungsort zu erhalten. Es konnte daher am letzten Sonntag eine importante öffentliche Versammlung abgehalten werden. Da der Abgeordnete des Kreises, Gen. Jubel, am Erscheinen verhindert war, übernahm es Gen. Gehrke - Steglitz, die Sünden der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit zu kennzeichnen. Die von etwa 300 Personen besuchte Versammlung zollte dem Referenten am Schluß seiner Rede großen Beifall.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Wendorf, Sauter, Wölter, Grealich, Domle und ein Genosse aus Groß-Westen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in nächster Zeit wieder eine Versammlung tage, in welcher Gen. Jubel bestimmt erscheinen werde.

Vor und nach der Versammlung trugen die Arbeiter-Gesangsvereine aus Rittenwalde und Jossen einige stimmungsvolle Lieder vor.

Friedrichshagen.

Jahrsfeier. Zur Erinnerung an die vor hundert Jahren erfolgte Eröffnung des Turnplatzes „Hafenheide“ durch Friedrich Ludwig Jahn, veranstaltet am Sonntag, den 18. Juni, die 4. und 5. Gruppe vom 1. Bezirk des 1. Kreises auf dem Turnplatz der Gemeinde Friedrichshagen (im Wald zwischen Friedrichshagen und Hirschgarten) eine Gedächtnisfeier. Anfang: Nachmittag 1/2 Uhr. Massenübungen, volkstümliches Wettturnen, 500 Meter Staffettenläufe, Faustball, Vortausch- und Schlagballwettkämpfe. Die Spartenleiter erziehen die arbeitende Bevölkerung Friedrichshagens und Umgegend, sich an dieser Veranstaltung regen zu beteiligen. Am Abend findet ein gemächliches Beisammensein im Friedrichshagener Gesellschaftshaus statt.

Alt-Glienice.

In der Sitzung der Gemeindevertretung am Dienstag wurde beschlossen, die Kohlen- und Holzlieferung für die Schulen und Gemeindefürsorge an die drei hiesigen Kohlenhändler zu vergeben. Zur Lehrerbeförderung hatte die Schuldeputation, weil unser Ort in eine höhere Schulklasse aufgerückt ist, folgenden Nachtrag empfohlen. Die Mietsentscheidungen betragen für die Rektoren 600 M., für Lehrer 450 M., für einstufige angestellte oder unterbezahlte Lehrer 300 M. Für technische Lehrpersonen beträgt das Gehalt 1000 bez. 800 M.

Da die am 3. Februar stattgefundene Wahl unseres Genossen Winkelmann als Mitglied der Schuldeputation nicht die Zustimmung der Regierung gefunden hat, wurde Gemeindevorstand Schneider mit sechs Stimmen gewählt. Genosse Bartel erhielt drei Stimmen, während Vertreter Hannemann zwei Stimmen erhielt. Bei Punkt Jahrsfeier entpanden sich eine heftige Debatte wegen Beihilfe von 50 M. Nach einer längeren Auseinandersetzung wurde der Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen bewilligt.

Nachdem in der letzten Sitzung der Antrag: Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde nicht an Mitglieder der Gemeindevertretung zu vergeben, mit Majorität angenommen wurde, sah sich der Gemeindevorstand veranlaßt, folgenden Antrag einzubringen und als Ortstatut zu erlassen: „1. Arbeiten und Lieferungen, welche die Gemeinde vergibt, dürfen Mitgliedern oder Firmen, bei denen Mitglieder beteiligt oder beschäftigt sind, zur Ausführung nicht übertragen werden. 2. Die Unternehmer haben sich in rechtsverbindlicher Form zu verpflichten, Mitglieder der Gemeindevertretung oder Firmen, an denen solche irgend welche Anteile haben oder bei ihnen beschäftigt werden, an den auszuführenden Arbeiten und Lieferungen nicht zu beteiligen.“ An diesen Antrag knüpfte sich eine längere Debatte, in der Genosse Kaiser sich einen Dringungsdruck zugog. Der Antrag wurde mit großer Majorität abgelehnt. Eine Beschlusfassung über die Erhebung der hierorts wohnenden Veteranen wurde auf Antrag des Genossen Rige zur nächsten Sitzung vertagt.

Spandau.

Aus dem Fenster gekürt ist in der Nacht zum Donnerstag der im Dienst der 7. Batterie des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments stehende Sergeant Dertner. Er, hatte sich anscheinend zu weit aus dem Fenster gebeugt, stürzte ab und wurde schwer verletzt nach dem Garnisonlazarett gebracht.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg-Kummelsburg. Am Sonntag, den 18. Juni, findet ein Familienausflug der Arbeiterkassette von Lichtenberg-Kummelsburg und Kummelsburg-Stralun mit den Jugen d i e n nach Sabowa, Restaurant Pflerdbuch, statt. Die Jugen d i e n treffen sich früh 8 Uhr in den Jugen d i e n: Lichtenberg, Bürgerheimstr. 94; Kummelsburg, Alt-Dorhagen 36, zu einer Jubelpartie. Die Erwachsenen treffen nachmittags in Pflerdbuch zusammen, um dann gegen 4 Uhr ein gemeinsames Kaffeestücken vorzunehmen. Von 4 1/2 Uhr an finden dann gemeinsame Spiele auf dem Spielplatz statt. Um regen Beteiligung wird ersucht.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 37. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sommer-nachtraum. — Der Kleinrentier in der Landwirtschaft. Von R. Kautsk. — Ein Reichentümer Kapitalismus in England. Von R. Kautsk. — Zwei Bücher zum zentralistischen Gemischtschritt. Von W. B. Dautgen. — Literarische Rundschau: Dr. August Müller. Die Seifenfabrik der Großenhandelsfirma deutscher Konsumvereine in Gröden-Nies. Von J. Kautsk. — Heftschilfen. — Heftschilfen der Neuen Zeit Nr. 40: Und abwärts! — Von R. Kautsk. — Heftschilfen: Religiösgeschichtliche Streifzüge VI. Von Heinrich Rant. — Heftschilfen: Von unten auf. John Henry Kautsk. Gedichte. Herbert Eulenberg. Schiller. Als Drama. Revolver einer Sozialistin. — Leseblätter: Zur Genealogie von Karl Marx.

Engen Richter für die Freiheit des Vereinswesens 1897. (Heft 27. Vorkämpfer deutscher Freiheit.) 25 Pf. Nationalverein, M. Gladbach.

Was junge Leute wissen sollten und belehrt wissen müßten. Von Dr. Schenckberger und W. Siegel. 5.— M. Verlag: Lebenskunst-Verlag, Berlin SW. 11.

Das fremde Leben. Aus dem Nachlaß eines jungen jüdischen Rechtsanwalts. Herausgegeben von S. Eulenberg. Geh. 1,50 M. E. Kowohl, Leipzig.

Marktpreis von Berlin am 14. Juni 1911, nach Ermittlung des Königlich-Preussischen Marktpreisamtes. Marktpreisliste (Rheinland). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Rindfleisch 20,00—60,00. Kartoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Klasse 1,00—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,10—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,50. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,20. Kase 1,50—3,00. Jander 1,50—3,50. Hefche 1,20 bis 2,80. Backhe 0,80—2,00. Schokolade 1,20—3,40. Nüsse 0,80—1,50. 60 Stück Kirsche 3,00—38,00.

Sechster Wahlkreis.

Am Sonntag, den 18. Juni, findet die

Wahl eines dritten Angestellten

in folgenden Lokalen statt:

Obligo, Schwedter Straße 23-24.
Schirmer, Wörther Straße 15.
Dobroslaw, Schlemmerstraße 39.
Sönisch, Wichertstraße 3.
Senkel, Straßunder Straße 17.
Möckel, Anklamer Straße 51.
Sehse, Vohenstraße 19.
Köhler, Wittstoder Straße 19.

Paersch, Oldenburger Straße 10.
Bachstein, Salzwedeler Straße 16.
Melzer, Wiesenstraße 29.
Engler, Tegeler Straße 23.
Doye, Müllerstraße 38.
Glatve, Liebenwalder Straße 4.
Freisch, Drontheimer Straße 4.
Franke, Badstraße 19.

Hoffmann, Ewinemünder Straße 47.

Gewählt wird in der Zeit von 9 bis 1 Uhr.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Wer länger als drei Monate mit seinen Beiträgen restiert, hat kein Wahlrecht.

228/14*

Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Groß-Berlin.

Heute Freitag, den 16. Juni 1911, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu der Konferenz der heilighen Kommissionen Deutschlands am 21. Juni 1911 in Dresden. 2. Bericht von den letzten Bezirksversammlungen betreffs der Arbeitsnachweisfrage und weitere Stellungnahme dazu. 3. Verschiedenes. 192/16

Kein Kollege darf fehlen.

Der Vorstand.

Taubstumme Parteigenossen!
Am Sonnabend, den 17. Juni, findet im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12, eine

Zusammenkunft für Taubstumme

statt. Anfang abends 8 Uhr. — Dasselbe können auch Beiträge entrichtet werden. Der Vertrauensmann. Siegfried Weber, Hüttenstr. 28. 205/5*

Raucher bevorzugen
VEDECI-Cigaretten

Zur Probe

NEU! so Stille auf einmal zugleich. Apparat mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, also ohne jede Kaufverpflichtung und ohne Anzahlung lediglich gegen Monats-Raten von 2 Mark an liefern wir: Sprech-Apparate mit Pathé-Platten, Musik-Instrumente aller Art, photographische Apparate, Waffen etc.

Kaufen Sie niemals ohne mehr- tägige Probe! Kaufen Sie nur unsere modellosen Pathé-Platten. Alle anderen Platten werden durch den ständigen Nachwechsel angegriffen u. schließlich völlig zerstört.

Gratis

und franco senden wir auf Verlangen an jedermann unseren illust. Katalog. Postkarte genügt.

BIAL & FREUND
Breslau Postfach 120/26

Tischler-Verein G. & S. 89.
Sonnabend, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Melstörstraße 15:

Versammlung.
Vereinsangelegenheiten. — Ausgabe der Billets zu der am 9. Juli nach Hefenwinkel stattfindenden Dampferpartie. Es wird ersucht, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen. Ferner wird auf § 3 Absatz 2 des Statuts aufmerksam gemacht. 198/14
Der Vorstand.

Rollerscher Arbeiter- Stenographen-Verein „Pionier“ Berlin.
Unentgeltliche Unterrichtskurse in der leicht zu erlernenden Rollerschen Weltkurzschrift beginnen am nächsten Montag, abends 9 Uhr, im Arbeiter-Stenographen-Verein „Pionier“, Berlin, Chausseestr. 64, und Dienstag im Berliner Rathaus, Dönhofsstr. 2. Dauer der Kurse 10 Stunden. Die Lehrmittel kosten 2 Mark. Anmeldungen werden dort entgegengenommen. Jede nähere Auskunft erteilt Gen. Dir. Wolf, Pantow, Nordbahnstr. 3.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 16. Juni
Neues Kgl. Opernhaus. Die Weibchen von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Komische Oper. Daphne in der Unterwelt.

Leitung. Sommerfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Schauspielhaus. Die feuchte Sulanne.

Kleines. Die verarmte Sage. 4 Teile der Gemina. Karneval in Klagen.

Lustspielhaus. Unsere Best. Trianon. Das Prinzchen. Anfang 8 1/2 Uhr.

Thealia. Bohmische Wirtschaft. Schiller u. Wagner. Theater. Im Klubsessel.

Schiller. Eboriottenburg. Der Probekandidat.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Im leibbaren Luftschiff.

Neues Opernhaus. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Lustigen. Neue Heimat. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Kaiser. Der Selbstmörderfuß. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Soltes Caprice. Die letzte Nacht. Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hobeit amüsiert sich! Apollo. Spezialitäten.

Wassergarten. Stettiner Säng. Wintergarten. Spezialitäten.

Karl Haverland. Spezialitäten. Walhalla. Prinz und Bettlerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Boigt. Goldene Jugend. Noack. Paulas Beichte oder: So wird's gemacht.

Kaiser-Panorama. Wanderung in Nordital. Reise nach Syon und Indien.

Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

Sternwarte. Amalienstr. 87-89.

Schiller-Theater O. Theater. Freitag, abends 8 Uhr: Im Klubsessel.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

Samstag, abends 8 Uhr: Husarenfieber.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Der Probekandidat.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Revolutionshochzeit.

Samstag, nachmittags 2 Uhr: Wilhelm Tell.

Samstag, abends 8 Uhr: Revolutionshochzeit.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll) Freitag, den 16. Juni, abends 7 Uhr: Gastspiel Fritz Fohndals.

Die Meistersinger von Nürnberg. Hans Sachs: Fritz Fohndals u. G. Sonnabend: Rheingold. Sonntag: Meistersinger. Montag: Gastspiel Fritz Fohndals: Die Walküre.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr: Großes Militärkonzert. Eintritt 1 Mark. Von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Naher-Abonnement an allen drei Schalteröffnen.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132. Anfang 8 1/2 Uhr.

Der Selbstmörderklub

Auf der Gartendüne tägliche Konzerte, Theaterdarstellung, Spezialitäten. Anf. 4 1/2 Uhr. — Um 8 Uhr: Die große Neue: Es gibt nur ein Berlin.

Apollo Theater

Anfang 8 1/2 Uhr.

Die großen Weltstadt-Attraktionen. Jeden ohne Ende:

Der zerbrochene Spiegel

Kom. Original der Giedr. Schwarz. Um ein Weib.

Großes amerikan. Lustspielhaus.

Metropol-Theater.

Hobeit amüsiert sich!

Operette in 3 Akten von J. Freund. Musik von Rudolf Hellm.

In Szene geföhrt vom Dr. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.

Moabit Wintergarten

Artus-Hof

Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18. Direktion: Karl Pirnau.

Elite-Tag! Der Totentanz von St. Saens. Rimodorus.

Vollständig neue Spezialitäten. Len Garba wird in einem Glasfuge vor den Augen des Publikums eingegraben. Neue Sensation! Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Noacks Theater. Direktion: Robert Hill. Berlin N., Brunnensstraße 16. Konzert, Theater, Spezialitäten. Durchschlagender Erfolg! Paulas Beichte oder: So wird's gemacht. Anfang 8 Uhr. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Neue Welt.

Amerikan. Vergnügungs-Park, Hasenheide.

Heute Freitag: Sommerfest der „Berliner Hausfrau“.

Große Spezialitäten-Vorstellung

Ganz neues Programm: Ermakow, tatarische Kriegsspiele. — Smeeclape mit seinen dressierten Schweinen. — Maire, Tenor der Metropolitan-Oper New York. — Sensationelle Attraktionen.

Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Tenzelrad u. a. **Doppel-Konzert.**

Dienstag, den 20. Juni: Sommerfest der Bliker-Innung zu Berlin.

Luna-Park
Straße von Kairo.
Getreue Nachbildung von Bauten aus dem Pharaonenlande. 89 Eingeborene aus dem Nilande. Kamel- und Nileselreiten.
Johnstowns Untergang. Größte elektrotechnische Lichtschau der Erde.
Sensationelle Attraktionen Vollbetrieb.
Entree 50 Pfennig.
Morgen, Sonnabend: **Elite-Tag.** Monster-Feuerwerk. — Alpenidyll - Apotheose.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.

Sonntag, den 18. Juni 1911: Theater und Spezialitäten.

Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

Nach der Vorstellung: **Tanz.** Speziell numeriert 75 Pf. Entree 50 Pf.

Jeden Montag u. Sonnabend: **Lustige Säng.**

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: **Das Prinzen.** Liebesroman in 3 Akten v. H. Tusch. Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr: Die schöne **Maroussia** die Tänzerin klass. Kunst **Nina Blowey** kankas. Volkssängerin, und das neue große Programm! 14 erstklass. Attraktionen.

WINTERGARTEN

Die auserlesenen Attraktionen!

LA TORTAJADA. Die 7 Korinthus, klassische Tanzstudien.

Karl Reinsch und Lucia mit ihren Vollblutpferden und Hunden.

De Dio. Charles Barons Burleske-Managerie.

Tschinhaus 8 heil. Chungusen und eine Kette

hervorragender Kunstkräfte!

Berliner Prater-Theater Rastanienallee 7-9.

Täglich: **Die drei Grazien.** Poffe in 4 Akten von Trepson.

Spezialitäten und Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Königstadt-Kasino. Götzenstraße 72. **Frungen.** Poffe in 1 Akt. The Odoros. Neubart und Rdo. Rosa Horst. Otto Römer. Anf. 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Kreuzberger Harmonie

Chormeister: Franz Bothe. M. d. D. A. S. B.

Sonntag, den 18. Juni 1911:

KONZERT

im Garten der Brauerei Friedrichshain, Am Königstor.

unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters, Kapellmeister Max Fischer.

Anfang 4 Uhr. Billets 25 Pf.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr: Parisiana-Ensemble.

Die letzte Nacht. Ein Fenster zu vermieten. Die Hochzeitsreise. Das Strumpfband.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säng. Britton! Wie im Goldenen.

Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße

Eis-Arena.

Geöffnet von 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt.

Allabendlich: Das prunkvolle Eishallent Montreal

Die Stadt auf Schlittschuhen. Zahlreiche Kunstausstellungen. Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.

Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise.

Café Bellevue.

Rummelsburg am See. Inh.: G. Tempel.

Jeden Donnerstag und Sonnabend: **Soireen** der Hoffmanns Säng.

Jeden Sonntag: **Spezialitätenvorstellung** und Garten-Konzert.

Volksgarten-Theater

Freitag, den 16. Juni: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Neues Programm. Ewald Treffer. — Grappo Brothorn. Hermes Ballet.

„Goldener Boden.“

Passage-Panoptikum.

Die Neger-Riesin

Abomah, die größte Frau, die je gelebt. Alles ohne Extra-Entree!

Volgt-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 88. Heute sowie täglich: **Goldene Jugend.**

Größtes Lebensbild mit Ges. u. Tanz u. das große Spezialitätenprogramm. Refeneröffnung 2, Anfang 4 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater

Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.

Täglich: Christliche Theater und Spezialitäten-Vorstellungen. Selbstbesuchter Theatergarten, bei ungenügender Witterung Schutz bietend.

Donnerstag: **Elite-Tag.**

Carl Haverland-Theater

Kommandantenstr. 77/79.

Kölnen Blatzheim-Burlesken. Neu! Walzerkränze. Neu! Wenn der Vater mit dem Sohne!

Anfang präglie 8 1/2 Uhr. Reichliches Kommen sichert guten Platz!

Berliner Uik-Trio
Rixdorsstr. 11. Anfang 7 1/2 Uhr.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch meine innig geliebte Frau
Emma Schulz
 geb. Kraack 92385
 verstorben ist.
 Dies zeigen tiefbetrubt an
Gustav Schulz
 nebst Sohn u. Tochter.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein
 für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
 (Bezirk 51.)
 Am Donnerstag, den 15. Juni, verstarb unser Mitglied
Emma Schulz
 Königsgrüner Str. 24.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 24/5 Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß die Kollegin, Frau
Emma Schulz
 am 14. Juni im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, aus dem nördlichen Friedhofe in Friedrichsfelde statt.
 163/9 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
3. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
 Am 12. Juni verstarb unser Mitglied, der Mechaniker
Paul Neumann
 und wurde am Donnerstag, den 15. d. M., beerdigt.
 Ehre seinem Andenken!
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am 14. Juni verstarb unser Genosse, der Gaswerker
Alfred Lehmann
 Seestraße 25.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Friedhofes, Müllerstr. 44/46, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 228/15 Der Vorstand.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
 und verwandter Berufsgenossen.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Am 12. d. M. verstarb unser Mitglied, der Beamter
Anton Ortwein
 (Schulzei 1).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus nach dem nördlichen Friedhof dortselbst statt.
 Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
 und verwandter Berufsgenossen.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Am 12. d. M. verstarb unser Mitglied, der Beamter
Anton Ortwein
 (Schulzei 1).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus nach dem nördlichen Friedhof dortselbst statt.
 Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am 11. Juni verstarb unser Genosse, der Kohlenarbeiter
Theodor Ruhnke
 Weihenburger Str. 48.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
 228/14 Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
 Filiale Groß-Berlin.
 Durch den Tod ist uns einer unserer Mitkämpfer, der Kollege
Karl Ruppelt
 von der Sektion J. G. S. A. entkräftet worden.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 1/2 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Gemeinde-Friedhofes in Schöneberg (Blanke Höhe) aus statt.
 26/13 Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg. Deutschlands
 Filiale Groß-Berlin.
 Am 14. Juni er. verstarb unser Ehrenmitglied, der Kollege
W. Heyde
 im Alter von 78 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Pauli-Friedhofes in Köpenicker, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 175/10 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Hugo Bergemann
 (Gerichtstr. 74 - Bezirk 2) verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 75/3 Die Ortsverwaltung.

Deute nachmittags 3 Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden infolge eines Unfalls mein innig geliebter, unergieblicher Mann, der Zimmerer
Ernst Schmidt
 im Alter von 43 Jahren.
 Dies zeigt tiefbetrubt an
 Berlin, 14. Juni 1911. 45712
 Anna Schmidt geb. Gae.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsen-führer
Otto Behnisch
 am 13. d. M. im Alter von 43 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle der Marius- und Andreas-Gemeinde, Wilhelmstraße, aus statt.
 68/15 Die Bezirksleitung.

Nach langem schweren Leiden entschlief am Dienstagabend sanft und unerwartet meine innig geliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Ida Feind
 geb. Brendel
 im 45. Lebensjahre.
 Reinickendorf, d. 14. Juni 1911.
 Köpenicker Straße 71.
 Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.
August Feind nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Köpenicker Straße 71, aus, nach dem Friedhof der Gemeinde Reinickendorf (Humboldtstraße 87-90) statt.

Hiermit sage ich allen Kolleginnen und Kollegen für die anlässlich des Todes meines lieben Mannes gesandten Kranzspenden und herzlichste Teilnahme meinen herzlichsten Dank.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Wwe. Arendt.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke.
 Rosenthaler Str. 70
 Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Ich!
 empfehle jedem,
wohne!
 wo er wolle, daß er
ohne!
 ein Risiko auf sich zu nehmen, seine
Möbel!
 am vorteilhaftesten und kulantesten kauft
bei!
Otto Piehl!
 Brunnen-Straße 120
 Wunderschöne Auswahl!
 Große Umsätze! - Billigste Preise!
 Bei Teilzahlung kein Preiszuschlag!

Jeder Herr
 wäher schön und billig sich kleiden will, empfehle einen Posten gebrauchter Herren-Anzüge, Paletots etc. für jede Figur passend, solange der Vorrat reicht. Die Sachen sind aus prima Maßstoffen angefertigt, teils von ersten Firmen, einzelne aus Abonnementhäusern stammend, früher bis 100 Mark, jetzt zu folgenden Preisen:
 Jackett-Anzüge . . . M. 10, 14, 18, 20 etc.
 Herren-Paletots . . . 9, 12, 14
 Rock-Mode-Anzüge . . . 12, 16, 18, 20
 Gehrock-Anzüge . . . 18, 22, 26, 28
 Herren-Hosen . . . 3, 4, 5, 7
Abt. II: Elegante neue Garderobe.
J. Wand Haupt-Geschäft Gr. Frankfurter Str. 116, a. d. An-
 drosselstr.
 II. Geschäft: Chausseestr. 89
 Verkaufsstelle für den Westen: Jägerstr. 11.
 Verteilung von eleg. Frack- u. Gesellschafts-Anzügen.
 Bitte genau die Hausnummer beachten.

Möbel-Angebot.
 Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Jinsparung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 22315

10 000 Hosen
 verkaufen wir in unserer neu eröffneten Filiale
Rosenthaler Str. 53 Ecke Wein-
 meisterstraße
 ganz aussergewöhnlich
 billigen Preisen.
Kohnen & Jöring Größtes Spezial-Geschäft
 Berlins für praktische
 Arbeits- u. Berufskleidung
 Weitere Geschäfte: Alexanderstr. 28, Landsberger Allee 148,
 Rixdorf, Bergstr. 66.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
 Mitglied des Deutschen Radfahrer-Bundes
 „Solidarität“
Touren
 zum Sonntag, den 18. Juni.
 1. Abt.: 4 Uhr: Tempeln. 6 und 12 Uhr: Wandlitz. Start: Bülowstr. 38.
 2. Abt.: 6 Uhr: Biesenthal (See-
 schloß). 1 Uhr: Bernau (Waldlager).
 Start: Schönhaferstraße 6.
 3. Abt.: 8 Uhr: Biesenthal (See-
 schloß). 12 Uhr: Gosen. Start:
 Langer Platz 12.
 4. Abt.: 6 Uhr: Biesenthal 1 Uhr:
 Schönwalde (Sagula). Start: Rübens-
 dorfer Str. 50.
 5. Abt.: Waldsee in Hirschgarten
 (Wilhelmshof). Start: 7 Uhr: Uff-
 sum. Bei schlechtem Wetter per Bahn.
 6. Abt.: am 17., 9 Uhr abends:
 Oberberg (Weber); am 18., 1 Uhr:
 Biesenthal. Start: Oberberger Str. 28.
 7. Abt.: 6 Uhr: Biesenthal. Start:
 Köppler Str. 8.
 8. Abt.: 6 und 10 Uhr: Biesenthal.
 Start: Beußelstr. 22.
 9. Abt.: 12 1/2 Uhr: Schönwalde.
 Start: Schillingstr. 22.
 11/12
Achtung!
 Am Sonntag, den 18., 5 Uhr, findet in Petershagen (Kunisch) eine öffent-
 liche Radfahrer-Verammlung statt.
 Die Abteilungen werden ersucht, die
 Verammlung möglichst zahlreich zu
 besuchen. Der Bezirksvorstand.

Kasseler 80 Pf.
 ohne Knochen -
 auch bei einzelnen Pfunden
Fett ohne Schwarte 29408
2 Pfd. 95 Pf., 6 Pfd. 2.80.
 Versand nach auswärts 55 Pf. franko.
 Zu Partien und Reise empfehle:
 unsere beliebte rote Potnische 90 Pf.
 u. Hohenzollerwurst 1.10 anfert.
 F. Nietsch, Friedrichstraße 245,
 Wilhelmstr. 109-110.
Fredersdorf. 100jährig. Hofwald.
 Land-, Wasser-Par-
 gellen. **Muscher,**
 Charlottenburg, Dannebergstr. 38.

Seefische
 werden im Frühjahr
 und Sommer in ganz
 hervorragender
 Güte angebracht.
 Wir empfehlen dieselben deshalb jetzt ganz besonders.
Täglich treffen frische Sendungen bei uns ein.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.
 Hauptgeschäft: Berlin C. (Bahnhof Börse) Tel.: III, 8904.
 Tel.: III, 2784.
Eigene Filialen: Invalidenstraße 131, Prinzenstraße 94,
 Madaistraße, Bogen 8-9, Fruchtstraße gegenüber, Char-
 lottenburg, Wilmersdorfer Straße 111.
Niederlagen: Berlin S., Oranienstraße 3, Spandau, Breite
 Straße 54, Schöneberg, Akazienstraße 31, Steglitz, Schloß-
 straße 121, Rixdorf, Berlinor Straße 14, Charlottenburg,
 Augsburger Straße 18, Weißensee, Langhansstraße 144,
 Zehlendorf bei Herrn Carl Schön, Grunewaldallee.
 Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen
 in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnstr. 35
 Köln Laden
 Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur
 eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
 in Rollen, Bündel und Enden.
 General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
 Grüner Weg 112 (Amt VII, 3801).

„Silesia-Bad“
 11245* Schlesische Str. 31
 Alle Arten medizinische Bäder.
 Lieferant aller Kassen.